

DEUTSCHLAND. DAS NÄCHSTE KAPITEL

 KONRAD
ADENAUER
STIFTUNG



DEBATTE

Über die Verfasstheit des Rechtsstaates

Petra Morsbach und
Wolfgang Schäuble im Gespräch

ZUKUNFT

Das Ende des Dornröschenschlafes

Alfred Ermer über
Künstliche Intelligenz

PLÄDOYER

Lasst uns über Integration reden – es lohnt sich!

Mouhanad Khorchide und Ruud
Koopmans unter Termindruck



DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE

TEXT Norbert Lammert

Natürlich kümmere ich mich um die Zukunft. Ich habe vor, den Rest meines Lebens darin zu verbringen.“ Mit diesen Worten fasste Mark Twain auf ebenso banale wie scharfsinnige Weise die Bedeutung der Zukunft zusammen. Sie übt seit jeher einen auch intellektuellen Reiz auf uns aus; nicht zuletzt, weil das Wissen um die Zukunft – oder zumindest eine vage Vorstellung davon – gewichtige Vorteile birgt: Wer das Künftige antizipiert, ist vorbereitet, hat eine kürzere Reaktionszeit und dadurch bessere Chancen zur Bewältigung absehbarer Herausforderungen. Das trifft für fast alle anspruchsvollen Berufe zu – ganz sicher aber für Politiker,

die über künftige Aufgabenstellungen nachdenken. Insofern verwundert es nicht, dass die Zukunft längst ein zentrales Forschungsfeld ist. Dabei sind in der Regel nur Prognosen möglich, die sich – das liegt in der Natur der Sache – nicht ohne Weiteres falsifizieren und schon gar nicht verifizieren lassen. Zwar spricht dies nicht per se gegen das Nachdenken über die Zukunft, rät aber zu einer gesunden Skepsis – insbesondere gegenüber apokalyptischen Schreckensszenarien oder utopischen Visionen.

Die Zukunft der Demokratie hat die Menschen seit ihrer Entstehung vor rund zweieinhalbtausend Jahren umgetrieben. Dabei ist die Vermutung einer „Krise der Demokratie“ vermutlich so

alt wie die Regierungsform selbst. Derzeit steht die Diskussion darüber aus guten Gründen – also weder zufällig noch mutwillig – wieder einmal im Fokus der Aufmerksamkeit. Bemerkenswert ist daran, dass wir heute in einem demokratischen Land leben, in dem wir als Deutsche und als Europäer zum ersten Mal in unserer Geschichte mit allen Nachbarn in Frieden und Freiheit zusammenleben. Das ist nur auf den ersten Blick eine Banalität; längst haben wir uns daran gewöhnt und betrachten es als Normalität. Tatsächlich handelt es sich jedoch um einen Ausnahmezustand – die sprichwörtliche Ausnahme von der Regel. Umso kurioser ist es, dass wir mit diesen außergewöhnlich

glücklichen Umständen kein korrespondierend hohes Maß an allgemeiner Zufriedenheit beobachten, sondern ein erstaunliches Ausmaß an Frustration über unser politisches System. Dabei sprechen wir nicht über eine vorübergehende Schlechtwetterfront, sondern über einen seit vielen Jahren beobachtbaren, schleichenden Klimawandel in unserer Gesellschaft. Die Gründe sind sicherlich vielfältiger Natur; ein Teil des Unbehagens könnte aber mit dem Eindruck zusammenhängen, dass unser politisches System im Großen und Ganzen reibungslos funktioniert. Wird unsere Demokratie zum Opfer ihres Erfolgs? Dass Demokratien ausbluten oder erodieren können, dafür gibt es manche historische Belege. Unsere eigene Geschichte liefert in Gestalt der Weimarer Demokratie ein anschauliches Beispiel. Unter den Faktoren, die zum frühen Ende der Weimarer Demokratie beigetragen haben, ist der unzureichende Einsatz der Demokraten vermutlich einer der wichtigsten. In der Tat ist nichts schwieriger, als für eine stabile Demokratie im Routinemodus die notwendige Begeisterung und Leidenschaft zu erzeugen. Gleichwohl können wir uns doch nicht allen Ernstes dauerhafte Krisensituationen wünschen, um saturierte Demokraten zu anhaltendem Engagement zu bewegen. Daher wird es eine der zentralen Herausforderungen der Demokratie der Zukunft sein, die Bürgerinnen und Bürger wieder jenseits der bisweilen kurzfristigen, individuellen politischen Interessenbefriedigung nachhaltig von den Vorteilen demokratischer Willensbildungsprozesse in einem parlamentarischen System zu überzeugen und von der politischen Partizipation darin zu begeistern.

Ausgangspunkt solcher Bemühungen muss eine realistische Lagebeurteilung dessen sein, was auf dem Spiel steht. Spätestens mit den Veränderungen, die unter dem Sammelbegriff Globalisierung stattgefunden haben, ist die Zeit vorbei, in der sich Europa als natürliches Zentrum der Welt begreifen konnte. Nicht nur die zahlenmäßigen Relationen haben sich dramatisch zulasten Europas und zugunsten anderer Weltregionen verschoben, sondern auch die wirtschaftlichen Gewichte verschieben sich tendenziell immer stärker. Gerade vor diesem Hintergrund

sind die politischen Maßnahmen einer Reihe europäischer Staaten, weg von einer gemeinschaftlichen Bewältigung von Herausforderungen zurück zu einem nationalen Alleingang, im wörtlichen Sinne anachronistisch.

Der Historiker Yuval Harari erklärt in seiner *Geschichte von Morgen*, dass unser immer schneller anwachsendes Wissen zu immer rasanteren und komplexeren wirtschaftlichen, sozialen und politischen Veränderungen führt, deren Zielrichtung und Ausmaß wir immer weniger verstehen. Ohne damit dem Nachdenken über die Zukunft die Sinnhaftigkeit abzusprechen, muss klar sein, dass eine Prognose künftiger Herausforderungen der Demokratie eher eine vage, letztlich ungewisse Versuchsanordnung bleibt. Zu dieser Erkenntnis kam schon Perikles im Athen des 5. Jahrhunderts v. Chr. und riet: „Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.“

Dieser Einsicht sieht sich auch das Leitmotiv der Konrad-Adenauer-Stiftung verpflichtet: „Deutschland. Das nächste Kapitel“. Unter diesem Label wollen wir uns an der Diskussion um die Gestaltung der Zukunft Deutschlands beteiligen. Dabei stehen der Zustand unserer Demokratie und das Kernthema Bildung, das maßgeblich ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, im Zentrum. Die Konrad-Adenauer-Stiftung sucht Antworten auf die Frage, was uns als Gesellschaft zusammenhält und auf dem Weg in die Zukunft antreibt.

Ganz in diesem Sinne nähert sich dieses Magazin der Zukunft aus verschiedenen Richtungen an. Namhafte Autoren aus Wissenschaft, Politik, den

Es kommt nicht darauf an, die Zukunft vorauszusagen, sondern darauf, auf die Zukunft vorbereitet zu sein.

Medien und unserer Stiftung widmen sich einem vielseitigen Themenspektrum, das von der Politik über Werte, Einstellungen und das „C“ in der Gesellschaft bis hin zur digitalen Bildung und dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz reicht. Weitere Beiträge nehmen sich einer grenzüberschreitenden Perspektive im Zuge der vielfältigen Herausforderungen für Deutschland, Europa und die Welt an.

Wir alle schreiben am „nächsten Kapitel“ unseres Landes und unseres Kontinents. Aber nicht allen ist die eigene Rolle und Verantwortung bewusst. Das vorliegende Magazin soll dazu einige Denk- und Debattenanstöße liefern.



NORBERT LAMMERT
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.

3 **Die Zukunft der Demokratie**

NORBERT LAMMERT

6 **Deutschland. Das nächste Kapitel**

LUKAS LINGENTHAL / BOGDAN MIFTAKHOV

10 **Über die Verfasstheit des Rechtsstaates**

PETRA MORSBACH UND WOLFGANG SCHÄUBLE IM GESPRÄCH

14 **1968 Revisit – Der kurze Frühling**

EHRHART NEUBERT

16 **1968 Revisit – Die zwei Gesichter von 1968**

MARIELUISE BECK

18 **Bunte Koalitionswelten**

VOLKER KRONENBERG

20 **It's the future, stupid!**

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER

22 **Freiheit gibt es nicht umsonst**

MICHAEL MERTES

26 **Die Gefühlswelt der Anhänger von AfD und CDU – zwei Antipoden?**

VIOLA NEU / SABINE POKORNY

30 **Lasst uns über Integration sprechen – es lohnt sich!**

INTERVIEWS MIT MOUHANAD KHORCHIDE UND RUUD KOOPMANS

34 **Eigentum für alle? Facetten einer neuen Vermögenspolitik**

THOMAS KÖHLER

36 **Das C heute**

PATER KLAUS MERTES SJ

38 **Mehr Dorflinden, bitte!**

MICHAEL KRETSCHMER

40 **Seid mutig, lasst Vielfalt zu!**

DÜZEN TEKKAL

41 **Die Würde im Blick**

BIRGIT WENTZIEN

42 **Leistung pushen!**

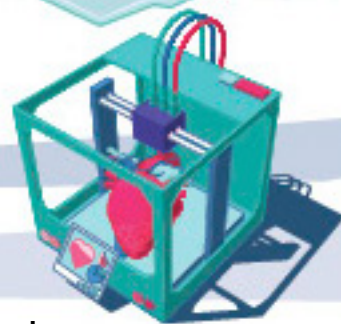
SUSANNE EISENMANN

44 **Heiter bis wolzig – Die Zukunft der Bildung**

MAXIM ASJOMA

46 **Sprunginnovation und Künstliche Intelligenz**

ANJA KARLICZEK IM GESPRÄCH

48 **Sechs Techniken, die uns bewegen**

JANOSCH DEEG

50 **Das Ende des Dornröschenschlafes**

ALFRED ERMER

53 **Künstliche Intelligenz: Was bleibt vom Menschen?**

NORBERT ARNOLD

55 **Die Europäische Union in der neuen Weltordnung**

KLAUS WELLE

57 **Deutschland auf der Suche nach sich selbst**

CHRISTIAN E. RIECK / ALESSANDRO SCHEFFLER

60 **Jugend weltweit – zwischen Lethargie und Aufbruch**66 **Paradoxes Deutschland – zwischen Alltagspragmatismus und Zukunftsangst**

THOMAS DRUYEN



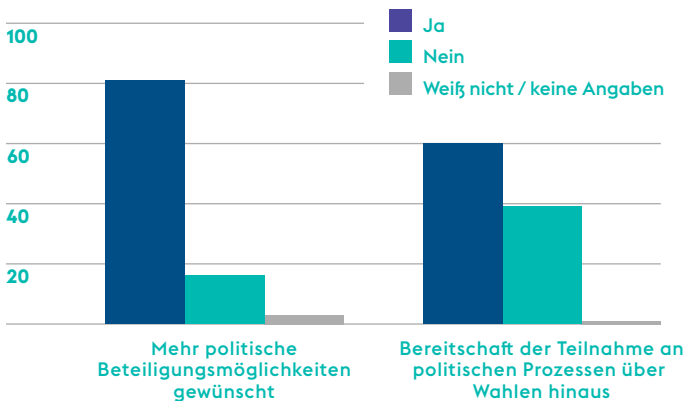
Deutschland. Das nächste Kapitel

Derzeit wird an vielen Stellen ein neues Kapitel aufgeschlagen, bedingt durch technologische und gesellschaftliche Entwicklungen. Viele Menschen blicken unserer Zukunft mit Sorgen oder gar Ängsten entgegen. Dabei steckt in vielem das Potenzial für eine positive Fortentwicklung. Die Herausforderung liegt jedoch darin, diese Chancen und Potenziale durch Politik und Gesellschaft zu nutzen und zu gestalten – damit das nächste Kapitel auch für Deutschland ein erfolgreiches wird.

TEXT Lukas Lingenthal / Bogdan Miftakhov

1 DEMOKRATIE DER ZUKUNFT

BEREITSCHAFT DER BÜRGER IN DEUTSCHLAND ZU POLITISCHER BETEILIGUNG (IN PROZENT)



Schon heute ermöglichen sogenannte Civic-Technology-Initiativen die Beteiligung von Bürgern an politischen Entscheidungsprozessen über eine App oder Internetplattform. Über Dienste wie *Insights* (www.insights.us/de) oder *Polis* (www.pol.is/home) kann die Einbindung bestimmter Zielgruppen bei der Zielformulierung politischer Vorhaben unkompliziert organisiert werden. Dadurch wird nicht nur die Beteiligung an Entscheidungsprozessen vereinfacht, sondern auch der Weg zu den Entscheidungen transparenter und besser nachvollziehbar.

#DdnK: Get involved!

2 INNOVATION UND IHRE AUSWIRKUNGEN

DIGITAL EVOLUTION INDEX 2017: WO DIE DIGITALE EVOLUTION AM SCHNELLSTEN VORANSCHREITET UND WO SIE IN SCHWIERIGKEITEN IST

Im internationalen Vergleich hat Deutschland mit Blick auf die digitale Entwicklung eine gute Ausgangsposition. Damit Deutschland jedoch nicht in die Stillstandszone rutscht, muss es bei der Entwicklungsdynamik zulegen.

#DdnK: Anschluss nicht verpassen!



MASSNAHMEN ZUR REDUZIERUNG VON CO₂ (IN PROZENT), ERWARTUNGEN AN DEUTSCHLAND

KOHLEAUSSTIEG



STROMERZEUGUNG ÜBERWIEGEND AUS ERNEUERBAREN QUELLEN



AUSLAUFEN DER VERWENDUNG VON AUF FOSSILEN BRENNSTOFFEN BASIERENDEN VERBRENNUNGSMOTOREN



ENTWICKLUNG NEUER TECHNOLOGIEN ZUR SENKUNG DES ENERGIEVERBRAUCHS VON HAUSHALTEN



ENTWICKLUNG NEUER TECHNOLOGIEN FÜR PRODUKTIONSPROZESSE MIT GERINGEN CO₂-EMISSIONEN



EINRICHTUNG EINES EFFEKTIVEN CO₂-EMISSIONSHANDELSYSTEMS



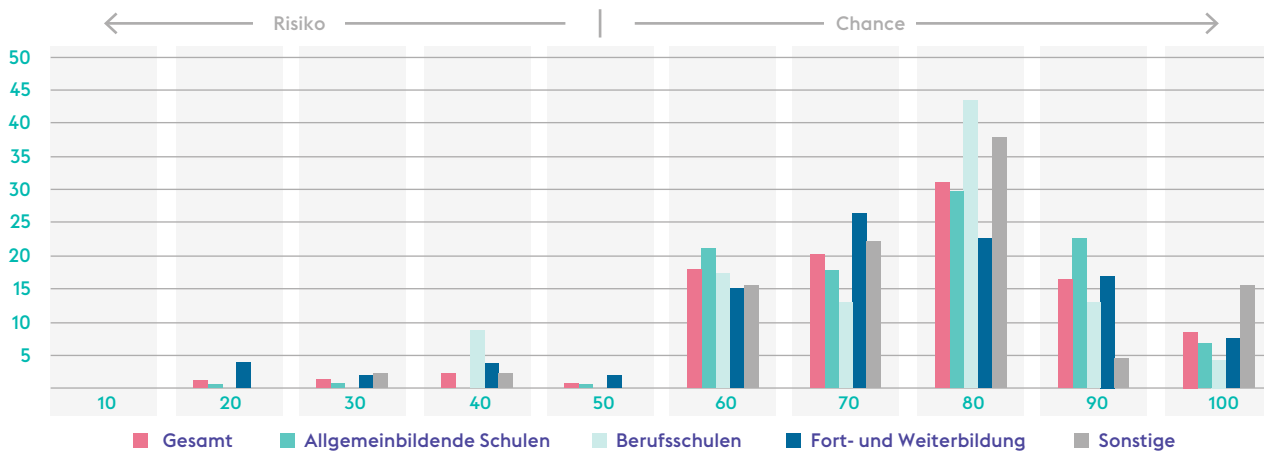
■ Genannt
■ Nicht genannt

Innovation bei der Entwicklung neuer Technologien ist nach wie vor eine der Kernkompetenzen, die Deutschland zugeschrieben wird. Dies zeigt unter anderem das Ergebnis einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung unter internationalen Experten bezüglich der Erwartungen an Deutschland bei der Reduktion von CO₂.

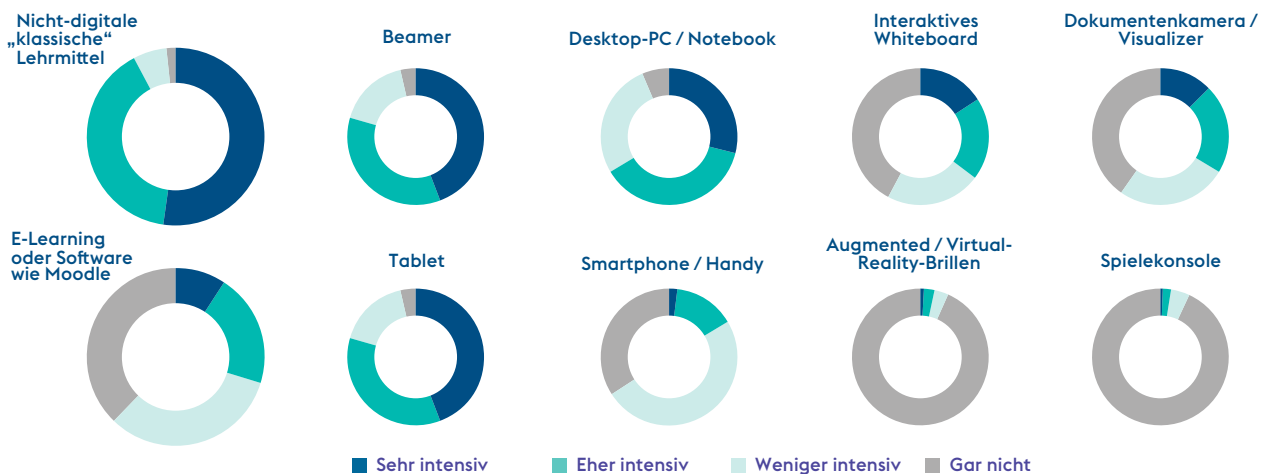
#DdnK: Weiter so!

3 BILDUNG FÜR DIE ZUKUNFT

CHANCEN UND RISIKEN DER DIGITALISIERUNG VON BILDUNGSEINRICHTUNGEN



EINSATZINTENSITÄT AUSGEWÄHLTER TECHNISCHER GERÄTE IM UNTERRICHT



Im Bereich der Bildung herrscht eine eindeutig positive Bewertung in Bezug auf die Chancen der Digitalisierung. Gleichzeitig werden E-Learning-Lösungen im Unterricht bisher nur wenig genutzt. Doch gerade diese könnten es künftig ermöglichen, flexibler auf die individuellen Bedürfnisse von Schülern einzugehen und ihre Lernleistungen sowie digitalen Kompetenzen zu verbessern.

#DdnK: Chancen wahrnehmen!

4 HERAUSFORDERUNGEN DES GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALTS

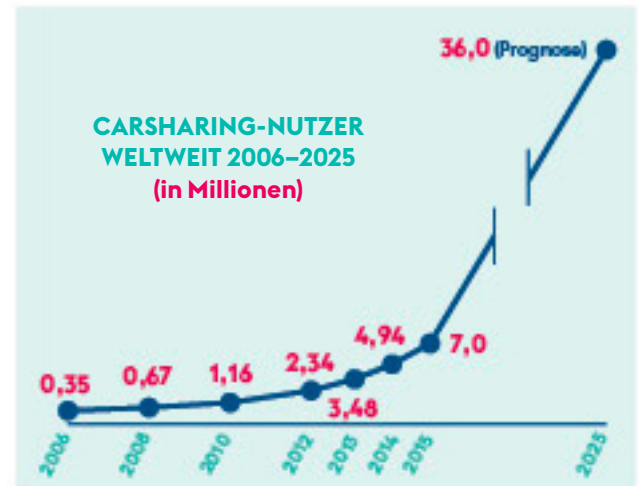
Eine Möglichkeit, um Stadt und Land enger zueinanderzubringen, kann Carsharing sein. Schon heute existieren bundesweit ca. 165 Carsharing-Anbieter, die ihre Dienste in 600 Orten anbieten. Doch nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land gibt es Autos, die genutzt werden wollen. Wie im Fall des Vereins Dörfergemeinschaft am Thürne: Seit ein paar Jahren haben die Bürger aus sieben Dörfern nahe Bad Münstereifel die Möglichkeit, ein Dorfauto mit ehrenamtlichem Fahrer zu buchen. Und die Initiative breitet sich auch in anderen Landkreisen aus.

#DdnK: Mobil in die Zukunft – für Stadt und Land!

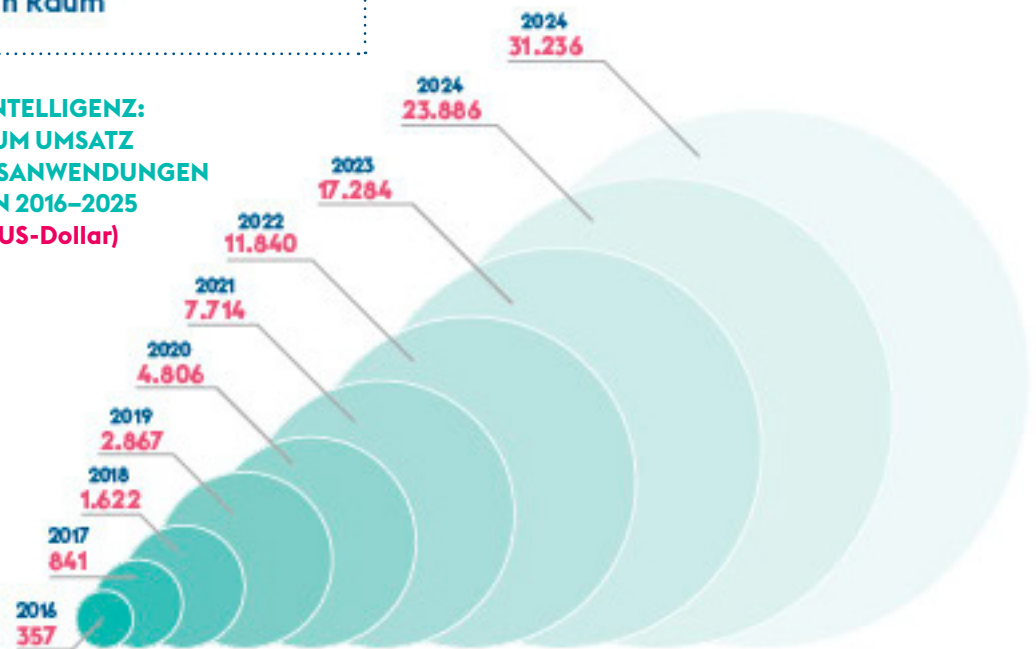


74%

der Bevölkerung in Deutschland leben im urbanen Raum



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ: PROGNOSE ZUM UMSATZ MIT UNTERNEHMENSANWENDUNGEN WELTWEIT VON 2016–2025 (in Millionen US-Dollar)



Bereits zu Zeiten der industriellen Revolution herrschte die Angst vor einem gesellschaftlichen Wandel – ausgelöst durch neue Technologien. Heute fürchten viele Leute, dass Künstliche Intelligenz (KI) und Roboter die menschliche Arbeitskraft ersetzen könnten. Doch es gibt auch Vorteile: Intelligente Maschinen könnten monotone Aufgaben übernehmen, sodass dem Menschen mehr Zeit für Kreativität und gesellschaftliches Engagement bliebe. Eine Massenarbeitslosigkeit ist, wie bei vorherigen Entwicklungsschritten der Automatisierung, auch im Zeitalter von Digitalisierung und KI unwahrscheinlich. Allerdings muss der Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft auch entsprechend gestaltet werden, um von den positiven Effekten profitieren zu können.

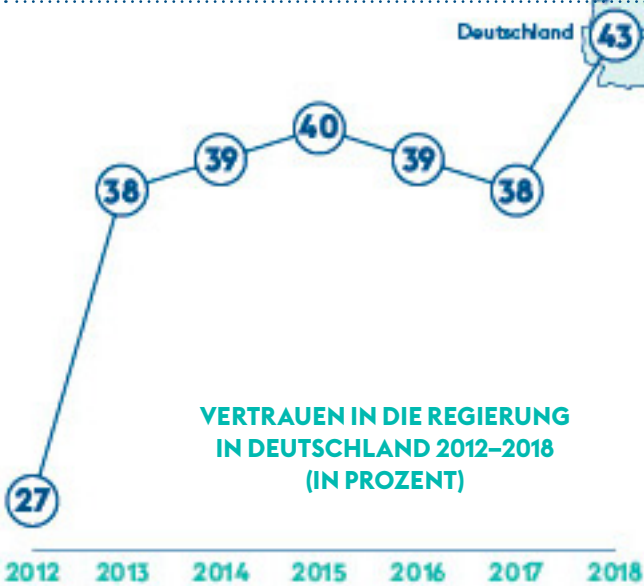
#DdnK: Wandel gestalten!

VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG WELTWEIT 2018 (IN PROZENT)

In Deutschland ist das Vertrauen in Regierungsinstitutionen zuletzt leicht gestiegen. Auch im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien schneidet Deutschland nicht schlecht ab. Dennoch liegt das Niveau insgesamt noch unter 50 Prozent – es herrscht also mehr Misstrauen als Vertrauen. Dem kann unter anderem mit mehr Transparenz, Teilhabe und Rechenschaft gegenüber der Zivilgesellschaft begegnet werden. Kurz: *Open Government*. Seit August 2017 gibt es einen entsprechenden nationalen Aktionsplan der Bundesregierung. **#DdnK: Vertrauen ist gut!**



VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG IN DEUTSCHLAND 2012–2018 (IN PROZENT)



LUKAS LINGENTHAL ist Referent der Stabsstelle Strategie und Planung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Der Blick auf Trends und Entwicklungen in Deutschland und der Welt ist steter Begleiter bei der Erstellung der stiftungsweiten Arbeitsplanung. Wichtigste Frage dabei: Welche Themen bestimmen das nächste Kapitel?



BOGDAN MIFTAKHOV ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stabsstelle Strategie und Planung und Promotionsstudent an der Freien Universität Berlin. In seinem Promotionsvorhaben untersucht er künftige Entwicklungen und Erwartungen zur politischen Partizipation der Millennials: Was erwartet uns in absehbarer Zukunft und wie wird die viel diskutierte Generation Y daran beteiligt sein?

QUELLEN

- 1 Statista 2018 / Bertelsmann Stiftung
- 2 Digital Evolution Index 2017
- 3 Konrad-Adenauer-Stiftung, Global Future Survey 2018
- 4 Digital-Atlas Deutschland 2018, IW Consult
- 5 Statista 2018 / Frost & Sullivan
- 6 carsharing-news.de
- 7 Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, Stadt und Land – Zeit für neue Ideen
- 8 2018 Edelman Trust Barometer, Global Report (flächentreue Darstellung der Ländersilhouetten nach Natural Earth ©)

Über die Verfasstheit des Rechtsstaates

Petra Morsbach und
Wolfgang Schäuble
im Gespräch

INTERVIEW Heinrich Wefing



Frau Morsbach, Herr Schäuble, wir wollen über den Rechtsstaat in Deutschland sprechen. Darüber gibt es viele Studien, viele Statistiken. Und es gibt Ihr Buch, Frau Morsbach. Sie haben dafür mehr als neun Jahre recherchiert. Es ist eine Art Expedition ins Innere der Justiz. Sie haben mit unzähligen Richterinnen und Richtern gesprochen. In welcher Verfassung ist der Rechtsstaat?

PETRA MORSBACH Nun, es ist eine beeindruckende Justiz. Ich glaube, was die Anzahl an Juristen im öffentlichen Dienst betrifft, die sich um Streitfälle kümmern, sind wir Weltspitze.

Sie schreiben in Ihrem Roman, die Richterschaft sei „eine Sinfonie von Skrupeln, Solidität und Selbstüberforderung“.

MORSBACH So habe ich sie erlebt. Aber es gibt innerhalb dieses Spektrums ganz unterschiedliche Charaktere, die sich auch aneinander reiben. Ein Roman ist eine Polyfonie; es geht nicht darum, jemandem recht zu geben, sondern darum, zu zeigen, wie kompliziert dieses Geflecht ist. Und wie stark es in der Gesellschaft auf Balance ankommt.

Herr Schäuble, Sie haben das Buch von Petra Morsbach gelesen und auch öffentlich bekundet, dass es Ihnen sehr gut gefallen hat. Was gefällt Ihnen daran?

WOLFGANG SCHÄUBLE Es hat mir deshalb gefallen, weil eine Schriftstellerin sich unglaublich in die Tiefe der Thematik eingearbeitet hat. Ihr gelingt es, die Welt eines Gerichts zu durchdringen und sie dann anschaulich und packend zu beschreiben.

Mir ist zweierlei bei der Lektüre aufgefallen. Zum einen: Keine der Figuren hat wirklich eine Vorstellung davon, was Gerechtigkeit denn sei. Alle haben eine Intuition, haben ein paar Formeln im Studium gehört, aber was das genau ist, Gerechtigkeit, das können sie nicht auf den Begriff bringen. Heißt das, es gibt in dem Justizpalast, den Sie beschreiben, einen toten Winkel – den Begriff der Gerechtigkeit?

MORSBACH Nein, kein toter Winkel, sondern ein Ideal, das von jedem

anders interpretiert wird. Unsere wichtigsten Gefühle lassen sich nicht definieren – Liebe, Humor, Gewissen, Gerechtigkeit. Wir leben von diesen Gefühlen, müssen mit ihnen umgehen und sie in gewisser Weise organisieren. Trotzdem bleiben ungelöste Rätsel.

Sehen Sie das auch so, Herr Schäuble? Ist der Begriff der Gerechtigkeit ein ungelöstes, vielleicht unlösbares Rätsel?

SCHÄUBLE Ich würde das vielleicht anders ausdrücken, aber dass Gerechtigkeit etwas ist, das man nicht genau konkretisieren kann, das wissen ja auch die Juristen. Ich zitiere oft den alten römischen Grundsatz „*summum ius, summa iniuria*“...

... auf Deutsch etwa: Das höchste Recht ist das höchste Unrecht.

SCHÄUBLE Richtig. Der Versuch, das Recht auf die Spitze zu treiben, führt zu Ungerechtigkeit. Trotzdem ist das nicht alles. Die Richter wissen ja, das spürt man auch bei der Lektüre des Buches sehr gut, dass sie nicht nur formal entscheiden. Sie versuchen auch, einigermaßen dem Rechtsgefühl zu entsprechen. Ich erinnere mich an einen Professor, bei dem ich Jura studiert habe, der sagte gern: „Denken Sie immer daran, wie der Bäckermeister Lehmann den Fall entscheiden würde.“ Das ist tatsächlich ein gutes Korrektiv.

Herr Schäuble, Sie sind ja nicht nur Jurist, Sie sind als Politiker auch lange Gesetzgeber gewesen. Sie haben als Minister und Parlamentarier Gesetze gemacht. Was war da Ihre Leitlinie?

SCHÄUBLE Ich schäme mich oft ein wenig, dass unsere Gesetze immer komplizierter werden. Ein klassisches Beispiel ist der Asylkompromiss von 1993, den ich gemeinsam mit Hans-Ulrich Klose ausgearbeitet habe. Es war unendlich schwierig, aber es war klar, dass wir diesen schönen Satz aus dem Grundgesetz „Politisch Verfolgte genießen Asyl“ ändern müssen. Wir mussten ihn auf das Schutzniveau der Genfer Flüchtlingskonvention zurückführen. Dafür gab es im politischen Raum Zustimmung. Das aber dann in Verfassungssprache zu gießen, hat den Artikel 16a lang und kompliziert

gemacht. Es ist sehr schade, aber anders ging es leider nicht. Die Vorgaben durch Rechtsprechung, europäisches Recht, landesrechtliche Regelungen, verfassungsrechtliche Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Ländern und vieles andere mehr machen eine einfache Gesetzessprache leider unmöglich. Letztlich ist sie auch nur ein Ausdruck unserer komplizierten gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Schöner Anknüpfungspunkt für meine nächste Frage: Ich hatte gesagt, zwei Dinge seien mir im Roman vor allem aufgefallen: Das eine ist das Ringen mit dem Begriff Gerechtigkeit; das andere ist, dass sich alle Figuren überlastet fühlen. Alle arbeiten am Rande der Überforderung.

MORSBACH Jede Partei fordert Einzelfallgerechtigkeit. Die Richter müssen Tausende Fälle lösen, sie können aber nicht jeden Fall bis ins Letzte durchdenken. Durch die Verfahrensgerechtigkeit entsteht Rechtssicherheit, der zweite Teil der Gerechtigkeit.

Herr Schäuble, ist der Rechtsstaat überlastet?

SCHÄUBLE Nicht überlastet. Aber stark gefordert. Da gibt es durchaus Dinge, die man zur Entlastung tun könnte, zum Beispiel bei Rechtsschutzversicherungen eine Eigenbeteiligung vorzuschreiben. In einer normalen Anwaltspraxis ist die erste Frage im Vorzimmer, wenn ein neuer Mandant kommt: Sind Sie rechtsschutzversichert? Und wenn das bejaht wird, dann wird prozessiert auf Teufel komm raus. Deshalb muss die Rechtspolitik Anreize setzen, dass die Leute nicht um jede Marginalie prozessieren.

MORSBACH Mich hat eine andere Sache bewegt. Rechtsstaat bedeutet ja, dass auch die Mächtigen an die Gesetze gebunden sind. Das funktioniert leider nur bedingt. Der Rechtsstaat ist eine herrliche Software, aber der Mensch ist ein verrücktes Fleisch. Er liebt die Macht und wehrt sich rabiat gegen Kontrolle. Ich sehe mit Sorge, wie ringsum Demokratien beschädigt werden, und zwar von den Herrschenden. Bei uns funktioniert die Demokratie leidlich, zum Glück. Aber auch bei uns ist sie kein selbsterhaltendes System. Es

gibt das Paradox der Freiheit, wie der Jurist Wolfgang Fikentscher das genannt hat: Kombiniert mit Macht wird Freiheit zur Unfreiheit.

SCHÄUBLE So ist der Mensch. Das ist nicht die Freiheit oder der Markt, das ist der Mensch. Wo immer Menschen zusammen sind, bildet sich alsbald eine Hierarchie. Und das Recht – noch gar nicht die Demokratie – ist das Instrument, um den Stärkeren einzubinden, Korruption und Machtmissbrauch zu verhindern.

MORSBACH Das Rechtssystem bietet Skripte zur Machtkontrolle. Doch Machtfantasien sind so elementar und irrational, da halten sich die Menschen nicht an staatsbürgerliche Skripte. Bis hinauf in die Regierung ...

SCHÄUBLE Da bin ich anderer Meinung. Ich hatte gerade die Botschafter aller EU-Staaten bei mir im Bundestag zu Gast. Die habe ich daran erinnert, welche enorme Rolle das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in unserem Verfassungsgefüge spielt. Für einen Politiker ist es fast unmöglich, das Verfassungsgericht zu kritisieren, selbst wenn es falsche Urteile fällt – was es manchmal durchaus tut. Ich bin einer der ganz wenigen Politiker, die sich immer wieder mit den Verfassungsrichtern angelegt haben.

Zum Beispiel? |

SCHÄUBLE Ich finde es falsch, dass das Verfassungsgericht das allgemeine Gleichheitsgebot unseres Grundgesetzes derart exzessiv interpretiert, bis eine Verwaltungsbehörde in Wahrheit keinen Ermessensspielraum mehr hat. Wenn Sie einen cleveren Anwalt haben, dann können Sie die Schulnoten Ihrer Sprösslinge anfechten lassen. Oder zumindest damit drohen. Und dann werden fünf von zehn Lehrern sagen, oder eher acht von zehn, bevor ich jetzt vor das Verwaltungsgericht gezerrt werde, gebe ich vielleicht doch eine bessere Note ... Das ist doch absurd. Es gibt mitunter eine exzessive Ausnutzung von Recht.

MORSBACH Es gibt Auswüchse. Wichtiger ist aber die Kontrolle von Macht, zumal hier deutlich mehr Schaden droht.

SCHÄUBLE Sie haben eben gesagt, die Regierung halte sich nicht an die Gesetze. Das weise ich zurück. Es gibt ja neben der gerichtlichen auch eine parlamentarische Kontrolle der Exekutive.

MORSBACH Ich sage, Macht bedarf immer der Kontrolle. Machtkontrolle ist anstrengend, man geht allen auf die Nerven. Wenn das aber keiner tut, pervertiert auch der Rechtsstaat. Demokratie ist ein höchst anspruchsvolles, mühsames Konzept für eine sehr komplizierte, anspruchsvolle Welt. Scheinbar paradox: Man muss auch günstige Verhältnisse ständig problematisieren, um ihre Qualität zu bewahren. Wer nur den Status quo schützt, verliert die Qualität. Wir brauchen eine selbstbewusste Kultur, die sich nicht autoritär beeindrucken lässt, und ich fürchte, dass sich das Klima ändert. Beispielsweise der Kreuzerlass in Bayern – was sagen Sie dazu?

SCHÄUBLE Ich finde, man sollte das Kreuz nicht instrumentalisieren. Ich habe hier kein Kreuz hängen, aber ... wenn Sie mich eine Weile provozieren, hänge ich eins auf (*lacht*). Aber zu den Machtstrukturen: Sie müssen als Politiker wirklich höllisch aufpassen. Schauen Sie, wir haben in der Verwaltung des Parlaments unseren Bundestagsdirektor als Verwaltungschef. Wenn Sie sich mit dem zum Beispiel über Personalentscheidungen unterhalten, dann stellen Sie fest, dass wir eigentlich nichts mehr entscheiden können. Auswahlverfahren sind extrem formalisiert.

MORSBACH Ich meinte etwas anderes. Dieser Kreuzerlass verbindet eine Gesinnungsfrage mit einer Karrierefrage. Die Behördenleiter werden sich jetzt überlegen: Wenn ich das nicht aufhänge, dann schadet mir das. So funktionieren die Menschen. Wie komme ich darauf? In der jüngeren

Rechtsgeschichte bin ich auf Juristen wie Karl Larenz, Theodor Maunz oder Carl Schmitt gestoßen. Für mich unheimliche Figuren: Sie haben aus der Weimarer Verfassung eine Nazi-Verfassung gemacht und wurden nach 1945 bundesrepublikanische Großjuristen. Leistungsfähige Gehirne, die mühelos von demokratisch zu faschistisch wechseln konnten und wieder zurück. Intelligenz garantiert keine Moral. Deswegen ist eine liberale Kultur so wichtig: um auch die intellektuellen Leistungsträger demokratisch auf Kurs zu halten.

SCHÄUBLE Wenn die Regierung entscheidet, in öffentlichen Gebäuden muss ein Kreuz sichtbar aufgehängt werden, dann muss ein Behördenleiter das vollziehen. Wenn er sich weigert, ja, dann bekommt er vielleicht Ärger ...

MORSBACH Er wird bei der nächsten Beförderung übergangen ...

SCHÄUBLE Und dagegen könnte er im Zweifel klagen. Das ist ja das Problem unseres Verwaltungsdirektors. Aber die NS-Zeit, das ist ein anderes Kapitel. Da sehe ich keine große Gefahr mehr. Natürlich war auch ich als junger Mensch überrascht, als ich eines Tages festgestellt habe, Theodor Maunz, der große Grundgesetzkommentator, war Nazi. Aber Sie als Schriftstellerin werden ja vielleicht auch beeindruckt gewesen sein, als Sie festgestellt haben, dass Walter Jens, bevor er dement wurde, ganz vergessen hatte, dass er mal Nazi war. Und Günter Grass ebenso.

MORSBACH Ich frage mich, ob man sich auf die Prinzipien der Menschen verlassen kann, auch der Richter, der hohen Beamten, der Politiker, wenn es einmal kritisch wird?

„... ein bisschen Mut kann man schon verlangen.“

„Ich halte es für ein Glück und ein großes Privileg, in dieser Demokratie zu leben.“

SCHÄUBLE Ich verstehe, dass Sie als Schriftstellerin diese Frage umtreibt. Aber wir sind heute nicht in akuter Gefahr. Wir haben Sorgen, aber weniger die vor dem Missbrauch der Macht. Darüber würde ich gerne stundenlang mit Ihnen reden, um Sie zu überzeugen. So weit her ist das auch nicht mit der Macht, und man kann auch ein bisschen Mut haben.

MORSBACH (*weist auf ein Bild an der Wand hin*): Da steht „Verwegenheit stiften“ ...

SCHÄUBLE Immendorf! Als Innenminister habe ich mir das ins Büro gehängt. Ja, ich glaube, ein bisschen Mut kann man schon verlangen. Fritz Stern hat ironisch vom „feinsinnigen Schweigen der Anständigen“ gesprochen, das für den Erfolg des Nationalsozialismus ebenso wichtig gewesen sei wie das Brüllen der Begeisterten.

MORSBACH Ich bin in verschiedenen Institutionen gegen Machtmissbrauch vorgegangen und stand damit recht allein.

SCHÄUBLE Nennen Sie mal ein Beispiel.

MORSBACH Ein Beispiel. Ich bin Mitglied einer Akademie der Schönen Künste. Da erfanden plötzlich Funktionäre eine unsinnige Regel, wie wir Künstler unsere Vorträge zu gestalten hätten. Ich protestierte: Freie Künstler dürfen sich überhaupt nichts vorschreiben lassen. Die Würde der Kunst verdankt sich der Freiheit der Künstler, deren äußerer und innerer Unabhängigkeit von Hierarchien. Gehorsame Autoren schreiben gehorsame Literatur. Mein Widerspruch erregte starken Unmut, auch bei Kollegen. Die Regel existiert bis heute.

SCHÄUBLE Könnte es sein, dass unter Intellektuellen in Wahrheit die

Versuchung, wenn sie selbst an der Macht sind, sehr stark ist?

MORSBACH Ja, das ist so. Und wenn sogar Leute, deren Prestige auf freier, mutiger Individualität beruht, die Macht lieben beziehungsweise sich ihr freiwillig unterwerfen, dann ist auf niemanden Verlass. Eigentlich sollte es nach dem Dritten Reich unsere Pflicht sein, gegen Machtwillkür zu protestieren, wo immer sie sich zeigt. Ich frage mich, wer würde sich auflehnen, wenn es mal wieder so käme? So viel kann ich sagen: die Intellektuellen sicher nicht mehr als damals.

SCHÄUBLE Die Intellektuellen sicher nicht. Aber die Katholiken. Wissen Sie, bei der letzten Bundestagswahl gab es einen Wahlkreis in Deutschland, in dem die AfD keine fünf Prozent erreicht hat.

MORSBACH Und zwar?

SCHÄUBLE Münster. Das katholische Münster.

Frau Morsbach, Sie haben gerade gesagt, auf die Intellektuellen vertrauen Sie nicht, wenn es mal darauf ankommt. Sie, Herr Schäuble, sagen, auf die Katholiken können wir uns verlassen. Wir reden ja über die Justiz. Kann man sich auf die Justiz verlassen?

MORSBACH Das ist wohl so wie mit den Intellektuellen. Ich habe als Beispiel Maunz und Schmitt genannt, brillante Gehirne, aber die hierarchische Orientierung war stärker als die moralische. Ich glaube, das trifft auf die meisten Menschen zu.

SCHÄUBLE Wahrscheinlich kann man sich in solchen Herausforderungen stets nur auf den Einzelnen verlassen. Da gibt es dann immer tapfere, anstän-

dige Leute. Ob sich einer auflehnt oder nicht, das ist manchmal fast ein Zufall. Aber es gibt diese Menschen.

MORSBACH Ich halte es für ein Glück und ein großes Privileg, in dieser Demokratie zu leben. Wir sollten ihre Prinzipien verteidigen, jeder an seinem Platz.

SCHÄUBLE Und wenn wir die Demokratie, die freiheitliche Ordnung gegen die Versuchungen des Populismus stabil halten wollen, müssen wir das Rechtsstaatsprinzip hochhalten. Ohne Rechtsstaat gäbe es keine freiheitliche Ordnung.

PETRA MORSBACH studierte Philologie und Theaterregie in München und Leningrad. Nach Jahren am Theater begann sie zu schreiben. Charakteristisch für ihre Werke sind ihre unmittelbare Sprache, ihre Beobachtungsgabe, ihr Einfühlungsvermögen sowie ihr Humor. Morsbach gelingt es, Milieus detailliert und differenziert darzustellen – so auch in ihrem letzten Roman *Justizpalast* über Gerechtigkeit und jene, die sie schaffen sollen. Sie ist Literaturpreisträgerin der Konrad-Adenauer-Stiftung.

WOLFGANG SCHÄUBLE kandidierte 2017 zum 13. Mal für den Bundestag. Der promovierte Jurist war in seinen vielen Funktionen stets Politiker aus Leidenschaft. Er trug maßgeblich zur deutschen Wiedervereinigung bei und setzt sich unermüdlich für die Einheit Europas ein. Als Bundestagspräsident mahnt er, politische Debatten mit Anstand und Respekt zu führen und fordert die verbale Abrüstung.

1968 Revisit – Der kurze Frühling

Utopie ist machbar, Herr Nachbar. Was im Westen ein Sponti-Spruch war, klang im Osten wie eine Verheißung – die jedoch nur kurz aufschien.

TEXT Ehrhart Neubert

Im April 1968 hatte ich eine Reise in die Tschechoslowakei (ČSSR) beantragt. Abgelehnt. Neu beantragt. Vorladung zum Rat des Kreises Weimar. Ein Genosse fragt, was ich dort wolle. „Die Burg in Prag, Knödel und Gulasch, einen Freund treffen.“ Dort lief vieles nicht richtig, ich solle vorsichtig sein, sagt der Genosse. Im Mai scheppert mein Trabi durch Prag. Auf der Karlsbrücke treffe ich junge Leute aus der DDR. Hier gibt es Tipps, Konzerte, Laterna Magica und vor allem das Gefühl von kommender Freiheit. Tage später sitze ich im Wohnzimmer eines Pfarrers in Brünn. Er hatte nach jahrelangem Berufsverbot wieder sein Amt angetreten. Unsere Gespräche drehen sich um die Zukunft dieses Frühlings: Ende der Pressezensur, Vereinigungsfreiheit, Reisefreiheit, freie Wahlen. Am Abend flimmert der Schwarz-Weiß-Fernseher. Bilder aus Paris. Menschenmassen, Barrikaden, Feuer, Polizei. Eine Revolution sieht so aus. Wir schauen uns ratlos an. Ich erzähle von den Unruhen in West-Berlin. Revolutionen im Westen?

Hatten sich die Tschechoslowaken nicht gerade auf den Weg zu einer politischen Liberalisierung gemacht? Waren die Jugendlichen aus der DDR nicht hierher gepilgert, um sich eine Anzahlung auf die westliche Freiheit abzuholen? Zu Hause war der öffentliche Sprachraum durch die kommunistische Propaganda besetzt. Leise raunten die Leute: „SOS – schweige oder sitze!“

Allerdings entzogen sich auch hier Menschen den Ansprüchen des Systems. Wehrdienstverweigerer setzten Zeichen

gegen die Militarisierung. Die in die Jugendorganisation FDJ gepresste Jugend hatte sich subkulturelle Refugien geschaffen, deren Design aus dem Westen stammte. Die Beat-Musik mit ihren langhaarigen Anhängern wurde seit 1965 zum Medium der Auseinandersetzung. Junge Leute trugen 1968 die Proteste gegen den Abriss von historischen Kirchen. Immer mehr Künstler stellten die Differenz zwischen Ideologie und DDR-Realität aus.

DIE UTOPIE KONNTE NIEMAND INS GEFÄNGNIS SPERREN

Als die SED die zentrifugalen Kräfte spürte, rechnete sie ab auf dem „Kahlschlag-Plenum“, dem 11. Plenum des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965. Versuche, die Wirtschaft zu dynamisieren, wurden abgebrochen, Filme und Theateraufführungen verboten. Alles, was die reale DDR mit ihren Ungereimtheiten kritisierte, war nun staatsfeindlich und konterrevolutionär. Das traf auch die Exponenten des politischen Konzeptes einer Demokratisierung des Sozialismus: Robert Havemann, Stefan Heym und Wolf Biermann. Gegen sie richtete sich eine Isolierungskampagne. Jetzt wurden sie zu Symbolfiguren eines allgemeinen Widerspruches.

In dieser Lage schien es plötzlich einen Ausweg zu geben. Die Utopie konnte niemand ins Gefängnis sperren. Die Reformbewegung in der Tschechoslowakei war ein Wetterleuchten aus dem Osten. Der erratische Block Kommunismus schien Risse zu bekommen. Die führenden Kommunisten in der

ČSSR versprachen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“.

Biermann sang unter Berufung auf Marx, Lenin und Trotzki: „In Prag ist Pariser Kommune“ ... „Wir atmen wieder, Genossen. Wir lachen die faule Traurigkeit raus aus der Brust. Mensch, wir sind stärker als Ratten und Drachen. Und hatten's vergessen und immer gewusst.“

Für einige Monate wurde Prag ein Reiseziel der Freiheit – Hochzeitsreise wegen der Vermählung von Freiheit und Sozialismus.

WECHSELWIRKUNGEN ZWISCHEN OST UND WEST

Aber im westlichen Fernsehen sahen die Ostdeutschen Merkwürdiges: die 1968er-Proteste. Ein gewisser Rudi Dutschke war das Sprachrohr, das leidenschaftlich die marxistische Kampfesrhetorik gegen die Institutionen der Bundesrepublik abfeuerte. Dazu wurde ein repressives Schreckgespenst der Bundesrepublik gezeichnet. Schwer überschaubar, was alles an dieser fundamentalen Kritik an der Bundesrepublik berechtigt war. Doch die Teufel, die Dutschke bekämpfte, glichen denen, die auch die DDR zu Feinden erklärt hatte. Die DDR hat ja auch mitgemischt, wie wir heute wissen. Sie hatte ihre Kader im SDS und Benno Ohnesorg wurde von einem Stasispitzel erschossen. Da passte die Kritik am Imperialismus im Allgemeinen und an der westdeutschen Demokratie mitsamt ihrer kapitalistischen Wirtschaft im Speziellen. Das aber war

Im Mai scheppert mein Trabbi durch Prag. Auf der Karlsbrücke treffe ich junge Leute aus der DDR. Hier gibt es Tipps, Konzerte, Laterna Magica und vor allem das Gefühl von kommender Freiheit.

nichts, was die DDR-Bürger an der Bundesrepublik erschreckte. Dort sehnten sie sich hin. Aber auch die Emanzipationsideen der 68er wirkten abgehoben, zumal die Ostdeutschen mit einem weit geringeren Maß an Freiheiten auskommen mussten.

Auf der Hochzeitsparty im August 1968 erschienen die Truppen des Warschauer Paktes. In der DDR entwickelte sich sofort eine breite Protestwelle. Demonstrationen, öffentliche verbale Proteste, Briefe, Flugschriften, Beschriftungen von Gebäuden gingen von mehreren Tausend Menschen aus. Bisweilen lehnten sich die Ostdeutschen sprachlich an die westdeutsche Protestkultur an. Doch mehr an Gemeinsamkeiten gab es nicht. Die Intensität dieser Proteste erscheint nachträglich als ein Vorbote von 1989. Damals knüpfelte die SED-Diktatur aber noch alles nieder.

IM OSTEN UTOPIE DES „DEMOKRATISCHEN SOZIALISMUS“, IM WESTEN GEWALTFANTASIEN UND REVOLUTIONSFIKTION

Dennoch war etwas geblieben: Die Utopie von einem „Demokratischen Sozialismus“, eine Beschwörungsformel des Unmöglichen. Diese Formel dokumentiert die geringen Handlungsspielräume der Opposition. In der demokratischen Revolution 1989 erweiterten sich rasch die politischen Handlungsmöglichkeiten. Das Ergebnis ist der vereinigte deutsche Verfassungs- und Rechtsstaat. Das war eben eine Revolution, die faktisch und entsprechend auch erinnerungspolitisch die Neugründung der Bundesrepublik repräsentiert.

Das sieht anders aus als das westliche 1968. Die öffentlichen Gewaltfantasien von Dutschke bekamen in den terroristischen linken Gruppen materielle Gewalt. Andere haben sich in den Verfassungsstaat integriert. Die bundesdeutsche Zivilgesellschaft hat zweifellos in vielerlei Hinsicht gesellschaftliche Veränderungen und Modernisierungen erlebt. Aber die Theorien und ideologischen Versatzstücke von 1968 wären dazu nicht nötig gewesen. Der Erlebnisneid so mancher 68er stilisiert nachträglich eine Polit-Mode zu einer Revolutionsfiktion.

EHRHART NEUBERT

ist Pfarrer, Religionssoziologe, Historiker und Bürgerrechtler. Als solcher war er Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs. Ende der 1990er-Jahre war er Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Wissenschaftlich beschäftigt er sich mit Opposition und Widerstand sowie Verbrechen in der DDR und beleuchtet hierbei vor allem die ethischen und rechtlichen Aspekte von Gegenbewegungen und Umwälzungen.





1968 Revisit – Die zwei Gesichter von 1968

Die Revolution: ein Abenteuerspielplatz. Studenten proben in Heidelberg und anderswo den Aufstand. Die einen wollen den Mief beseitigen, die anderen gleich den ganzen Staat. Zwei Blicke auf die durchrüttelte Bundesrepublik.

TEXT Marieluise Beck

Die „Revolution“ fühlte sich falsch an. Wenn wir etwa morgens um fünf zum Schichtwechsel vor dem Werkstor bei John Deere erschienen und Flugblätter verteilten, war mir das peinlich. Offenbar waren die Arbeiter nicht von unseren Bemühungen überzeugt, sie mit der proletarischen Revolution zu beglücken. In einer Mischung aus Größenwahn, fehlendem Gespür und Naivität wollten wir Studenten das jedoch nicht bemerken. Es blieb nur ein vages Gefühl, dass etwas nicht stimmte.

Hinzu kam: Unser „revolutionärer Kampf“ war wie ein Dauerbesuch auf einem Abenteuerspielplatz. Dazu gehörte die Besetzung der Heidelberger Uni: Auf der einen Seite die martialisch aufmarschierte Polizei, auf der anderen Seite wir. An einer Friedhofskapelle bekamen wir eines Nachts von unseren Kaderführern sogar Decknamen für den revolutionären Ernstfall. Derart erleuchtet konnte ich auch bei der Verwandtschaft über den Dingen schweben. Einem Cousin, der bei Bayer arbeitete, warf ich bei einer Silberhochzeit zwischen kalten Getränken und Buffet vor, er sei wegen der Produktion von *Agent Orange* an den Kriegsverbrechen in Vietnam beteiligt. Zurück blieben betretene Festgäste, während ich in meinen Renault 4 stieg und abrauschte.

Zwar war es richtig, gegen den amerikanischen Bombenkrieg in Vietnam zu protestieren, die Idealisierung des Vietcong war jedoch bestenfalls naiv. Zum Zeitgeist passte, dass der damalige Mann meines Herzens mir ankündigte, er könne leider nicht das Leben mit mir teilen, weil er sich den Tupamaros in Uruguay anschließen müsse – er blieb dann aber doch im sicheren Heidelberg.

Das wäre ein guter Moment für Eltern gewesen, in eine ernsthafte Auseinandersetzung

Wir waren eine Jugend, die sich politisch selbst erziehen musste. Das führte zu irrwitzigen Abwegen. War deshalb alles falsch? Nein!

mit ihrer Tochter einzutreten. Doch viele Eltern unserer Generation konnten ihre Kinder nicht prägen. Sie schwiegen nach ihrer Verstrickung mit dem Nationalsozialismus. Wir waren eine Jugend, die sich politisch selbst erziehen musste. Das führte zu irrwitzigen Abwegen. Der politische Unfug hatte freie Bahn, weil wir eine geistig elternlose Generation waren.

War deshalb alles falsch? Nein! Denn 68 gab es zweimal.

GEGEN MIEF UND PRÜDERIE – FÜR DIE LIBERALISIERUNG

Das eine 68 war die Bewegung, die den Mief und die Prüderie der Nachkriegsgesellschaft bekämpfte. Sie forcierte eine gesellschaftliche Liberalisierung. Kindesmissbrauch wurde zum Thema, Lesben- und Schwulenverbände bildeten sich, eine neue Frauenbewegung entstand, die autoritäre Erziehung wurde aufgemischt. Mit einiger Zeitverzögerung wanderte dieses neue Denken mit den Grünen in die Parlamente. Frauen benötigten keine Zustimmung ihrer Ehemänner mehr, um einer Arbeit nachzugehen, Schwangerschaftsabbrüche wurden straffrei gestellt, die Vergewaltigung in der Ehe wurde strafbar. Diese lange Welle der Liberalisierung feierte mit der „Ehe für alle“ ihren (vorläufig) letzten Erfolg. Insofern war 1968 ein Aufbruch, der bis heute nachwirkt.

Es wäre vermessen, das alles nur auf das Konto der Grünen zu verbuchen. Die sozialliberale Koalition mit dem Emigranten Willy Brandt an der Spitze hat außen- und gesellschaftspolitisch vieles in Bewegung gebracht – von der Ostpolitik bis hin zur Bildungsreform, die breiten Schichten den Weg zu sozialem Aufstieg eröffnete. Wie hochmütig, dass der linksradikale Teil der 68er diese Regierung mit aller Macht bekämpfte.

Das andere 68 hatte mit Liberalismus und Befreiung jedoch nichts zu tun. Seine Vertreter waren laut, kompromisslos und skrupellos. Sie kannten

nur die reine Lehre und hatten an einem Dialog kein Interesse. Ab dann wurde aus diesem Teil von 68 eine hierarchische, zentralistische, antiparlamentarische Bewegung. An den Universitäten wurden die liberalen Professoren eiskalt und gnadenlos angegriffen; an ein geordnetes Studium war bald nicht mehr zu denken. Wie weit die Verirrungen gingen, zeigt das Beispiel Dieter Kunzelmann, der vom Kommunisten zum militanten Untergrundkämpfer mutierte. Von ihm ist der denkwürdige Satz überliefert, dass sich die Linke endlich von ihrem „Judenknacks“ emanzipieren müsse.

OFFENER STREIT UND DIALOG ALS MOTIVATION BIS HEUTE

Ich war eine verspätete 68erin. Die Hochphase der Proteste habe ich als Schülerin weder in Heidelberg noch in Berlin, sondern in Osnabrück erlebt. Der Pfarrer der evangelischen Marienkirche organisierte dort einen Arbeitskreis für Schüler und Studenten. Ihm gelang es, dass junge, wissbegierige und intelligente Menschen gemeinsam über Ethik und Politik diskutierten. Das war fortschrittliche Jugendarbeit im Geiste der liberalen 68er. Dafür bin ich ihm noch heute dankbar. Wir sprachen etwa über die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und über Zivilcourage. In diesem Arbeitskreis habe ich das erste Mal gespürt, wie gut es ist, wenn in einem demokratischen Koordinatensystem gedacht und gestritten wird.

Dass ich dennoch in Heidelberg unter die Räder geriet und vorübergehend die Orientierung verlor, teile ich als Erfahrung mit vielen. Dass ich mich zehn Jahre später den Grünen in Baden-Württemberg anschloss, hatte viel mit deren Selbstverständnis zu tun: Der Landesverband stand für offenen Streit

und Dialog – so wie ich es in Osnabrück unter dem Dach der evangelischen Kirche kennengelernt hatte.

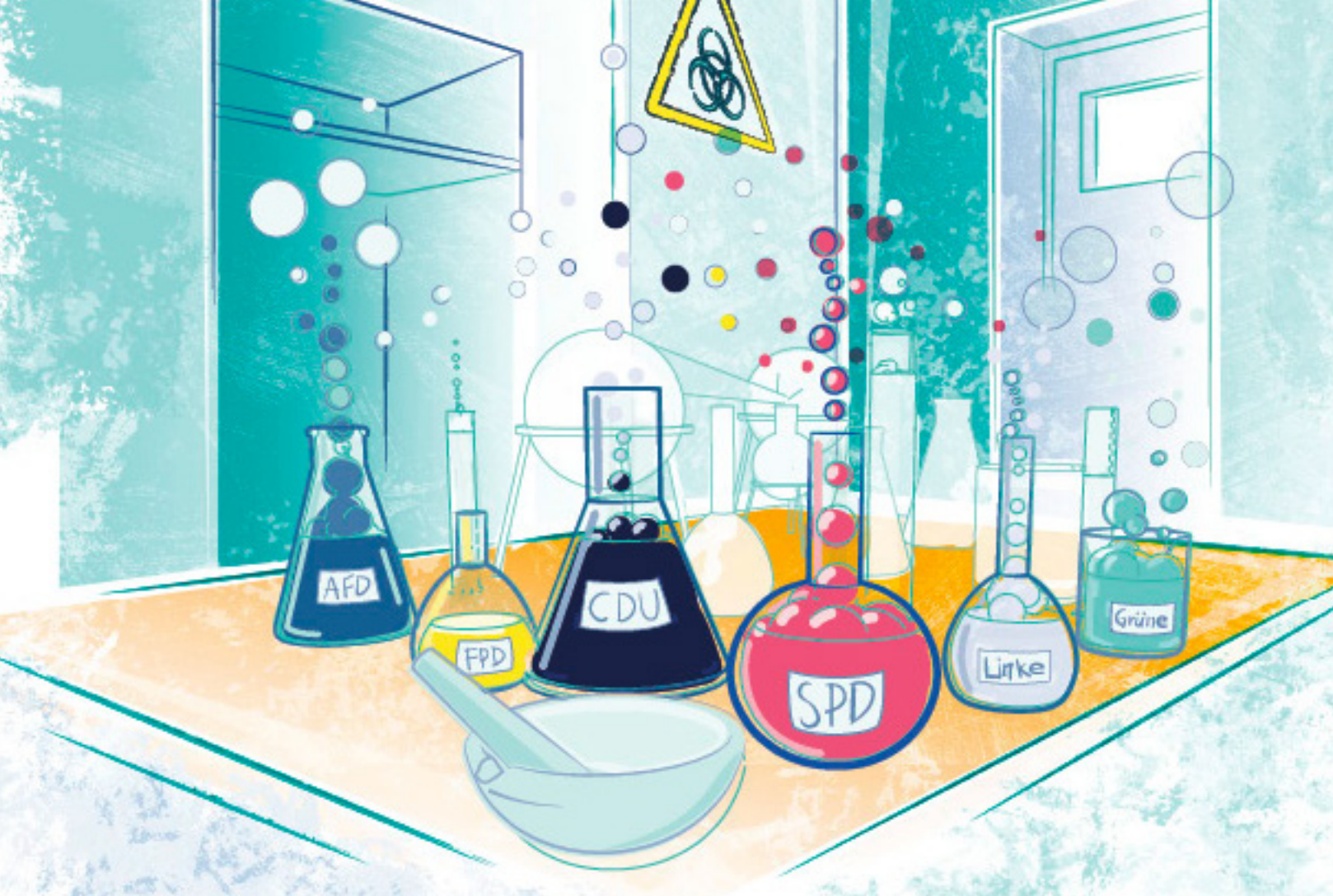
WIDERSPRÜCHE DER LIBERALEN MODERNE

Auch heute sehen wir autoritäre Verführungen im politischen Angebot, die in ihrer Programmatik zutiefst reaktionär sind. Aber selbst diejenigen, die heute gegen das Erbe von 68 wüten, profitieren von den kulturellen Errungenschaften dieser Zeit. Die Fraktionsvorsitzende der AfD lebt mit einer Migrantin zusammen. Die ehemalige Vorsitzende dieser Partei nimmt sich die Freiheit, aus der scheinbar heilen Welt einer Pfarrfamilie auszubrechen, um ein neues Leben zu beginnen.

Das gehört zu den Widersprüchen der liberalen Moderne: Wer in ihr lebt, muss sie nicht schätzen, er kann sie sogar verachten und bekämpfen. Das ist 2018 nicht anders als 1968.



MARIELUISE BECK gründete 2017 gemeinsam mit Ralf Fücks das Zentrum Liberale Moderne, ein Berliner Think-Tank für die Verteidigung und Erneuerung der offenen Gesellschaft. Während ihres Studiums engagierte sie sich beim Sozialistischen Hochschulbund. 1980 wurde sie Mitglied der Grünen und gehörte 1983 der ersten Grünen-Bundestagsfraktion an. Ihr außenpolitisches Interesse gilt den Ländern Ost- und Südosteuropas; sie engagiert sich im Vorstand des Petersburger Dialogs. In den 1970er-Jahren war sie als Lehrerin an einer Konrad-Adenauer-Realschule tätig.



Bunte Koalitionswelten

Wer mit wem? Künftige Koalitionen könnten überraschende Mixturen hervorbringen. In den Bundesländern wird bereits kräftig experimentiert. Ein Blick ins Laboratorium.

TEXT Volker Kronenberg

Charakterisierte die Bonner Republik über Jahrzehnte hinweg der Gegensatz zweier großer Volksparteien mit der FDP als einem sprichwörtlichen „Scharnier“, einem „Zünglein an der Waage“, so kennzeichnet die Berliner Republik eine deutlich buntere und unübersichtlichere Koalitionslandschaft. Vor dem Hintergrund der langwierigen Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017, dem Beinahe-Zerbrechen der Großen Koalition im zurückliegenden Sommer sowie dem ungewissen

Ausgang der Landtagswahlen in Bayern und Hessen rückt die Koalitionsfrage in den öffentlichen Fokus: Welche Koalitionen sind in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft programmatisch denkbar, rechnerisch machbar und strategisch klug?

PROGRAMMATISCH DENKBAR

Programmatisch denkbar sind mittlerweile sehr viele Koalitionsmodelle. Dies zeigt ein Blick in die Bundesländer, die – viel stärker als der Bund –

seit jeher das eigentliche Laboratorium, das Versuchsfeld innovativer Koalitionsoptionen sind. Mittlerweile gibt es in sechzehn Bundesländern nicht weniger als zwölf verschiedene Koalitionsformate. In den 1980er- und 1990er-Jahren wurden rot-grüne Bündnisse auf Landesebene eingegangen, allen voran in Hessen, bevor diese Koalitionsform 1998 im Bund salonfähig wurde. Auch heute findet sich die politische Avantgarde in den Ländern: In Baden-Württemberg besteht seit 2016 das erste grün-schwarze Bündnis, in Schleswig-



Holstein regiert Jamaika und in Hessen ist die schwarz-grüne Koalition als erste ihrer Art auf dem Wege zu einer „vollendeten“ Legislaturperiode. Eine erneute Mehrheit für Schwarz-Grün ist dort angesichts derzeitiger Umfragen allerdings fraglich. Mit Blick auf dieses lagerübergreifende Bündnis scheint es eine Ironie der Koalitionsgeschichte zu sein, dass Schwarz-Grün habituell und inhaltlich gerade zu einer Zeit hoffähig wird, in der die arithmetischen Mehrheiten für dieses Bündnis nicht mehr gegeben scheinen.

In Bayern muss die CSU den Verlust der absoluten Mehrheit fürchten. Demzufolge wird sowohl in Hessen als auch in Bayern im Herbst die Frage nach neuen Mehrheiten virulent. Erfolgsbedingung für ein Gelingen entsprechender Bündnisse – das zeigt der Fall Hessen – ist dabei die Bereitschaft, einerseits Kompromisse zu finden und andererseits dem Koalitionspartner auch eigenständige Positionen und Erfolge zuzugestehen. Die Strategie der CSU, die bisherige Programmatik dem Abwehrkampf gegen die AfD zu opfern, erweist sich hingegen als wenig vielversprechend. Es ist anzunehmen, dass nach den beiden Landtagswahlen schwierige Rahmenbedingungen für die Regierungsfindung vorliegen werden. Selbst eine sogenannte „Große Koalition“ ist rechnerisch heute nicht mehr selbstverständlich – wie die Notwendigkeit einer „Kenia-Koalition“ in Sachsen-Anhalt vor Augen geführt hat.

RECHNERISCH MACHBAR

Mithin zeigt sich die Bedeutung rechnerischer Machbarkeit. In der repräsentativen Demokratie, deren Funktionieren wesentlich auf dem Prinzip der Mehrheit beruht, ist die Arithmetik „unhintergebar“ das bestimmende Moment der Koalitionsbildung. Spezifische historische und kulturelle Prägungen, die Rahmenbedingungen des Verhältniswahlrechts und eine aus den Weimarer Erfahrungen gespeiste Skepsis lassen Minderheitsregierungen ohnehin wenig attraktiv erscheinen. Die wenigen, versuchsweise auf Länderebene gebildeten Regierungen ohne eigene Parlamentsmehrheit haben zudem mehr Ernüchterung als Aufbruchsstimmung hinterlassen. Bis auf Weiteres stellen Minderheitsregierungen keine Alternative zu den

klassischen Koalitionsformaten dar. Auch Tolerierungs- und Stützungsmodelle erscheinen wenig erfolgversprechend. Somit verfügen aktuell im Bund nur die Große Koalition und die Jamaika-Koalition über Mehrheiten. Seit 2005 waren aufgrund verschiedener sachlicher Zwänge und strategischer Entscheidungen drei von vier Regierungen Große Koalitionen. Der Blick in die europäische Nachbarschaft zeigt aber auch: Wenn solche Koalitionen von der Ausnahme zur Regel werden, erstarken links wie rechts die Parteien am Rand.

STRATEGISCH KLUG

Damit bleibt die Frage nach einer strategisch klugen Koalitionsbildung. Nach wie vor gilt – unabhängig vom Erstarren der Ränder – die alte politische Binsenweisheit: Wahlen werden in der Mitte gewonnen. Deren Besetzung reklamieren folgerichtig gleich mehrere Parteien für sich. So diffus sich dabei auch die Definition „der Mitte“ gestaltet, so klar ist, dass eine mehrheitsfähige Koalitionsregierung die Mitte einschließen und zunehmend auch über diese hinaus auf die jeweils andere Seite des politischen Spektrums reichen muss. Dies erscheint gerade für die Zukunft als Erfolgsrezept, wenngleich unter möglicherweise veränderten Bedingungen. Denn wenn vom Herbst der Volksparteien die Rede ist, so sei daran erinnert, dass auf den Herbst und den Winter ein erneuter Frühling und ein Wiedererblühen folgen. Das Ende der Volksparteien kann ebenso wenig als gesichert gelten wie die dauerhafte Etablierung der AfD. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass für die Zeit nach der „Ära Merkel“ eine Repolarisierung des bundesdeutschen Parteiensystems zu erwarten steht. Banal formuliert: Die Union wird alle ihre Wurzeln wieder stärker erkennbar machen – neben dem Liberalen und dem Sozialen auch das Konservative. Wenn der SPD das Kunststück gelänge, den linken Flügel mit einem pragmatischen Regierungshandeln zu versöhnen, dann könnte dies paradoxerweise – gleichsam dialektisch gewendet – integrative Effekte auf die politische Kultur des bundesdeutschen Parteiensystems entfalten, da es der AfD den Nährboden entziehen und dem Wähler wieder eine klarere Orientierung ermöglichen würde.

Bei einer kurzfristigen Dominanz arithmetischer und strategischer Überlegungen bestimmen also langfristig programmatische Aspekte sowie, ganz grundsätzlich – siehe Adenauer, Brandt, Kohl, Merkel –, ein überzeugendes Persönlichkeitsprofil den Wahlerfolg. Es sei in diesem Zusammenhang noch einmal daran erinnert, dass die Union am Wahlabend 2013 zeitweilig sogar die absolute Mehrheit in Aussicht hatte. Wer hätte dies vorher zu prognostizieren gewagt? Wenn es den Volksparteien gelingt, den Wandel inhaltlich überzeugend zu gestalten und auch personell authentisch zu verkörpern, so könnte die Republik zwar koalitionspolitisch „bunter“ bleiben, es würden sich aber gleichzeitig wieder Bedingungen für stabilere Koalitionsformate abzeichnen, mithin auch für klassische Zweierbündnisse.



VOLKER KRONENBERG ist Studiendekan der Philosophischen Fakultät und Professor der Politikwissenschaften an der Universität Bonn. Er verknüpft zeithistorische, geistes- sowie parteiengeschichtliche Aspekte mit praktisch-aktueller Gegenwartsanalyse von Demokratie, Parlamentarismus und politischer Kultur. Einer seiner Forschungsschwerpunkte ist der Wandel des deutschen Parteiensystems.

It's the FUTURE, stupid!

Das Grundsatzprogramm der CDU soll Orientierung in unwegbarem Gelände schaffen. Vielleicht wird die Arbeit holprig, aber es gibt einen Kompass, der sich seit 70 Jahren bewährt.

TEXT Annegret Kramp-Karrenbauer

Die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm ist weder Selbstbeschäftigung noch Selbstzweck. Es geht darum, welchen Beitrag Christdemokratinnen und Christdemokraten für eine gute Zukunft unseres Landes leisten können. Zukunft – das ist die christdemokratische Perspektive politischen Handelns. Weder der Drang nach Vergangenheitsbewältigung noch eine Haltung des „Nach mir die Sintflut“ sind der CDU eigen. Wir wollen Zukunft gestalten, die Weichen richtig stellen und heute die Voraussetzungen für die Erfolge von morgen schaffen.

Dafür braucht es zweierlei: Erstens müssen wir verstehen, mit welchen Veränderungen wir es künftig zu tun haben. Wir müssen Entwicklungen erkennen, die unser Leben prägen werden. Wir müssen schon heute eine Ahnung davon bekommen, welche Herausforderungen und vor allem welche Chancen das Morgen bietet. Der digitale Fortschritt, das Tempo technologischer Innovationen, die demografische Entwicklung, die Veränderung der Weltordnung – all das bildet den Rahmen. Natürlich ist



die Zukunft nicht vorhersehbar. Aber es ist möglich, eine Ahnung davon zu entwickeln, welche Fragen, Herausforderungen und Chancen auf uns zukommen.

Aber weil Aussagen über die Zukunft immer unvollständig bleiben, braucht es Orientierung, um den Weg auch in unübersichtlichem Gelände zu finden; das ist der zweite Aspekt von verantwortlicher Zukunftsgestaltung. Bei der Orientierung hilft uns Christdemokraten ein Kompass, der aus unseren Grundüberzeugungen, unseren Grundwerten und unseren Erfahrungen gebaut ist. Dieser Kompass leistet verlässlich seinen Dienst. Er leitete vor 70 Jahren beim Wiederaufbau unseres Landes unser Handeln, ebenso beim Bau des Friedensprojektes Europa und bei der Wiedererlangung der Deutschen Einheit. Ich bin mir sicher: Dieser Kompass funktioniert heute, und auch noch in 20 und in 50 Jahren.

Unser Bekenntnis zum christlichen Menschenbild ist zeitlos, weil es dem Menschen in seiner unveräußerlichen Würde am meisten gerecht wird: Freiheit und Selbstverantwortung jedes Einzelnen auf der einen Seite, Verantwortung füreinander auf der anderen Seite. Auch unser Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft macht unseren Kompass aus. Das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft lebt von Grundprinzipien, die wir auf neue technologische Entwicklungen und ökonomische Verschiebungen übertragen müssen. Schließlich funktioniert unser Kompass nur, wenn er gut kalibriert ist. Und das heißt, dass wir unsere Stärke gut austarieren müssen.

DIE KRAFTADERN FÜR UNSERE ZUKUNFT

Unsere Stärke speist sich aus drei Wurzeln: aus der christlich-sozialen, aus der liberalen und aus der konservativen Wurzel. Wir dürfen die Wurzeln nicht gegeneinander ausspielen; wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie nicht vertrocknen, sondern dass sie die Kraftadern einer wertebundenen Zukunftsgestaltung sind. Das meint Union: das Verbindende über das Trennende stellen, auf das Miteinander und nicht auf das Gegeneinander setzen – im Übrigen

auch nicht auf das Nebeneinander. Und Union meint auch, dass wir die politische Kraft sind, die nicht auf einfache Antworten setzt, die sich nicht als Schwarz-Weiß-Maler versteht, die Unterschiedliches zusammendenkt und Komplexität nicht durch Simplifizierung eibnet. Mit diesem Kompass in der Hand hat die CDU keinen Grund, ängstlich in eine ungewisse Zukunft zu schauen: Er gibt uns verlässlich Orientierung. Deshalb stehen wir auf festem Boden und irren nicht durch einen luftleeren Raum.

Dieser funktionierende Kompass und eine Ahnung von den Veränderungen der Zukunft müssen uns bei der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms leiten. Beides – Zukunftsentwicklungen und Grundwerte – müssen wir im Grundsatzprogramm ins Verhältnis zueinander setzen.

GEMEINSAM, OFFEN, KONTROVERS

Wie gehen wir diesen Prozess an? Mir geht es um drei Dimensionen:

Dieser Prozess ist ein gemeinsamer Prozess der CDU. Ich möchte, dass alle Mitglieder der Partei mitmachen. Das betrifft die erste Phase, die unter dem Stichwort „Zuhören“ steht und bis Ende dieses Jahres dauert. Im Rahmen meiner Zuhör-Tour komme ich derzeit mit vielen Mitgliedern ins Gespräch – eine für beide Seiten sehr spannende Erfahrung. Um das Gemeinsame geht es auch in der zweiten Phase, über der das Motto „Diskutieren“ steht und die sich über das Jahr 2019 erstrecken wird. In Diskussionen wollen wir gemeinsam mit den Mitgliedern erste Antworten auf die großen Leitfragen erarbeiten, die sich aus der Zuhör-Phase ergeben haben. Schließlich geht es in der dritten Phase um das „Entscheiden“. 2020 wird das Jahr sein, in dem wir mit unseren Mitgliedern einen Entwurf des Grundsatzprogramms diskutieren und beraten.

Das alles zeigt: Der Weg zum neuen Grundsatzprogramm ist ein gemeinsamer Weg der gesamten Partei; es ist nicht der Weg irgendeiner Kommission an der Parteispitze. Die Richtung ist eine andere: von unten nach oben.

Der Prozess soll ein offener sein. Wir müssen als CDU ins Gespräch mit vielen Menschen außerhalb unserer Partei kommen. Das können Experten oder Praktiker sein. Das können auch Mitglieder anderer Parteien sein. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen uns dabei helfen wird, die eigenen Positionen zu finden und zu schärfen.

Dieser Prozess soll kontrovers sein. Ich halte es für völlig realitätsfern, den Eindruck erwecken zu wollen, dass wir in unserer Partei nicht auch unterschiedliche Positionen hätten. Diese Kontroversen müssen und wollen wir sichtbar machen. Die CDU kann davon nur profitieren, denn so hat sie die Chance, als interessante Partei wahrgenommen zu werden. Und dennoch ist bei aller Kontroverse klar: Am Ende entscheidet eine Mehrheit, hinter der sich die Partei versammeln muss.

Ich möchte das Grundsatzprogramm in einem gemeinsamen, offenen und kontroversen Prozess erarbeiten. Das Ziel des Prozesses ist klar: Auf festen Werten eine gute Zukunft bauen. Darum geht's und das wird über den Erfolg der CDU als starke Volkspartei der Mitte entscheiden: *It's the future, stupid!*



ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer
liebevoll auch AKK genannt, setzte sich als saarländische Ministerpräsidentin leidenschaftlich für die deutsch-französische Freundschaft ein. Sie ist überzeugte Europäerin, aber vor allem Saarländerin. Gerne teilt sie auch auf Saarländisch aus – am Karneval lehrt sie in ihrer Rolle als „Putzfrau Gretel vom Landtag“ ihre politischen Gegner das Fürchten. Anfang des Jahres wechselte sie von der Saar an die Spree und bekleidet nun das Amt der CDU-Generalsekretärin.



Freiheit gibt es nicht umsonst

Im Glücks-Ranking steht die Bundesrepublik ganz oben: Platz 15 in der Welt, Platz 7 innerhalb der EU. Eigentlich hätten wir keinen Grund, das Glück infrage zu stellen. Eigentlich. Denn Selbstgefälligkeit und Harmoniesucht bilden eine brisante Mischung, die uns anfällig macht. In Zukunft werden wir uns aus den globalen Problemen aber nicht heraushalten können.

TEXT Michael Mertens

Eigentlich läuft doch alles prima in Deutschland. Nur Miesmacher halten es mit dem Gastfreund des erfolgreichen Herrschers Polykrates in Schillers Ballade: „Mir grauet vor der Götter Neide, /Des Lebens ungemischte Freude /Ward keinem Irdischen zuteil.“ Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst, die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosigkeit geht immer weiter zurück. Zwar musste Deutschland 2009 den Titel des Exportweltmeisters an China abgeben, doch immerhin holt es noch die Goldmedaille bei den Leistungsbilanzüberschüssen. Jahrelange Versäumnisse bei Investitionen in die digitale Infrastruktur? Ja – aber jetzt packen wir’s endlich an, verspricht die Koalition.

Die Grundbedürfnisse sind längst befriedigt. Wir können es uns leisten, höhere Ziele anzustreben. Unter dem Motto „Gut leben in Deutschland – was uns wichtig ist“ erklärte die Bundesregierung in der vergangenen Wahlperiode die Lebensqualität zum



Seit dem blamablen Ausscheiden der DFB-Elf in der Vorrunde hat das politische Feuilleton ein Übermaß an Selbstgefälligkeit als neue deutsche Untugend entdeckt.

„Maßstab für eine erfolgreiche Politik“. Der angesehene *World Happiness Report 2018* sieht im Glücks-Ranking von 156 Ländern die Bundesrepublik auf Platz 15 – innerhalb der Europäischen Union liegt Deutschland sogar auf Platz 7.

GLÜCKLICHES DEUTSCHLAND

Geld allein macht nicht glücklich. Nichts geht über das Gefühl, geliebt zu werden. Auch in dieser Hinsicht haben die Deutschen keinen Grund zum Jamern. Im Jahr 2014, so schreibt der ehemalige Britische Botschafter in Berlin, Sir Paul Lever, in seinem Buch *Berlin Rules*, hatte es nach dem 7:1-Triumph der DFB-Elf über Brasilien „tatsächlich den Anschein, als ob Deutschland die Welt beherrsche“. Der globalen Popularität Deutschlands schadete diese Dominanz nicht, denn sie stand auf dem Fundament von *soft power*. Laut einer Studie des *BBC World Service* war die Bundesrepublik 2017 das zweitbeliebteste Land der Welt nach Kanada; 2013 hatte sie sogar den Titel des Beliebtheitsweltmeisters errungen.

Allen Klagen über deutsche Politikverdrossenheit zum Trotz ist die Wertschätzung der Bundesbürger für ihre politischen Institutionen beachtlich, jedenfalls im europäischen Vergleich. Laut *Eurobarometer* vom Mai 2017 lag Deutschland beim Vertrauen in die nationale Regierung zusammen mit Finnland an dritter Stelle, ebenfalls an dritter Stelle beim Vertrauen in das

eigene Parteiensystem und an fünfter Stelle beim Vertrauen in das nationale Parlament. Geringer war das Vertrauen in die Europäische Union; hier kam die Bundesrepublik auf Platz 10, lag damit aber immer noch in der oberen Hälfte der EU-28. Und laut *Eurobarometer* vom Mai 2018 halten 79 Prozent der Deutschen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes für eine gute Sache; der durchschnittliche Wert für die EU-28 liegt bei 60 Prozent. So weit, so gut.

DEUTSCHE UNBEKÜMMERTHEIT – EIN PROBLEM

Angesichts dieser Auswahl erfreulicher Zahlen und Fakten scheint es für Selbstzweifel und Beunruhigung in der Tat wenig Raum zu geben. Aber vielleicht ist gerade die Unbekümmertheit zum neuen deutschen Problem geworden. Seit dem blamablen Ausscheiden der DFB-Elf in der Vorrunde der Fußball-WM 2018 hat das politische Feuilleton ein Übermaß an Selbstgefälligkeit als neue deutsche Untugend entdeckt – eine Haltung, die mit dem traditionellen Wunsch nach behaglicher Distanz zu den Konflikten dieser Welt einhergeht: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander schlagen.“ So bringt ein Bürger in Goethes *Faust* den deutschen Wunsch, seinen Geschäften in Ruhe nachgehen zu können, treffend zum Ausdruck. Nach 1945 gab der Nationalneutralist Ulrich Noack diesem Weltbild die Konturen einer überlegenen deutschen Moral: „Wenn die anderen unbedingt schießen wollen, dann machen wir uns klein und lassen sie über uns hinwegschießen“.

Laut einer dimap-Studie von 2015 finden mehr als drei Viertel der deutschen Wahlberechtigten, Deutschland solle größeren Wert auf den weltweiten Einsatz für die Menschenrechte legen. Wenn es freilich um die *hard power* zur Verwirklichung dieses ethischen Desiderats geht, spricht sich gerade einmal die Hälfte dafür aus, dass die

Bundeswehr gemeinsam mit den Partnern aus NATO und EU zivile und militärische Friedenssicherung betreiben sollte. International beachtet wurde im Jahr 2017 der Befund des *Pew Research Center*, dass die Bereitschaft, NATO-Verbündete gegen Russland zu verteidigen, in der deutschen Bevölkerung mit 40 Prozent geringer ausgeprägt ist als bei anderen Alliierten; gleichzeitig begrüßen mehr Deutsche als zum Beispiel Briten oder Franzosen (67 gegenüber 62 und 60 Prozent) den Schutz durch die NATO.

Es mehren sich die Zeichen, dass Deutschland von den großen Krisen und Konflikten der Gegenwart – Handelskriegen, neuen militärischen Bedrohungen, Fernwirkungen humanitärer Katastrophen – nicht verschont bleiben wird. Darauf gab die „Flüchtlingskrise“ von 2015 einen Vorgeschmack. Die Bundesrepublik ist verwundbarer, als viele glauben – und zwar gerade dort, wo sie auf den ersten Blick besonders stark zu sein scheint: Ihre Handelsüberschüsse machen sie zur leichten Beute von Protektionisten, und je gewichtiger ihre Stellung als internationaler Gläubiger, desto größer ihre Abhängigkeit von ausländischen Schuldnern. Es ist auch kein Geheimnis, dass der marode Zustand der deutschen Streitkräfte schon den Vorgängern von Präsident Trump negativ aufgefallen war. Trump spricht nur unverblümt aus, was viele in Washington denken: Es gehe nicht an, dass Deutschland sich im Glanz seiner Exporterfolge und seiner weltweiten

Unbequeme Fragen für ein erfolgs- und harmonieverwöhntes Land: Wie stark ist das Bewusstsein dafür, dass Freiheit und die Bereitschaft, sie zu verteidigen, untrennbar zusammengehören?

Beliebtheit sonne, während es gleichzeitig die Vorteile internationaler Sicherheit – zu der auch sichere Handelswege gehören – ohne eigene Opfer in Anspruch nehme.

DEUTSCHE VERANTWORTUNG IN EINER STARKEN GEMEINSCHAFT

Im Juni 2017 provozierte der dänische Finanzminister Kristian Jensen den britischen Botschafter in Kopenhagen mit der Bemerkung: „Es gibt zwei Arten von europäischen Nationen. Es gibt kleine Nationen, und es gibt Länder, die noch nicht begriffen haben, dass sie kleine Nationen sind.“ Die starke Stellung Deutschlands in der Welt beruht nicht bloß auf eigenen Leistungen, sondern mehr und mehr darauf, dass es Teil einer größeren Gemeinschaft ist. Aus nachvollziehbaren Gründen versuchen verschiedene weltpolitische Akteure, diese Gemeinschaft – nämlich die EU – nach dem Motto „divide et impera“ zu schwächen: Russland als Schutzmacht der europäischen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, China durch seine „16-plus-1“-Initiative, mit der es einen Brückenkopf in Ostmitteleuropa und auf dem Balkan errichtet, und neuerdings auch die USA unter Trump mit dem Versuch, die Verhandlungsmacht Brüssels durch Fokussierung ihrer handelspolitischen Attacken auf einzelne EU-Mitgliedstaaten zu schwächen.

Mit Blick auf künftige Konflikte stellen sich schon heute einige Fragen, die für ein erfolgs- und harmoniever-

wöhntes Land unbequem sind: Wie stark ist in der deutschen Bevölkerung das Bewusstsein ausgeprägt, dass Freiheit und die Bereitschaft, sie zu verteidigen, untrennbar zusammengehören? Wäre Deutschland, um nur ein Beispiel zu nennen, heute noch in der Lage, eine große Auseinandersetzung wie die Nachrüstungsdebatte von 1983/84 durchzustehen? „Gut leben in Deutschland“ gehört sicher zu den wichtigen Themen der Zukunftsgestaltung. Aber wir brauchen auch eine ungeschönte Analyse der Risiken, die dieses „gute Leben“ bedrohen, und eine neue Verständigung darüber, was eine nach innen und außen wehrhafte Demokratie heute erfordert. Das ist kein Plädoyer für eine Neuauflage der berüchtigten „German Angst“, sondern eine freundliche Warnung vor allzu kräftigem Klopfen auf die eigene Schulter.



MICHAEL MERTES
Jurist, Politikberater, literarischer Übersetzer, leitete u. a. das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung. Viele Jahre war er Chefredenschreiber von Bundeskanzler Helmut Kohl, zuletzt als Leiter der Planungs- und Kulturabteilung im Kanzleramt. Schon seit Langem veröffentlicht er Beiträge zur europäischen Integration, zu gesellschaftlich-kulturellen und politisch-zeitgeschichtlichen Themen in deutschen und ausländischen Zeitungen und Zeitschriften.





Die Gefühlswelt der Anhänger von AfD und CDU – zwei Antipoden?

Wie sieht es aus mit den Sorgen, Zukunftsängsten, Wünschen und Hoffnungen der Bürger? Schauen wir einmal genau hin und lassen Zahlen sprechen.

TEXT Viola Neu / Sabine Pokorny

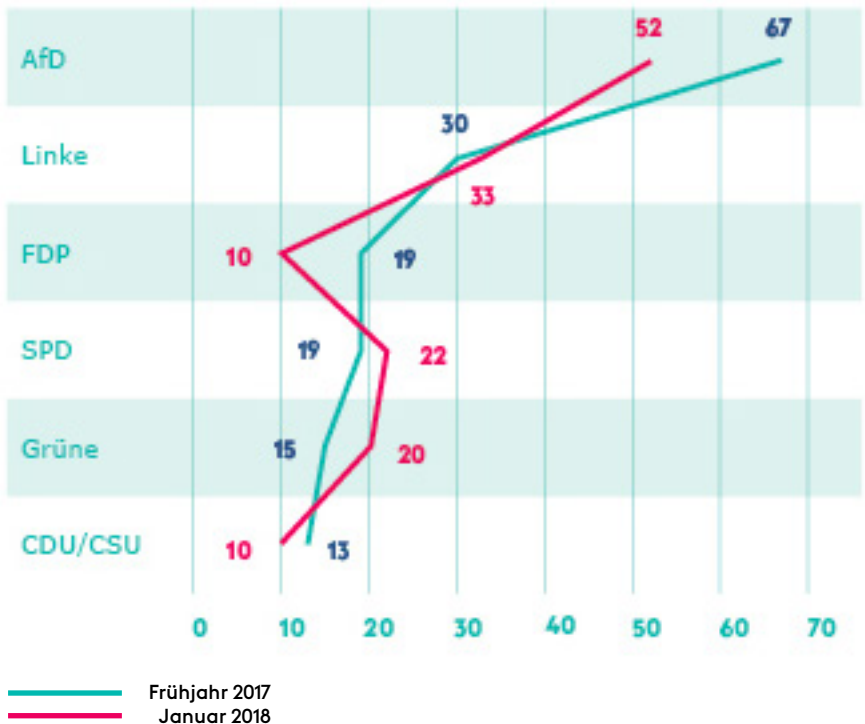
Neue Parteien genießen schnell das Privileg großer wissenschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. In den nur wenigen Jahren ihrer politisch relevanten Existenz in Parlamenten wuchs die Literatur über die Piratenpartei schnell auf beträchtliche Regalmeter an. Ähnliches ist auch bei der AfD zu diagnostizieren. Nach wie vor fehlt jedoch eine abschließende Bewertung ihrer politischen Ausrichtung, wobei die übergroße Mehrheit der Literatur die AfD als rechtspopulistisch einordnet. Allerdings sind solche Bewertungen bei jungen Parteien immer im Fluss, da diese Parteien und deren Mitglieder noch weniger gefestigt sind und die innerparteilichen Machtkämpfe um die endgültige politische Ausrichtung permanent stattfinden. Neben der programmatischen und der damit verbundenen personellen Entwicklung der AfD wird vor allem ihrer Wählerschaft großes Interesse entgegengebracht. Rasch konnte man zum Beispiel lesen, dass vor allem die Unionsparteien zu leiden hätten, die AfD quasi Fleisch vom Fleisch der Union sei. Diese, wie viele andere Thesen, konnten von der Wahlforschung jedoch ins Reich der Legenden verwiesen werden. Alles in allem kann etwa ein Fünftel der AfD-Wähler als ehemalige Unions-Wählerschaft identifiziert werden. Vier Fünftel kommen von anderen Parteien oder waren vorher Nichtwähler.

ANGST, FRUSTRATION, VERUNSICHERUNG UND ZUKUNFTSPESSIMISMUS

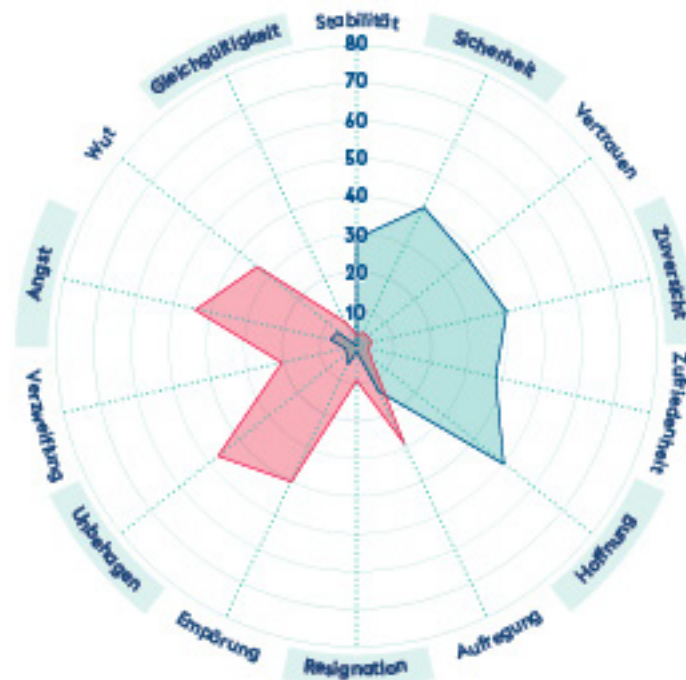
In Umfragen weisen die AfD-Anhänger ein eigenes Einstellungsprofil auf, das sie von anderen Wählerschaften deutlich abgrenzt. Auf Einstellungen bezogen, bilden die AfD-Anhänger eine eigene Gruppe. In qualitativen Tiefeninterviews, welche die Konrad-Adenauer-Stiftung führte, ist zudem eine eigene Gefühlswelt AfD-affiner Befragter aufgefallen. Angst, Frustrationen, Verunsicherungen und Zukunftspessimismus sind bestimmend und prägen die Sicht auf politische Themen. In den qualitativen Untersuchungen wurde deutlich, wie wichtig Emotionen für die Wahlentscheidung sind. Dazu wurde bisher in der klassischen Wahlforschung nicht gearbeitet. Mit einem neu entwickelten Befragungs-

1 SORGENBAROMETER

Zwei pessimistische Aussagen (Zustimmung in Prozent der Wahlberechtigten)



2 GIBT ES EINE PARTEI ODER MEHRERE PARTEIEN, DIE DAS JEWEILIGE GEFÜHL BEI IHNEN AUSLÖST? – AfD



Alle Wahlberechtigten
AfD-Anhänger

konzept wagten wir einen Vorstoß. Zum einen wurden emotionale Wahrnehmungen von Parteien, zum anderen – im Rahmen eines „Sorgenbarometers“ – der Blick in die Zukunft untersucht. Um einen Eindruck davon zu erhalten, wie sehr Sorgen, Nöte, Ängste und Befürchtungen die Anhängerschaften von Parteien charakterisieren, wurden drei Aussagenpaare abgefragt und in einem Index zusammengefasst. Der Anteil an sehr pessimistischen Bürgern ist mit drei Prozent erfreulich gering. Mit 44 Prozent hat sich eine relative Mehrheit jedes Mal für die positive Emotion entschieden. Diese Werte verschleiern jedoch, dass die Unterschiede zwischen den Parteianhängern außerordentlich groß sind. Die Wähler der AfD und die von Union und FDP stehen sich bei der Einschätzung der Zukunftsperspektiven diametral gegenüber. AfD-Wähler äußern mit großem Abstand die meisten Sorgen um die Zukunft, sind also überwiegend durch negative Emotionen geprägt, während Wähler von Union und FDP mehrheitlich gelassen und mit

positiven Gefühlen in die Zukunft blicken. Gerade einmal zehn Prozent der Anhänger der Union und der Liberalen können als pessimistisch bezeichnet werden; dies ist der geringste Anteil aller Wahlberechtigten. Am anderen Ende der Skala befinden sich die Anhänger der AfD, von denen über die Hälfte einen pessimistischen Blick in die Zukunft wirft. Im Vergleich zu 2017 ist der Anteil an negativen Emotionen bei AfD-Anhängern zwar gesunken. Damals wählten noch zwei Drittel der AfD-Anhänger zwei negative Aussagen. Doch auch zu diesem Zeitpunkt waren die Wähler der Union bereits die optimistischsten; dicht gefolgt von den Anhängern der Grünen. Nach den Anhängern der AfD folgen die Anhänger der Linken mit einer pessimistischen Sicht auf die Entwicklungen der Zukunft (Infografik 1). Zudem haben wir erforscht, welche Gefühle mit welchen Parteien verbunden werden. Dazu wurden folgende Gefühle abgefragt: Angst, Aufregung, Empörung, Gleichgültigkeit, Hoffnung, Resignation, Sicherheit, Stabilität, Unbehagen, Vertrauen, Wut, Zornigkeit, Zufriedenheit.

Überblick über die Methoden

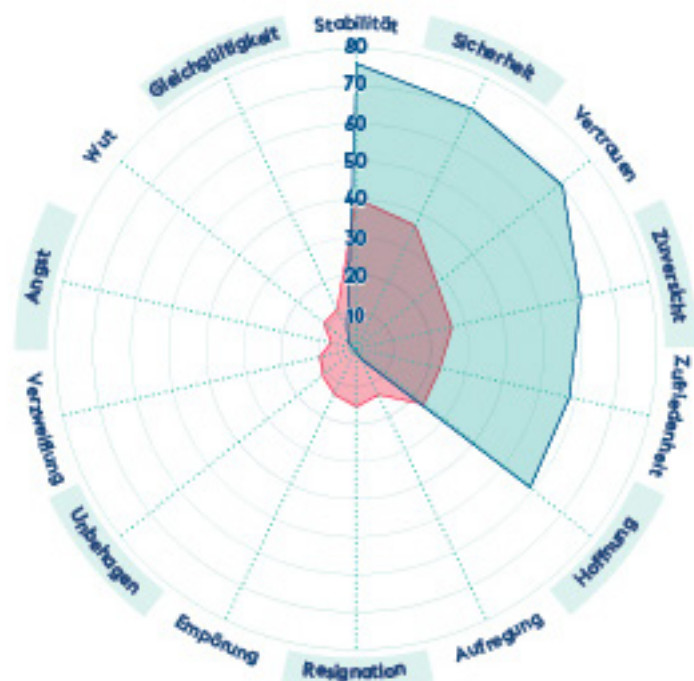
Die Ergebnisse basieren auf mehreren Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. Die qualitative Untersuchung basiert auf 20 deutschlandweit telefonisch im Dezember 2016 durchgeführten Tiefeninterviews und drei Fokusgruppen in Dresden, Berlin und Essen.

Publikation: Hans-Jürgen Friefy/ Viola Neu, 2018: *Die Heterogenität des Protests. Eine Untersuchung von Einstellungen potenzieller Protestwähler und politischem Protest im Internet.*

Für die quantitativen Untersuchungen wurde Anfang 2017 eine repräsentative Befragung mit 2.000 Personen telefonisch durchgeführt. Zusätzlich wurden im Rahmen von zwei laufenden Bevölkerungsumfragen Anfang 2018 einmal 1.248 Personen und einmal 1.504 Personen repräsentativ telefonisch befragt.

Publikation: Sabine Pokorny, 2018: *Von A wie Angst bis Z wie Zuversicht. Eine repräsentative Untersuchung zu Emotionen und politischen Einstellungen in Deutschland nach der Bundestagswahl 2017.*

3 GIBT ES EINE PARTEI ODER MEHRERE PARTEIEN, DIE DAS JEWEILIGE GEFÜHL BEI IHNEN AUSLÖST? – CDU



- Alle Wahlberechtigten
- CDU/CSU-Anhänger

Mit der CDU werden vor allem positive Gefühle verbunden.

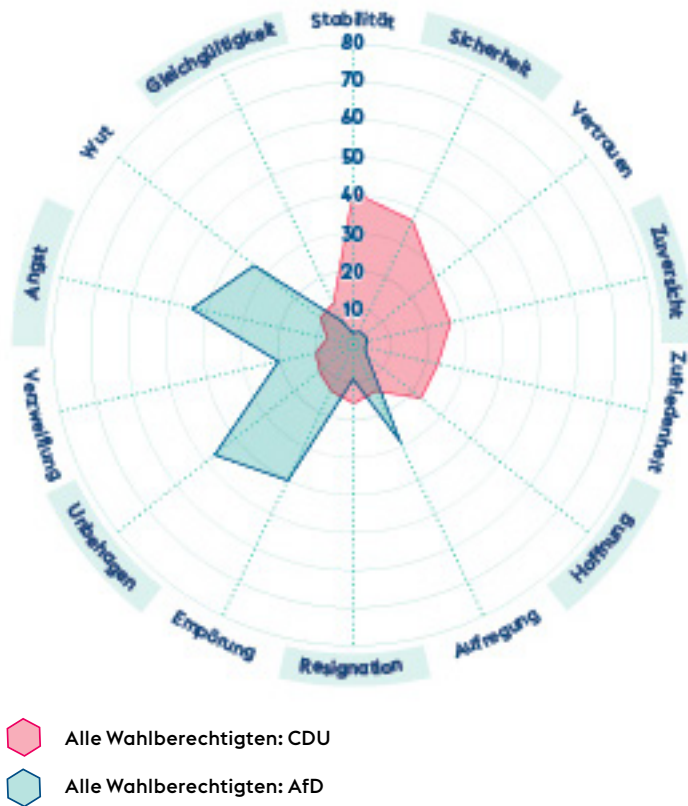
Lesehilfe

Als Anhänger werden diejenigen Befragten verstanden, die die Partei bei der sogenannten Sonntagsfrage nannten. Bei der CDU handelt es sich um die Anhänger von CDU und CSU.

Quelle für alle Abbildungen

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2018; Angaben in Prozent; Basis Recall

4 GIBT ES EINE PARTEI ODER MEHRERE PARTEIEN, DIE DAS JEWEILIGE GEFÜHL BEI IHNEN AUSLÖST? – CDU UND AfD IM DIREKTEN VERGLEICH



Die AfD wird als Projektionsfläche sehr unterschiedlicher Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen und Bedürfnisse wahrgenommen.

Verzweiflung, Wut, Zufriedenheit, Zuversicht. Dabei zeigten sich erneut erhebliche Unterschiede zwischen CDU und AfD.

STABILITÄT, SICHERHEIT, VERTRAUEN UND ZUVERSICHT

Mit der CDU verbinden sowohl die Wahlberechtigten insgesamt als auch die eigenen Anhänger vor allem positive Gefühle wie Stabilität, Sicherheit, Vertrauen, Zuversicht, Zufriedenheit und Hoffnung. Keine Partei weckt bei ihren Anhängern wie auch in der Bevölkerung insgesamt so häufig positive Assoziationen (Infografik 3). Bei den anderen Parteien sind die Werte zwar niedriger, doch ist auch deren Image überwiegend mit positiven Gefühlen verbunden, sowohl bei den eigenen Anhängern als auch bei der Bevölkerung. Bei der AfD ist der Befund dagegen völlig anders. Keine andere Partei wird so negativ wahrgenommen wie die AfD. Bei ihr empfindet die wahlberechtigte Bevölkerung Aufregung, Angst, Empörung, Wut, Verzweiflung, Resignation und Unbehagen. Hier wird

deutlich, wie stark die AfD polarisiert. Anders ist dies bei den AfD-Anhängern selbst: Sie verbinden überwiegend positive Gefühle mit „ihrer“ Partei (Infografik 2). Vergleicht man die Gefühle der Wahlberechtigten gegenüber der CDU mit denen in Bezug auf die AfD, zeigt sich, dass beide Parteien völlig unterschiedliche Emotionen hervorrufen (Infografik 4). Das Bild der AfD ist unter den Wahlberechtigten völlig anders als das der CDU. Wie schon in früheren Untersuchungen zeigt sich einmal mehr, dass sich die Wähler von CDU und AfD wie Antipoden gegenüberstehen. Doch auch im Vergleich zu anderen Parteien nehmen die Anhänger der AfD eine deutlich abweichende Position ein. Zwar bestehen unter den AfD-Anhängern große Gemeinsamkeiten in den Einstellungen, in den Tiefeninterviews zeigen sich jedoch auch große Unterschiede. So wird die Partei als Projektionsfläche sehr unterschiedlicher Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen und Bedürfnisse wahrgenommen. Enttäuschungen in der Anhängerschaft sind deshalb nicht auszuschließen.



VIOLA NEU ist Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung und stellvertretende Leiterin der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihr Schwerpunkt ist die Wahl- und Einstellungsforschung sowie die Parteienforschung. Mit Frank Decker hat sie in der dritten Auflage das *Handbuch der deutschen Parteien* veröffentlicht.



SABINE POKORNY ist Koordinatorin für Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie befasst sich überwiegend mit Wahl- und Einstellungsforschung. Zuletzt veröffentlichte sie Studien zu Nichtwählern, Wechselwählern und Briefwählern.

Lasst uns über Integration sprechen – es lohnt sich!

Wie sieht eine zukunftsfähige Migrationspolitik aus? Welche Rolle spielt der liberale Islam? Wir fragen zwei führende Köpfe der Diskussion. Aber da fängt es schon an: Termindruck. Wir bekommen Mouhanad Khorchide und Ruud Koopmans nicht an einen Tisch. Eine Gegenüberstellung.

INTERVIEWS Denise Feldner /Frauke Gottwald

Ist Integration einseitige Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft oder ein Zusammenwachsen der Kulturen?

MOUHANAD KHORCHIDE Integration bedeutet ein Zusammenwachsen von Menschen unterschiedlicher Kulturen und sozialer Hintergründe. In der Migrationssoziologie spricht man von struktureller Integration – sie funktioniert in Deutschland immer besser und bedeutet die Integration in den Bildungs- und Arbeitsmarkt – und von der kulturellen Integration. Wichtig für Letztere sind die Begriffe Sprache und Identität. Migranten sind gut integriert, wenn sie sich auch mit der Gesellschaft, in der sie leben, identifizieren. Bei uns in Deutschland bestehen jedoch große Defizite beim „Identitäts-Wir“, also der gegenseitigen Anerkennung beider Gruppen – von Deutschen und Migranten, von Deutschen und Muslimen.

KHORCHIDE Segregation entsteht, wenn Migranten sozial oder beruflich nicht angekommen sind und sich nicht mit Deutschland identifizieren. Wenn Migranten signalisiert bekommen, dass sie nicht dazugehören, suchen sie sich eine andere Identifikation. Einige dieser Migranten finden Zuflucht in der Religion. Die Religion dient der Konstruktion einer kollektiven Identität – in Ab- und Ausgrenzung zur Gesellschaft. Ich spreche in diesem Zusammenhang von einer ausgehöhlten religiösen Identität: Viele Migranten wissen nicht wirklich, was diese Identität oder das Muslimsein ausmacht, aber sie wissen, was sie nicht sind: Wir sind nicht die anderen.

Belgien galt als erfolgreich in der Integration. Deutschland nicht. Warum?

KOOPMANS Dahinter steckt ein Denkfehler: Bewertungen, die einzig die Gestaltung der Integrationspolitik (Gibt es eine doppelte Staatsbürgerschaft oder nicht?) in den Blick nehmen, kommen zu anderen Ergebnissen als Bewertungen, die den Blick auf die Arbeitsmarktintegration legen. Hier zählen konkrete Ergebnisse. Und bei der Integration in den Arbeitsmarkt hängt Deutschland andere Länder wie Belgien, Schweden und die Niederlande ab. Analysen zur Integrationsfähigkeit sind zudem bisher normativ ausgerichtet, auch um Politiken zu unterstützen. In Deutschland fällt einem dazu die Debatte um die Leitkultur ein: „Was darf der Staat eigentlich von Migranten erwarten und verlangen?“ Die dahinterstehende Debatte wird jedoch nicht zu Ende geführt. So landen Streitfälle vor deutschen Gerichten, die dann entscheiden müssen. Sie sind dafür aber nicht der richtige Ort.

RUUD KOOPMANS In der politischen Landschaft existiert dazu eine große Bandbreite von Meinungen. Was dürfen wir als aufnehmende Gesellschaft einfordern? Geht es um kulturelle Anpassung oder den Respekt für die hiesigen Gepflogenheiten? Geht es um eine Anpassung in der Öffentlichkeit oder auch im Privaten? Bei der AfD haben wir Leute, die die vollständige kulturelle Assimilation fordern – doch auch wenn Migranten Lederhosen tragen würden, würde es noch immer heißen: Ein Muslim kann nicht dazugehören.

Wie lässt sich der Erfolg einiger Migranten erklären und die Segregation anderer?

KOOPMANS Das hat sehr viel mit Religion zu tun. Unterbindet beispielsweise Religion das soziale „Brückenbauen“, verhindert dies Integration. Konservativ gelebte Religion – egal welcher Konfession – geht meistens einher mit Tabus und Verboten. Die Mehrheitsgesellschaft sollte an die konservativen Kreise der Migrantengesellschaften deutliche Signale senden, dass Integration nur gelingen kann, wenn Kontakte zu Andersdenkenden und Andersgläubigen gepflegt werden. Wenn man den Menschen das Signal sendet, dass sie sich nicht anpassen müssten, dann klingt das zunächst tolerant. Aber eigentlich sagt man ihnen: Bleibt in eurer eigenen Kultur, bleibt in eurer Parallelgesellschaft.

Ist der Islam in Deutschland von 2018 vielfältiger als 2015?

KHORCHIDE Mit der neueren Zuwanderung von Flüchtlingen ist der Islam vielfältiger geworden. Die Migranten kommen überwiegend aus Syrien oder Afghanistan. Nicht wenige sind traumatisiert von dem, was sie im Namen des Islam erlebt haben. Andere stammen aus der Mittelschicht und hatten genug Mittel, die teure Reise anzutreten. Viele vertreten ein viel offeneres Islamverständnis als die Arbeitsmigranten aus Nordafrika oder der Türkei. Der Islam, der nun mitgebracht wird, ist in Teilen reflektierter.

KHORCHIDE Wir beobachten eine Säkularisierungstendenz unter vielen Muslimen; Religiosität wird immer individueller. Detlef Pollack (Religions- und Kulturosoziologe, d. R.) hat festgestellt, dass 32 Prozent der ersten Generation von Muslimen die Moschee-Gemeinden aufsuchen. In der zweiten und dritten Generation sind es 23 Prozent. Dieser individualisierte Islam fokussiert stärker auf die Ethik und Spiritualität. Wir müssen daher Räume schaffen, in denen die Identifikation mit westlichen Werten möglich wird. Muslimen muss die Chance gegeben werden, zusammen mit den Deutschen eine gelebte Version westlicher Werte zu erfahren. Denn Werte werden sich von Subjekten angeeignet und nicht einfach von oben vermittelt.

Was können und müssen die Moschee-Gemeinden in Deutschland leisten?

KHORCHIDE Wichtig ist hier die Frage, welcher Islam vertreten wird. Die Ditiib-Gemeinden spielen dabei beispielsweise keine konstruktive Rolle, wenn sie die Muslime polarisieren. Die meisten Imame kommen aus der Türkei. Viele dieser Gemeinden sind nicht in Deutschland angekommen und können keine förderliche Rolle bei der Identitätsfindung spielen. Zudem bieten sie nur wenige Aktivitäten für junge Menschen. Leider spricht die salafistische Szene diese Menschen mit ihrer Jugendarbeit viel stärker an.

KOOPMANS: Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muss man sich die Moschee-Gemeinden in Deutschland erst einmal anschauen. Sehr wichtig ist die Frage nach der Steuerung aus dem Ausland. Mit politischem Willen lässt sich der Einfluss eines anderen Staates auf muslimische Gemeinden unterbinden. Das zweite Kriterium sind die verfassungswidrigen Bestrebungen. Liegen sie vor, sollte die öffentliche Finanzierung beendet werden. Der Staat hat Möglichkeiten, den Islam als Organisationslandschaft zu gestalten. Es gibt ein Recht auf Religionsfreiheit, aber keine Verpflichtung, Geld zu geben oder Organisationen in Gremien aufzunehmen. Beispielsweise überwacht der Verfassungsschutz einige Vertreter in der Islamkonferenz. Ich rate, gemäßigtere Gruppierungen zu suchen, die dort bislang nicht vertreten sind.

KOOPMANS: Der Islam ist weltweit vielfältig; dies gilt natürlich auch für den Islam in Deutschland. Er ist sowohl auf seiner politischen als auch auf seiner rechtlichen Seite vielfältig, und nicht alle Islamschulen sind mit der Demokratie vereinbar. Der Fundamentalismus widerspricht der Verfassung. Vor dem Hintergrund dieser Vielfältigkeit des Islam wundert mich, dass diejenigen Leute, die immer sagen, es gäbe nicht den einen Islam und daher dürfe man nicht generalisieren, dieselben Leute sind, die ständig sagen, der Islam gehöre zu Deutschland.

Wie adaptieren Muslime westliche Werte?



Die Zentren für Islamische Studien ermöglichen einen liberalen Islam?

KHORCHIDE Ja. Allerdings haben sie einen begrenzten Wirkungskreis, da sie akademisch ausgerichtet sind. Bei uns in Münster studieren gegenwärtig etwa 850 Studierende und ein Großteil von ihnen wird Religionslehrkraft oder möchte in Beratungsstellen arbeiten. Parallel dazu brauchen wir die Gemeinden, damit praktizierende Muslime einen aufgeklärten Islam ausüben können.

Welche Anreize fördern Integration?

KHORCHIDE In Deutschland fokussiert die Diskussion auf die Religion. Die Lösung steckt aber in der Öffnung von Räumen der Begegnung sowie in der Aneignung von Werten und Handlungsweisen, die uns in unserer pluralen Gesellschaft zusammenhalten. Hier spielt das Bildungssystem eine zentrale Rolle, zum Beispiel wenn sich Menschen mit der Ideengeschichte des Landes befassen. Integration muss greifbar positive Auswirkungen für die Migranten haben. Dazu gehören soziale Aufstiegschancen und gesellschaftliche Anerkennung. Dennoch ist es unverständlich, wenn beispielsweise Menschen mit türkischen Wurzeln Erdogan wählen, aber nicht in der Türkei, sondern in Deutschland leben wollen, um von den hiesigen demokratischen und sozialen Strukturen zu profitieren.

KOOPMANS Deutschland sollte für einen liberalen Islam auch Imame ausbilden. Allerdings werden diese in den Gemeinden nicht anerkannt, weil sie nach deren Meinung einen zu liberalen Islam lehren. Hier kann der Staat eingreifen und die Mitwirkung in Gremien versagen, wenn die Verbände und Gemeinden auf Imame aus dem Ausland zugreifen. Das ist im Rahmen der Religionsfreiheit alles möglich.

KOOPMANS Anreize für die Integration sind sehr wichtig. Dazu gehört, dass der Staat Forderungen stellt, die auch erfüllt werden können und gleichzeitig mit Rechten verbunden sind. Sind die Pflichten erfüllt, müssen die Migranten von der Mehrheitsgesellschaft als gleichberechtigt anerkannt werden. Gleichberechtigung muss tatsächlich erreichbar sein.

Wie können wir dem Fundamentalismus in europäischen Demokratien begegnen?

KHORCHIDE Je pluraler die Gesellschaft wird, desto mehr Kompetenzen benötigen Menschen, um konstruktiv mit der Vielfalt umzugehen. Pluralität irritiert bestehende Identitäten und kann zu Überforderung und Hilflosigkeit führen, von der sich manche dann lieber abschotten, als in einer pluralen Welt zu navigieren. Sich in dieser Vielfalt zurechtzufinden, ist eine Kompetenz, die das Bildungssystem jungen Leuten vermitteln muss. Denn der Fundamentalismus gibt klare und einfache Antworten. Deshalb müssen wir die Ängste vor dem Unbekanntem abbauen – sie füttern Fundamentalismus ebenso wie Rechtsradikalismus.



Studien zeigen, dass sich sowohl Bildungsferne als auch Hochgebildete nicht integrieren – woran liegt das?

KHORCHIDE Hierzu fällt mir Mesut Özil und sein Foto mit dem türkischen Präsidenten ein. Wir erleben junge Menschen, die sich mit ihrer türkischen Heimat identifizieren. Wenn sie im Sommer dorthin reisen, werden sie aber als Ausländer angesehen. Wenn sie nach Deutschland zurückkehren, sind sie es hier auch. Der Unterschied liegt zwischen struktureller und kultureller Integration. Die größte Herausforderung ist die unabhängige Identifikation – und dies ausdrücklich für alle Menschen, egal welche Bildung sie genossen haben.

Sollen wir – wie Kanada – von Einwanderern Innovationsfähigkeit fordern?

KHORCHIDE Kanada hat die Einwanderung nach bestimmten sozialen Kriterien reguliert. In Deutschland war die Situation in den 1960er-Jahren eine andere. Damals benötigte der Arbeitsmarkt einfach Arbeiter. Daher sind die Muslime in Kanada zum Beispiel überdurchschnittlich gebildet. Gerade das zeigt aber auch, dass dort, wo die strukturelle Integration gelingt, sich auch die Rahmenbedingungen für die kulturelle Integration verbessern. Deswegen benötigt Deutschland auch klare Kriterien zur Regulierung von Migration.

Wie sieht eine zukunftsfähige Migrationspolitik aus?

KHORCHIDE Die Politik muss sich in Zukunft mehr Gedanken über die kulturelle Integration machen, aber auch über die Frage der Identifikation mit unserer pluralen Gesellschaft. Es treffen immer mehr verunsicherte Identitäten aufeinander, durch deren Verunsicherung im jeweils anderen ein Feindbild statt eine Chance der Bereicherung gesehen wird. Wenn es um den Islam geht, dann sehe ich weiterhin das Problem des politischen Islam, das von vielen Politikern nicht wahrgenommen wird. Hier muss der Staat eingreifen, auch wenn dies auf den ersten Blick als Angriff auf die Religionsfreiheit gesehen wird. Gleichzeitig müssen die Moscheegemeinden aufgeklärt und eine Orientierung gegeben werden, wie sich der Islam in das deutsche Wertesystem einpassen kann.

KOOPMANS Beim Erfolg in der Arbeit und in der Bildung ist die kulturelle Integration essenziell. Daher ist es wichtig, wo Kinder ihre Schulbildung beginnen und mit anderen Kulturen in Verbindung treten. Wir brauchen Signale an Migranten aller Bildungsgrade, dass Integration sich lohnt. Gut gemeinte Ratschläge, wie „Bleib bei Deinen Wurzeln“, befördern die Integration nicht.

KOOPMANS Die Kanadier werden gerne als Beispiel genannt, aber das greift nicht, da unsere geografische Lage vollkommen verschieden ist. Kanada hat nur eine Landesgrenze mit den Vereinigten Staaten. Im Zentrum Europas brauchen wir eigene Lösungen. Dafür ist es an erster Stelle eine grundlegende Reform der Asylpolitik nötig. Und zwar so, dass als Regelfall Asylanträge nur in Anmeldezentren in den Konfliktregionen gestellt werden können. Wer trotzdem auf eigene Faust und an der Schlange vorbei nach Europa kommt, sollte sofort zurückgewiesen werden. Nur so werden wir es schaffen, gleichzeitig Gerechtigkeit, Integrationsfähigkeit und Sicherheit zu gewährleisten.

KOOPMANS Für mich ist das Wichtigste, dass wir die bisher ungesteuerte Migration in den Griff bekommen und für die Zukunft selektive Einwanderung ermöglichen. Danach könnten wir – in Anlehnung an das kanadische Modell – eine Arbeitsmarktmigration etablieren. Ich denke, dass Deutschland beides kann: die ausgewogene Einwanderung Hilfsbedürftiger und für den Arbeitsmarkt.

MOUHANAD KHORCHIDE lehrt Islamische Religionspädagogik am Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Münster. 2012 erschien seine vielbeachtete Monografie *Islam ist Barmherzigkeit. Grundzüge einer modernen Religion*. Er ist überzeugt davon, dass Islam und Moderne keine Gegensätze sein müssen, und setzt sich im Rahmen des Muslimischen Forums Deutschland für eine sachliche innerislamische Diskussion ein. Für die Zukunft wünscht er sich einen interreligiösen Kirchentag, an dem offen und mutig über theologische, aber auch gesellschaftspolitische Themen diskutiert wird.

RUUD KOOPMANS Ruud Koopmans ist Forschungsdirektor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und lehrt Soziologie und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. 2017 erschien sein Buch *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration*. Darüber hinaus forscht er zu religiösem Fundamentalismus und arbeitet derzeit an seinem neuen Buch zur Krise der islamischen Welt.



Eigentum für alle? Facetten einer neuen Vermögenspolitik

Ordentliches Einkommen, Aufstiegsmöglichkeiten, Wohlstand für alle? Das war einmal, heißt es heute. Viele sind verunsichert – auch weil verlässliche Daten fehlen.

TEXT Thomas Köhler

Zumindest bis vor wenigen Jahren war Deutschland mental stark geprägt von den westdeutschen Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg: Für sehr viele Menschen ging es über einen langen Zeitraum ausschließlich voran. Das mit der Sozialen Marktwirtschaft einhergehende Versprechen des „Wohlstands für alle“ war keine hohle Phrase. Es war sichtbar gelebte Wirklichkeit. Mehr noch: Es entstand der Eindruck, dass einmal Erreichtes

nicht mehr verloren gehen kann – kollektiv und individuell. Das hatte es zuvor nie gegeben.

WOHLSTAND FÜR ALLE – EIN NICHT EINZULÖSENDES VERSPRECHEN?

Dieser Eindruck besteht derzeit so nicht mehr. Zwar ist der Wohlstand in Deutschland auch heute noch sehr hoch. Und davon profitieren durchaus

viele Menschen. Der Arbeitsmarkt ist leergefegt. Die Teilhabechancen sind gut. Die am Markt erzielten Einkommen haben sich einerseits stärker gespreizt, andererseits gehört Deutschland weltweit zu den Ländern, in denen die Einkommensungleichheit durch den Staat am stärksten reduziert wird. Und dennoch haben viele Menschen das Gefühl, dass es schwieriger geworden sei, sich dauerhaft etwas aufzubauen. Dass die Gesellschaft ungleicher und

weniger leistungsgerecht geworden sei. Und dass sich der Anspruch, den eigenen Kindern solle es einmal besser gehen als einem selbst, nicht mehr so einfach erfüllen lässt.

Ganz unabhängig von den objektiven Gegebenheiten sind solche subjektiven Einschätzungen von zentraler Bedeutung für die breite Akzeptanz eines Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells. Wenn der Eindruck besteht, dass durch Globalisierung und Digitalisierung Reichtum automatisch Reichtum nach sich zieht, dass gesellschaftlicher Aufstieg für die Mittelschicht kaum noch möglich ist und es für viele trotz regelmäßiger Arbeit mit ordentlichem Einkommen sehr schwer geworden ist, für sich und die Kinder etwas beiseite zu legen, dann kann dies verheerend sein. Insofern ist es völlig richtig, wenn die Politik sich der Frage des Vermögensaufbaus breiter Bevölkerungsschichten wieder stärker zuwendet.

WIE VERMÖGEN MESSEN UND ERFASSEN?

Sie sollte dies aber ein wenig rationaler und systematischer tun als bisher. Das betrifft sowohl die Informationsgrundlage politischer Entscheidungen als auch die politische Prioritätensetzung. Insofern richtet sich der Appell zunächst einmal an die Wissenschaft. Wie in vielen Politikfeldern ist die Debatte durch Verteilungsfragen geprägt. Während wir über die Einkommensverteilung sehr viel wissen, gilt dies für Vermögen und ihre Verteilung nicht. Die wichtigste Datenquelle in Deutschland, das Sozioökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, kann gerade über große Vermögen bisher wenig aussagen. Die vorhandenen Datenlücken werden stattdessen über freihändige Ableitungen aus Aussagen von Hochglanzmagazinen zu geschätzten Vermögen der Superreichen geschlossen – das kann keine vernünftige Entscheidungsgrundlage für die Politik sein.

Viel Aufsehen haben die von den europäischen Zentralbanken durchgeführten Vergleiche zum Vermögen privater Haushalte erregt. Allerdings ist auch deren Aussagekraft stark begrenzt, da die wichtigste Datenquelle auch hier die Befragungen von Privatpersonen ist. Das ist vor allem dann problematisch, wenn Vermögen vornehmlich in Immobilien gebunden ist:

Welcher Privatperson kann schon zugetraut werden, den Marktwert eines vor langer Zeit gebauten Eigenheims tagesaktuell exakt zu schätzen? Ebenso problematisch ist, dass institutionelle Unterschiede zwischen den Ländern nicht abgebildet werden und kein Abgleich mit volkswirtschaftlichen Aggregatdaten stattfindet – wenn Ansprüche aus öffentlichen Alterssicherungssystemen keine Berücksichtigung finden oder die dem Vermögen privater Haushalte gegenüberstehenden staatlichen Vermögenswerte und Schulden völlig ausgeblendet werden. Angesichts des populistischen Potenzials solcher Untersuchungen – es wurde vornehmlich über den vermeintlich größeren Reichtum in den Staaten des europäischen Südens diskutiert – muss die Informationsgrundlage verlässlicher sein.

CHANCENORIENTIERTE VERMÖGENSPOLITIK UND EIN HOCHWERTIGES BILDUNGSWESEN

Aber auch die Politik muss systematischer agieren, wenn sie ernsthaft eine chancenorientierte Vermögenspolitik für die Mittelschicht betreiben möchte. Das beginnt mit der Gefahr einer zu einseitigen Fokussierung auf die selbstgenutzte Immobilie für jedermann, was in den USA bekanntlich Ausgangspunkt für eine Weltfinanzkrise war. Auch in anderen europäischen Staaten ist die höhere Eigentumsquote nicht selten eher Ausdruck eines weniger gut entwickelten Mietmarktes als das Abbild eines höheren privaten Vermögens. Weiter geht es beim inneren Widerspruch, einerseits vergleichsweise kleine vermögenspolitische Förderprogramme aufzulegen (Arbeitnehmersparzulage, Baukindergeld, Riester-Förderung), andererseits die vermögenspolitischen Auswirkungen großer politischer Entscheidungen (Vorgaben zu energetischen Gebäudestandards, Ausnahmetatbestände bei der Grunderwerb- und der Erbschaftsteuer, Vermögensfolgen der starken Exportorientierung der deutschen Wirtschaft) gar nicht erst zu erfassen. Und es endet bei der Frage, welche einzelnen Bevölkerungsgruppen von welchen Entwicklungen und Entscheidungen in welchem Maße betroffen sind.

Richtig ist: Der Staat kann und sollte dem Einzelnen die Frage des Vermögensaufbaus nicht abnehmen. Er

Der Staat kann und sollte dem Einzelnen die Frage des Vermögensaufbaus nicht abnehmen.

kann jedoch dazu beitragen, dass ein gesellschaftlicher Zustand nicht immer weiter zementiert wird. Er kann dafür sorgen, dass möglichst viele – unabhängig von ihrer Herkunft – gute Chancen im Leben haben. In Bezug auf Einkommenspotenziale sind das in der heutigen Zeit vor allem Chancen durch ein hochwertiges öffentliches Bildungswesen. Diese Priorität wurde durchaus erkannt. Darüber hinaus kann die Politik durch ein kluges Vorgehen aber durchaus Einfluss auf gute Chancen zum Vermögensaufbau nehmen. Dazu braucht sie jedoch bessere Daten. Und sie muss es ertragen, die vermögenspolitischen Folgen eigener Entscheidungen vorgechnet zu bekommen – etwa durch einen „Vermögens-Check“ in Gesetzgebungsverfahren. Die nötigen fachlichen und politischen Grundlagen dafür müssen erst erarbeitet werden. Ist die Zeit schon reif für eine Enquete-Kommission zur Vermögenspolitik in Deutschland?



THOMAS KÖHLER leitet den Think-Tank der Konrad-Adenauer-Stiftung. Als Volkswirt war er viele Jahre in Regierungsinstitutionen tätig, zuletzt als Leiter Strategie und Planung im Bundesfinanzministerium unter Wolfgang Schäuble. Nicht nur dort hat er gesehen, dass es gut ist, wenn die Politik sich rechtzeitig darauf einstellt, dass sich gute Zeiten auch ändern können.

Das C heute

Das C steht für Werte. Es hat viel bewegt, schafft Orientierung und Sicherheit. Es definiert die CDU seit ihrer Gründung gegenüber anderen Parteien. Diesen Anspruch heißt es immer wieder zeitgemäß auszubuchstabieren und zu verteidigen.

TEXT Pater Klaus Mertes SJ

1 Traditionell sind es drei Themen, die das C in der CDU bei der Gründung der Partei zum Ausdruck bringen sollte: Die Abgrenzung vom totalitären Anspruch der nationalsozialistischen Ideologie, die Überwindung des konfessionellen Gegensatzes zwischen Protestantismus und Katholizismus in der deutschen Politik sowie die Orientierung der neuen Wirtschafts- und Sozialordnung an den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und

Personenwürde. In der alten Bundesrepublik kommunizierten die klassischen C-Anliegen mit politischen Themen der Sozialdemokratie und des Liberalismus, sodass sich Christen in allen Parteien, die die Neuordnung nach der Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg in Angriff nahmen, engagieren konnten. Auch das Projekt Europa wurzelte in der christlich grundierten Inspiration, dass „Nation“ und „Gott“ ein für alle Mal nicht mehr

begrifflich zusammengeschweißt werden dürfen; vielmehr sollten die vom Christentum geprägten Völker Europas endlich in einen Versöhnungsprozess eintreten, um eine Friedensordnung aufzubauen. Dabei waren von Anfang an nicht nur die westlichen, sondern auch die östlichen Nachbarn im Blick – aus deutscher Perspektive insbesondere Polen.

In der DDR hielt der totalitäre Zugriff des Staates auf die Menschen

nach 1945 unter veränderten ideologischen Vorzeichen an. Das C in Politik und Gesellschaft äußerte sich im ohnehin stärker säkularisierten Osten Deutschlands in der Widerständigkeit einer Minderheit, die allerdings immer mehr zur Basis für die Bürgerrechtsbewegung in der DDR wurde. Diese fegte schließlich den SED-Staat 1989 erfolgreich und vor allem gewaltfrei hinweg.

Neben dem Einsatz für die grundlegenden Menschenrechte äußerte sich das C im Osten Deutschlands auch in der Aufnahme pazifistischer Impulse der Propheten und des Evangeliums. „Schwerter zu Pflugscharen“ (Jes 2,4) – unter diesem Motto entstand eine Brücke über den Eisernen Vorhang hin zur westlichen Friedensbewegung. Beide Seiten knüpften am ökumenischen Konziliaren Prozess „für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ an, der 1983 vom Ökumenischen Rat der Kirchen ausgerufen worden war. Dieser Prozess bezog sich übrigens auf eine Leitfigur des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, Dietrich Bonhoeffer.

2 Neben dieser Erfolgsgeschichte des C in der deutschen und europäischen Politik gibt es auch die Geschichte einer Verunsicherung zu erzählen. Sie prägt die Gegenwart des C in der Öffentlichkeit und macht es wieder anfälliger für Instrumentalisierungen. Seit 1945 schwächen Säkularisierungsschübe die traditionellen christlich-konfessionellen Milieus. Die kirchliche Gestalt des C befindet sich bis heute in einem Transformationsprozess, der durch diese äußere Rückläufigkeit geprägt ist. In dieser Situation erheben sich Stimmen, die das C mit der verlorenen, nur noch in Restbeständen erhaltenen „guten alten Zeit“ verbinden.

Dieser Typus des C wird in der Öffentlichkeit mit dem Begriff des „Konservativen“ gleichgesetzt. Er ist im eigentlichen Sinne des Wortes aber eher „reaktionär“ und darin wiederum „revolutionär“, weil er dazu neigt, das System als Ganzes infrage zu stellen.

Damit kehrt im Namen des C auch das alte autoritäre Denken in den politischen Diskurs zurück, welches die autoritär-bürokratische Linke in der DDR und auch Teile der westlichen 68er-Generation inzwischen weitgehend hinter sich gelassen haben: die Verachtung von Demokratie und Rechtsstaat, wenn diese die falschen Ergebnisse hervorbringen, wie die „Ehe für alle“, eine liberale Abtreibungspraxis oder die gleiche Religionsfreiheit für Muslime, Juden und Christen.

Das markanteste Bild für das autoritär vereinnahmte C sind die schwarz-rot-gold angemalten Kreuze auf PEGIDA-Demonstrationen, aber auch die Vereinnahmung christlicher Widerstandskämpfer wie Josef Wirmer, Sophie Scholl oder Stauffenberg in der Propaganda gegen die angebliche „Meinungs- und Merkel-Diktatur“. Dass sich die CSU diesem Kreis anbietet (jüngstes Beispiel: Beschluss des Landeskabinetts in Bayern, dass in jeder staatlichen Behörde ein Kreuz aufgehängt werden soll), ist eine Schande und diskreditiert nachträglich das politische Erbe von CSU-Persönlichkeiten wie Hans Maier, Alois Glück und anderen.

Natürlich sind im Vergleich zur Nachkriegsepoche neue Themen hinzugekommen, die das C in der Politik herausfordern, und bei denen sich das C zugleich in einer profilierten Minderheitensituation befindet. So setzt sich Politik im Namen des C dafür ein, dass beim menschlichen Leben von Anfang an der volle Status der Personwürde anerkannt wird – mit der entsprechenden Positionierung bei biopolitischen und angrenzenden Themen. Dasselbe gilt auch für transhumanistische Konzepte, in denen sich der Mensch zum „Homo Deus“ (Yuval Harari) erhebt und zugleich überwindet. Angesichts des rasanten technischen Fortschritts werden auch die Fragen am Ende des Lebens immer komplexer; sie tangieren grundlegende Fragen des Menschbildes, zu denen das C etwas zu sagen hat – kritisch insbesondere gegenüber einem

rein zweckrationalen oder bloß ökonomischen Denken. Hier stellen sich Themen der Anthropologie, die nach christlicher Auffassung von der Frage nach Gott nicht getrennt werden können.

3 „Unsere Heimat ist im Himmel“, heißt es bei Paulus. Und doch bietet das Christentum auch hier auf Erden schon Heimaterfahrungen, indem es sich mit seiner Botschaft, mit seinem Kult und seiner Festordnung in den Lebensalltag von Menschen und Kulturen einwurzelt. Es gibt einen vom C geprägten Respekt vor gewachsenen Kulturen, der nicht im Widerspruch steht zu den kulturtranszendierenden Potenzialen, die das C ebenfalls in seinen Genen trägt. Gerade deswegen ist das C aber auch niemals ausgeschöpft, wenn es bloß auf Heimaterfahrungen oder Fortschrittskonzepte reduziert wird. Das C ist eben prinzipiell nicht instrumentalisierbar; es verliert sich, wenn es instrumentalisiert wird. Das gehört zu seiner Stärke, auch heute.



PATER KLAUS MERTES SJ bezieht seit vielen Jahren öffentlich Stellung zu unterschiedlichen tagespolitischen Ereignissen. Als Rektor des katholischen Canisius-Kollegs in Berlin machte er den Missbrauchsskandal an seiner Schule öffentlich und löste damit eine bundesweite Debatte aus. Heute ist er Direktor des Kollegs St. Blasien im Schwarzwald. „Hingabe – Verrat – Gewissen“ war das Thema seiner Ansprache anlässlich des feierlichen Rekruten-Gelöbnisses der Bundeswehr am Gedenktag zu Ehren der Toten des 20. Juli 1944. Klaus Mertes SJ ist Mitglied im Kuratorium der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Mehr Dorflinden, bitte!

Streiten? Gerne! Aber nicht um des Streitens Willen. Wer miteinander redet, tauscht Positionen aus – und eventuell auch mal die Perspektive, um die Dinge anders zu sehen. Ein Lob auf den Dialog.

TEXT Michael Kretschmer

Der 1926 in Breslau geborene Historiker Fritz Stern stellte kurz vor seinem Tod 2016 fest: „Ich habe mich manchmal beschwert, dass ich aufgewachsen bin mit dem Ende einer Demokratie und jetzt, am Ende des Lebens, die Kämpfe um die Demokratie noch einmal erleben muss.“ Nur ein Jahr später zweifelten in einer Umfrage insgesamt 53 Prozent der Bundesbürger an der Herrschaft des Volkes. Daraus wird in notwendigen Diskussionen über den Zustand der Demokratie schnell eine Krise derselben. Diese Sichtweise teile ich nicht. Wir sollten die Krise nicht herbeireden. Zum Beispiel hat die Beteiligung an den Wahlen in Deutschland seit 2016 zugenommen. Zudem verfügt unsere Demokratie über ein reichhaltiges Angebot, welches die Interessen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt: Zur Bundestagswahl sind 42 Parteien angetreten; in den Parlamenten sind bis zu sechs Fraktionen vertreten. Auch kann, wer mit politischen Entscheidungen nicht einverstanden ist, den gewählten Parlamenten und Regierungen nicht die Legitimation absprechen. Dass über sie gestritten und gegen sie demonstriert wird, gehört hingegen zum Wesenskern der Demokratie. In diesem Sinne hat die Demokratie kürzlich eher einen Aufschwung erlebt. Die damit verbundenen Veränderungen und Herausforderungen sind auch im europäischen Vergleich nicht außergewöhnlich. Wir sollten daher in der politisch aktiven und polarisierten Gesellschaft die Chance sehen, die eigentliche Krise anzugehen.

DIE BEDEUTUNG DER „DORFLINDE“ FÜR EINE OFFENE DEBATTE

Wir haben eine Debattenkrise, weil wir profilierte Auseinandersetzungen zu selten führen und Debatten scheuen, wo sie notwendig sind. Nur eine offene Debatte entlarvt den, der im Diskurs lügt oder betrügt. Paul Watzlawick hat in seiner Kommunikationstheorie herausgearbeitet, dass „jede Kommunikation einen Inhalts- und einen Beziehungsaspekt [hat], wobei Letzterer den Ersteren bestimmt“. Genau um diesen Aspekt müssen wir uns wieder verstärkt kümmern. Denn Demokratie braucht überzeugte und überzeugende Demokraten. Zweifelsohne gibt es viel

politische Kommunikation – in Zeitungen und Talkshows, in Internetforen und weiteren digitalen Angeboten. Die Vielfalt hat jedoch einen Nachteil: Sie führt zu einer zersplitterten Kommunikation, weil die Debatten individueller werden. Daraus entstehen Echoräume. Aus unserer Sicht fehlt hier die „Dorflinde“, denn sie hat trotz aller Meinungsverschiedenheiten etwas Verbindendes und bietet einen gemeinsamen Raum für offene Diskussionen.

„W WIE WERTE“ IN DER POLITISCHEN BILDUNG

Stattdessen erleben wir die Entwicklung einer neuen Idee von Demokratie – mit autoritären Zügen. Das Eigeninteresse und das Durchsetzen der persönlichen und scheinbar alleingültigen Meinung hat an Bedeutung gewonnen. Deshalb ist es essenziell, dass alle demokratischen Akteure im Internet aktiv diskutieren, um die Echoräume aufzubrechen und den Falschinformationen aktiv entgegenzutreten. Wir in Sachsen haben das in den vergangenen Monaten ausgebaut. Zudem fördern wir mit dem Handlungskonzept „W wie Werte“ die politische Bildung in Sachsen, denn oft ist fehlendes Wissen um politische Zusammenhänge und Strategien ein Grund, warum die mediale Mobilisierung von den Rändern her erfolgreich ist. Allerdings ersetzt auch jede noch so gute Medien- und Internetpräsenz nicht das, was die „Dorflinde“ noch ausmacht: den persönlichen Kontakt und das direkte Gespräch. Der Sachsen-Monitor 2017 spiegelte es uns: Weit mehr Menschen vertrauen ihrem Bürgermeister und Gemeinderat (60 Prozent) als der Landesregierung (51 Prozent) oder der Bundesregierung (39 Prozent). Noch weniger Vertrauen genießen europäische Institutionen; und die Parteien bilden das Schlusslicht (20 Prozent). Ein Bürgermeister tritt selten in der Tagesschau auf und hat bei Facebook weniger Freunde als ein Bundespolitiker. Aber er ist vor Ort und direkt ansprechbar.

DAS OFFENE „SACHSENGESPRÄCH“

In Sachsen schaffen wir diese „Dorflinde“. Wir schaffen neue Gesprächsformate für eine direkte Kommunikation zwischen Politik und Gesellschaft.

Das „Sachsengespräch“ ist ein Format, zu dem die Landesregierung gemeinsam mit dem Landrat oder der Oberbürgermeisterin einlädt und bei dem auch alle Minister der Staatsregierung Sachsens vertreten sind. Es findet in jedem Landkreis, jeder kreisfreien Stadt und in Zusammenarbeit mit der Domowina, der Vertretung des sorbischen Volkes, statt. Das „Sachsengespräch“ ist thematisch offen: Neben der Diskussion in großer Runde finden kleine Gesprächsrunden mit Regierungsvertretern statt. Bislang engagierten sich jeweils mehrere Hundert Bürgerinnen und Bürger in diesen unmittelbaren politischen Debatten. Dabei erwarten wir nicht, verloren gegangenes Vertrauen an einem Abend zurückzugewinnen. Wir werben für eine neue Gesprächskultur. Die Debatten sind fair, kritisch, aber in ruhigem Ton und inhaltlich vielfältig. Dabei zeigt sich, welche unterschiedlichen Themen die Bürger bewegen. Auch bemerken die Teilnehmenden im Diskurs, dass nicht nur das eigene Anliegen zählt. Das öffnet die Echokammern und schafft Verständnis für unterschiedliche Standpunkte. Das Ziel, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, erfordert eine lebendige Debatten- und Streitkultur. Die „Dorflinde“ ist dafür ein geeigneter Ort. Denn dort treffen Vertreter der Politik mit den Menschen zusammen, von denen sie gewählt sind und für die sie sich engagieren. Dieser unmittelbare Austausch ist wertvoll und notwendig. Lassen Sie uns mehr „Dorflinden“ pflanzen!

MICHAEL KRETSCHMER

setzt sich als ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und seit 2017 als Ministerpräsident des Freistaates Sachsen für einen digitalen Wandel in Bildung, Forschung und Gesellschaft ein. Er konzentriert sich hierbei auf gemeinschaftliches und kommunikatives Arbeiten sowie zukunftsorientierte Innovationen. Wenn es um die Debatte in Deutschland geht, sagt er: „Wir müssen wegkommen vom gegenseitigen Beschimpfen – und in der Sache diskutieren.“

Seid mutig, lasst Vielfalt zu!

Gegen eine Gesellschaft von Leisetretern

TEXT Düzen Tekkal



DÜZEN TEKKAL

Regisseurin, Journalistin und Autorin, initiierte 2016 über #GermanDream eine Debatte, wie Integration in Deutschland gelingen kann. Mit ihrer Buchveröffentlichung *Deutschland ist bedroht – warum wir unsere Werte verteidigen müssen* erregte sie viel Aufmerksamkeit. Vielfach für ihr Engagement ausgezeichnet, sieht sie vor allem zwei Gefahren für die Demokratie: den Rechtspopulismus und den religiös-kulturellen, traditionellen Extremismus. Düzen Tekkal gehört der Mitgliederversammlung der Konrad-Adenauer-Stiftung an.

Wie sieht er aus, mein *German Dream*? Migranten möchte ich Mut machen, sich ihre Träume zu erfüllen. Bei #GermanDream geht es um die Stimme der erfolgreichen Migranten und ihre Geschichten, über die es sich zu sprechen lohnt. Wir brauchen keine kollektive Aneignung einer Opfermentalität, auch wenn viele von Diskriminierungserlebnissen berichten können. Wir brauchen das selbstbewusste Auftreten derer, die Deutschland als ihre Heimat bezeichnen und gern in diesem Land leben. Der *German Dream* liegt auf der Straße, wir müssen ihn nur sichtbar und hörbar machen.

Mein *German Dream* wäre greifbar, wenn wir die Freiheit, die wir uns hart erkämpft haben, nicht nur für uns selbst nutzen, sondern für alle nutzbar machen könnten. Dazu bedarf es eines Diskurses darüber, wer wir sind und was uns ausmacht. Wenn wir diesen nicht anstoßen, überlassen wir das Feld den anderen. Dann besetzen Hassprediger, Islamisten, Nationalisten oder religiöse Extremisten diese Diskussionsräume. Dies gilt es mit eigener Anstrengung zu verhindern.

Wir stecken in Deutschland mitten in einer Identitätskrise. Wir müssen darüber sprechen, was vielleicht in Schiefelage geraten ist, worüber wir zu lange geschwiegen haben. Darüber, dass es nicht darum geht, woher man

kommt, sondern wohin man will. Wie wir es schaffen, jungen Menschen, unabhängig von ihren Wurzeln, Zukunftschancen aufzuzeigen, ihnen eine Identität mitzugeben und sie ihre Träume verwirklichen zu lassen. Dazu braucht es Sinnstiftung, aber auch Herzenswärme und Menschlichkeit.

Wir müssen unsere Werte in diesem Land auf der Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung austarieren, müssen darüber streiten, wie ein Miteinander in Deutschland zukünftig aussehen kann. Wir müssen Leistung und Werte nicht nur vermitteln, sondern auch leben und selbstbewusst einfordern. Wer in Deutschland frei und gut leben möchte, muss bereit sein, dafür seinen Beitrag zu leisten.

Deutschland braucht eine neue Debattenkultur! Räume und Themen mutig zu besetzen, miteinander zu diskutieren – online wie offline –, darauf kommt es an. Wir müssen Vielfalt in den Meinungen zulassen, müssen die Wurzeln unseres Miteinanders freilegen und wehrhaft sein. Wir brauchen keine Gesellschaft von Leisetretern, sondern eine Gesellschaft vieler Mutiger, die ihre Stimme erheben. Und wir müssen unsere Kritiker respektieren, vielleicht sogar lieben lernen. Denn nur in der Auseinandersetzung entsteht Neues, was uns verbindet und Konsens schaffen wird.

Die Würde im Blick

Recherchieren – Berichten – Senden

TEXT Birgit Wentzien



Medien sind gut, wenn sie neugierig sind. Medien waren blind, als Amerika Donald Trump wählte und die Briten über den Brexit abstimmten. Medien waren und sind oftmals selbstgerecht. Und wer kennt sie nicht, die besseren Regierungschefs in Redaktionsstuben, die meinen, die Politik vor sich herzutreiben zu müssen.

Dabei haben Medien einen einzigen Job: Sie liefern Informationen und Argumente, sie ermöglichen Meinungsbildung für ihre Leser, Hörer, Zuschauer und User. Und dafür müssen sie vor allem eines: hinhören, hinsehen, hingehen, dranbleiben, berichten, senden – wie beispielsweise wir im *Deutschlandfunk*. Aber vorher empfangen und prüfen.

Ein Unternehmer meldet sich nach einem Frühinterview in der Redaktion. Seine Wirklichkeit in Nord-Württemberg sei so ganz anders als die Ausführungen des ministeriellen Interviewpartners, den er gerade gehört hat. Einer unserer Reporter fährt zum Hörer, fängt dessen Alltag ein und wir senden diese „Hörerwelt“.

Gerade in diesen Zeiten des Hasses und der Häme, die zum digitalen Umgangston gehören, kommt es darauf an, nicht nur zu reden, sondern

wirklich zu streiten – fair, zugespitzt, argumentativ und im echten Austausch. „Streitkultur“ im *Deutschlandfunk*, denn Hans-Georg Gadamer liegt richtig: „Ein Gespräch setzt voraus, dass der Andere Recht haben könnte.“

Was passiert ist, immer wieder passieren wird und zugleich unsere Grenzen beschreibt, das sind journalistische Fehler. Wir drohen oftmals, um Geschichten willen, falsch zu akzentuieren. Skandale, die nie welche waren, drohen größer abgebildet zu werden als wirklich wichtige Dinge, die aus dem Blick geraten. Und – Amerika, der Brexit – wir waren uns unseres Deutungsmonopols immer sicher, vielleicht manches Mal zu sehr. Muten wir uns und unserem Denken auch die Durchdringung von Tatsachen und Meinungen zu, wenn sie uns unangenehm sind? Journalismus, gute und nachhaltige Berichterstattung, will die Welt darstellen und kann sie nicht immer gänzlich erklären.

All dies gilt für Medien generell und insbesondere für die öffentlich-rechtlichen Sender. Der *Deutschlandfunk* macht keine Werbung und keine Kampagnen. Wir folgen keiner Verlegerlinie. Wir sind für die Menschen da, denen wir gehören.

Für mich als politische Journalistin ist bei aller Kritik an Politik der

Respekt vor dem Handwerk wesentlich. Hintergrund ist nicht Hinterzimmer. Einsicht ist nicht Durchsicht. Professionelle Distanz ist entscheidend und keine grenzenlose Transparenz. Politik hat als Handwerk zur eigenen Funktionsfähigkeit das Recht darauf, dass nicht alles öffentlich ausgetragen wird. Achtung vor Vertrauen muss ein Wert sein. Auch Politiker haben eine zu schützende Würde.



BIRGIT WENTZIEN setzt sich als langjährige Hörfunkjournalistin und Chefredakteurin des *Deutschlandfunks* für die Wahrung und Weiterentwicklung hoher journalistischer Standards ein und erinnert daran, dass Journalisten aller Mediengattungen Verantwortung für ihre Veröffentlichungen tragen. Ihre Profession gibt sie als Mentorin an der Evangelischen Journalistenschule an den Nachwuchs weiter.

Leistung pushen!

Lesen, Schreiben, Rechnen: In einem Land, das starke Leistungen fordert, sollte das eigentlich jedes Kind können. Die Realität sieht anders aus. Bildung tut not.

TEXT Susanne Eisenmann

QUALITÄT UND LEISTUNG – UNSER ROTER FADEN

Bildungspolitik ist und bleibt nicht nur eines der wichtigsten, sondern auch eines der umstrittensten Politikfelder. Das liegt einerseits an der unübersehbaren Expertenzahl – denn alle waren einmal Schülerinnen und Schüler und glauben daher zu wissen, wie gute Bildung wirklich geht. Es liegt aber auch daran, dass die ideologischen Grabenkämpfe in diesem Politikfeld seit Jahrzehnten besonders hart ausgefochten werden. 50 Jahre nach der „68-Bewegung“ sei daran erinnert, dass Bildung und (Nicht-)Erziehung zentrale Streit- und Aktionsfelder der sogenannten Kulturrevolution dieser stark überschätzten Revolutionäre waren. Gerade der Leistungsbegriff steht im Mittelpunkt solcher Streitigkeiten und Diskussionen. In Baden-Württemberg besitzt das Thema „Leistung“ im schulischen Kontext eine außerordentliche Aktualität. Praktisch alle Leistungsvergleiche und Lernstandserhebungen der letzten Jahre offenbaren: Wir haben ein Qualitätsproblem, besonders bei den Grundfähigkeiten Lesen, Rechnen und Schreiben. Daher ist es nur konsequent, dass wir den Schwerpunkt unserer Bildungspolitik bei Qualität und Leistung setzen. Einerseits geht es selbstverständlich darum, die erkannten Defizite abzustellen. Andererseits kommt es uns darauf an, gerade die leistungsstärkeren unter den Schülerinnen und Schülern passgenau zu fördern, damit sie ihre Stärken und besonderen Fähigkeiten nutzen und ausbauen können. Dieses

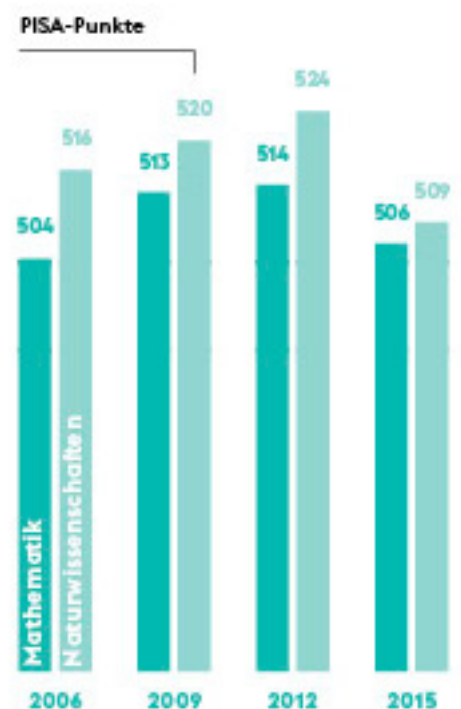
will ich beispielhaft an den beiden Bereichen Sprache und MINT verdeutlichen.

SPRACHE IM FOKUS – GERADE AUCH FÜR LEISTUNGSSTARKE

Umgang mit Sprache ist eine Querschnittsaufgabe, die im gesamten Leistungsspektrum von höchster Bedeutung ist. Man sollte bekanntlich nur von dem schweigen, von dem man nicht reden kann – der Bereich des sprachlich Erfassbaren ist also sehr groß. Indem die Lehrerinnen und Lehrer mit den Schülern immer wieder und mit zunehmendem Alter verstärkt schwierige und längere Texte bearbeiten, ihnen geistige Anstrengung zumuten, fördern sie die Fähigkeit, reflektiert und kompetent mit Sprache umzugehen. Die Bildungspläne 2016 geben dies her, und es ist an den Lehrerinnen und Lehrern, diese dicken Bretter zu bohren.

Der Frederick-Tag, das landesweite Literatur-Lese-Fest in Baden-Württemberg, ist ein konkretes Beispiel. Ein adäquates Lektüre-Portfolio wird – beispielhaft – Ingeborg Bachmanns Lyrik, Joyces *Ulysses* oder Ionescos absurdes Theater umfassen können, und zwar durchaus auch im Original. Auch ein antiker Autor wie Thukydides muss in der Oberstufe kein Unbekannter bleiben. Spätestens in der akademischen und beruflichen Ausbildung zahlt es sich aus, wenn auch schwierige Texte und komplexe Sachverhalte zügig und sicher erfasst werden können.

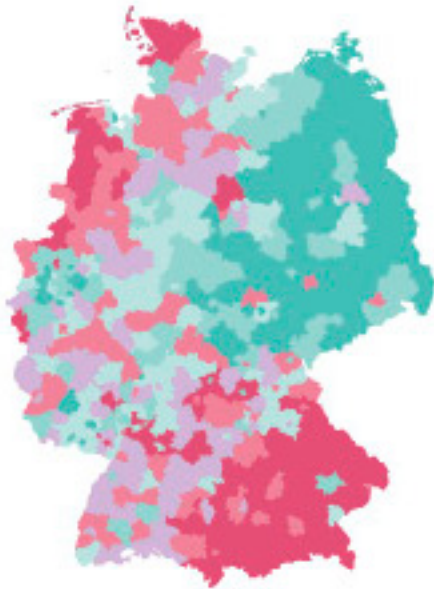
MINT-KOMPETENZEN IN DEUTSCHLAND



Zukunftsfähigkeit leitet sich zwar nicht allein, aber doch ganz erheblich von technischer und wissenschaftlicher Innovation ab.

2 BEDARF NACH REGIONEN

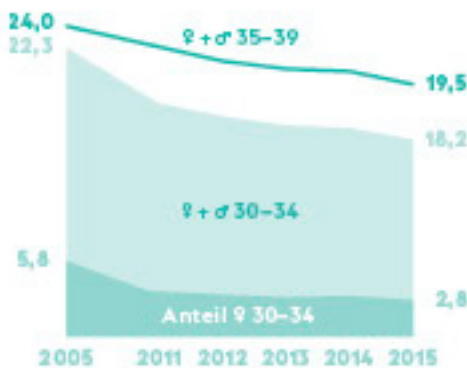
Beschäftigte in MINT-Berufen über 55 Jahre 2017



bis. 16,2% 17,4% 18,5% 19,7% 21,6% 32,2%

3 NACHWUCHSPROBLEME

Anteil 30- bis 34-Jähriger und 35- bis 39-Jähriger mit MINT-Berufsausbildung



Quellen

- 1 Klieme et al. 2010, PISA-Konsortium Deutschland 2003 und 2006, Prenzel et al. 2013, Stanat et al., Reiss et al. 2016, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) 2018: „MINT-Frühjahrsreport 2018“
- 2 Bundesagentur für Arbeit 2018: „Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Sonderauswertung der Beschäftigungsstatistik nach Berufsaggregaten, verschiedene Quartale“, in: IW 2018
- 3 Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, Erhebungsjahre 2005, 2011-2015, in: IW 2018

„Sprache ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die geistige Selbstbehauptung“, ließ sich einst Franz Josef Strauß, ein Sprachvirtuose eigener Art, vernehmen. Diese Zuspitzung wendet sich gerade an diejenigen Schülerinnen und Schüler, die gerne und viel lesen. Ich kann Eltern und Lehrern nur nachdrücklich ans Herz legen, Kinder zu Literatur und Lektüre zu ermutigen. Überhaupt zeigen Studien, dass allein die Zahl der Bücher pro Haushalt ein Indiz für sprachliche Fähigkeiten der Kinder ist. Unsere reiche literarische Tradition in Europa und Deutschland sowie die Vielzahl erstrangiger gegenwärtiger Autorinnen und Autoren bieten ein reiches Betätigungsfeld – gerade für anspruchsvolle Leser.

MINT AUSBAUEN – BEGABUNGEN STÄRKEN

Auch die Fähigkeiten im mathematisch-naturwissenschaftlichen Sektor stehen im Fokus unserer Maßnahmen. Zukunftsfähigkeit leitet sich zwar nicht allein, aber doch ganz erheblich von technischer und wissenschaftlicher Innovation ab. Daher haben wir Angebote für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler geschaffen. An den Hector-Kinderakademien erhalten seit dem Jahr 2010 bereits sehr junge Schülerinnen und Schüler wertvolle und zugleich überaus fundierte Einblicke und Eindrücke von naturwissenschaftlichen Prozessen. Diese Akademien, die sich der Begabtenförderung von Grundschulkindern widmen, haben sich zu einem Erfolgsmodell entwickelt.

Auch bei der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe haben wir – über die Vorgaben der Kultusministerkonferenz hinausgehend – großen Wert darauf gelegt, dass leistungsstarke Gymnasiasten ihre besonderen Begabungen und Profile noch pointierter verfolgen und ausbauen können. Daher sind die Profilmächer künftig wieder fünfständig.

Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist die Digitalisierung. Wir wollen sie nicht als Schicksal erdulden, sondern sie mit Maß und Verstand mitgestalten. Daher nutzen wir ein ganzes Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen, damit die Schülerinnen und Schüler Technik nicht nur anwenden, sondern zu beherrschen lernen: Leistungsstarke

Schüler haben beispielsweise die Möglichkeit, das gymnasiale Profilmfach Informatik (bzw. an den Real- und Gemeinschaftsschulen das Wahlfach Informatik) zu wählen und so ihre Fähigkeiten gezielt auszubauen. Dabei gilt ganz klar: Technik folgt der Pädagogik.

Schließlich plant die baden-württembergische Landesregierung ein MINT-Exzellenz-Gymnasium in Landsträgerschaft. Dieses wird besonders befähigte Schülerinnen und Schüler passgenau fördern und auf entsprechende Ausbildungs- und Studiengänge sowie Berufsbilder vorbereiten. Mit diesen Initiativen werden wir mathematisch-naturwissenschaftlichen Begabungen in der Schülerschaft gerecht.

FAZIT

Leistungsstarke Schülerinnen und Schüler gilt es konsequent zu fördern und zu fordern. Dabei vertraue ich den Lehrerinnen und Lehrern, die dieses Potenzial frühzeitig erkennen und ihre pädagogische Freiheit dafür auch nutzen. Weiterhin wichtig bleibt die Rolle des Elternhauses: Nur als Erziehungspartnerschaft mit verantwortungsvollen Eltern werden die Kinder ihre besonderen Begabungen entfalten können.



SUSANNE EISENMANN ist Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg. In dieser Funktion war sie 2017 Vorsitzende der Kultusministerkonferenz. Bildungspolitische Themen vertrat sie bereits in den Jahren 2005 bis 2016 als Bürgermeisterin für Kultur, Bildung und Sport in der Landeshauptstadt Stuttgart. In den vergangenen Jahren hat sie es sich zur Aufgabe gemacht, Reformen in der Schullandschaft zukunftsfähig umzusetzen. Hierbei liegt ihr Augenmerk auf einer modernisierten und zuverlässigen Gestaltung des schulischen Alltags.

Heiter bis wolkig

Eine cloud ist eine Wolke.

Die Zukunft der Bildung

Im aktuellen Koalitionsvertrag taucht das Wort „Digitalisierung“ fast einhundert Mal auf. Das ist gut, darf aber nicht auf Schule und Ausbildung beschränkt bleiben. Wir brauchen eine Bildungscloud für alle.

TEXT Maxim Asjoma

Wetter-Beobachtungstafel

Jahr:	Beobachtungsort:																															Klasse:		
Monat:	Uhr:																																	
Datum:	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	Aussehen graden ex		
Bewölkung (Anmerkung 1)	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	○	mit W
Windrichtung -stärke (Anmerkung 2)																																		Wetter richtun

Mein Papa sagt cloud hat nichts mit Wasser zu tun.

Cloud

Cloud

Unsere Gesellschaft steht vor einem paradigmatischen Umbruch. Digitale Technologien drängen immer umfassender in alle Bereiche des modernen Lebens und verändern die Welt, wie wir sie kannten. Dieser Prozess ist unumkehrbar. Aber wenn wir uns der Transformation der Gesellschaft stellen, kann diese zum Nutzen für alle Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Der Schlüssel dazu liegt in einem zeitgemäßen Bildungssystem. Dafür braucht es mutige und neue Ideen.

Zunächst ist festzustellen, dass der transformative Prozess der Gesellschaft inzwischen in der Breite angekommen ist. Es gibt immer weniger Arbeitsplätze, die ohne die Nutzung digitaler Technologien auskommen. Die Industrieautomatisierung schreitet unaufhörlich voran und zeigt, welche Potenziale in der Nutzung selbststeuernder Systeme liegen. Die großen Internetplattformen unterstützen mit *Smart Data* und KI-Technologien den Alltag der Menschen. Die Kommunikation hat sich ebenso rasant verändert. Heute ist es

möglich, mit jedem in Echtzeit und über beliebige Distanzen zu kommunizieren. Die Vervielfältigung von Ideen und Meinungen ist kostenlos und schrankenfrei über das Internet möglich. Aus diesen Entwicklungen ergeben sich bisher ungelöste Herausforderungen: Wie sieht eine Gesellschaft aus, in der räumliche Distanz keine Rolle spielt und in der man jede Anschauung anonym äußern kann? Wie kann eine moderne repräsentative Demokratie organisiert werden, wenn sie der Unmittelbarkeit digitaler Kommunikation und

Entscheidungsfindung Rechnung tragen will? Wird es bei der zunehmenden Automatisierung der Arbeit auch in Zukunft noch Beschäftigungen für Menschen geben und welche Arten neuer Jobs werden entstehen? Wie begründen sich der Sozialstaat und gesellschaftliche Teilhabe im digitalen Zeitalter?

Auf all diese Fragen haben wir derzeit noch keine angemessenen Antworten. Das ist nicht weiter verwunderlich, da uns heute noch die Voraussetzungen fehlen, um in diesen Fragen sprechfähig zu sein. Ein mündiger und souveräner Umgang mit digitalen Technologien wird nur möglich, wenn sich in der Breite der Bevölkerung ein Grundverständnis über die Funktions- und Wirkungsweise digitaler Technologien einstellt. Die Bedingung dafür ist digitale Bildung.

DIE SCHULE IN DEUTSCHLAND – EINE DIGITALE EINÖDE?

Die heutige Teenager-Generation hat die analoge Welt im Alltag nicht mehr kennengelernt. Trotzdem spielen digitale Technologien in der Schule kaum eine Rolle. Deutsche Schulen sind digitale Einöden – was nicht zuletzt die mangelnde Internetanbindung zeigt. Einfach davon auszugehen, dass sich allein mit der Nutzung der neuen Technologien ein Verständnis ihrer Vorteile und Gefahren entwickelt, ist naiv. Die Schule ist der einzige Ort, an dem ein kritischer Umgang damit erlernt werden kann. Auch an den meisten Berufsschulen, Fachhochschulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen setzt man sich kaum mit digitalen Technologien auseinander. Das ist für die Zukunft der Arbeit und gesellschaftlichen Teilhabe eine eher düstere Perspektive. Nur wer den Umgang mit den Techniken lernt, die künftig sein Leben bestimmen werden, hat eine Chance, seine Zukunft souverän zu gestalten.

Erfreulicherweise beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass digitale Bildung wichtig ist. Das Schlagwort „Digitalisierung“ findet sich im aktuellen Koalitionsvertrag fast einhundert Mal. Damit wird der paradigmatischen Wende der Gesellschaft Rechnung getragen. Explizit wird auch von der Nutzung von Cloud-Services in der Schule gesprochen, die das Potenzial haben, digitale Bildung für alle zu

angemessenen Kosten zu realisieren. Ein erstes bundesweites Pilotprojekt wird mit der Schul-Cloud des Hasso-Plattner-Instituts bereits erprobt. Ein guter Anfang, aber dabei darf es nicht bleiben.

LEBENSLANGES LERNEN UND DIE TRANSFORMATION ZUR BILDUNGSGESELLSCHAFT

Wenn alle Bevölkerungsschichten an der Zukunft teilhaben sollen, müssen wir weiterdenken. Heute sinken die Halbwertszeiten alter Gewissheiten. Wissen, (Arbeits-)Prozesse und neue Anwendungen werden in immer kürzeren Zyklen erneuert. Mit einem Schul- oder einem anderen weiterführenden Abschluss wird es nicht mehr getan sein. Unsere Gesellschaft muss sich zu einer Bildungsgesellschaft transformieren, in der Bürger jeder Alters- und Berufsgruppe im Prozess des Lernens verbleiben. Auch hier sind Cloud-Lösungen die Antwort auf die Frage nach einer effizienten Bereitstellung von Wissen.

Es darf also nicht bei der Entwicklung einer Schul-Cloud bleiben – wir brauchen umfassendere Lösungen. Wir brauchen eine Bildungscloud, die als Lernplattform fungiert und damit sämtliche digitale Lerninhalte bündelt sowie niedrigschwellig zugänglich macht. Derzeit lagert ein immenser Wissensschatz in digitalen Silos auf abgeschotteten Rechnern. Über Cloud-Services können diese Lerninhalte von (Hoch-)Schulen, Verlagen, Stiftungen, EdTech-Start-ups und sonstigen Weiterbildungseinrichtungen verfügbar gemacht werden.

Das Potenzial ist immens: Je mehr digitale Lerninhalte über die Bildungscloud verfügbar werden und je mehr Menschen sich auf dieser Plattform beteiligen, desto vielfältiger, aktueller und innovativer werden zukünftige Bildungsangebote für alle Bürger. Jeder wird sein persönliches Wissen mit Millionen von Mitbürgern teilen und von anderen Lernen können. Über intelligente Empfehlungssysteme und Lernassistenten wird man in der Vielzahl von Lernangeboten diejenigen finden, die für die persönlichen Lernziele relevant sind.

Sicherlich ist die Vorstellung einer Bildungscloud zum aktuellen Zeitpunkt eine Utopie. Gerade in Deutschland gibt es mit dem strikten Datenschutz,

Jeder wird sein persönliches Wissen mit Millionen von Mitbürgern teilen und von Anderen lernen können.

Cloud

dem Bildungsföderalismus und einer grundsätzlichen Technikskepsis zahlreiche Hemmnisse, die angegangen werden müssen. Aber wenn wir als Gesellschaft die digitale Transformation aktiv gestalten wollen, anstatt von ihr überholt zu werden, dann müssen wir moderne Techniken nutzen, dann brauchen wir ein modernes Bildungssystem, das den Erfordernissen der Zeit Rechnung trägt.



MAXIM ASJOMA
Altstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, ist Referent der Geschäftsleitung am Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam. Er promovierte zum Thema „Kritik der Mythischen Ökonomie“ an der Karls-Universität zu Prag. Seine These: Jede unhinterfragte, schlichtweg angenommene Realität ist mythisch, was ebenfalls für wissenschaftliche und methodische Dogmen gelte. Nun denkt er Bildung und Lernen neu.

Cloud

Sprunginnovation und Künstliche Intelligenz

Anja Karliczek im Gespräch

INTERVIEW Denise Feldner / Uta Hellweg

Künstliche Intelligenz ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen weltweit. Frau Ministerin, was geschieht im Forschungsministerium, um dieses Thema in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu diskutieren?

Wir müssen die Diskussion über Künstliche Intelligenz (KI) und ihre Folgen mit den Menschen, mitten in der Gesellschaft führen, um die notwendige Aufbruchsstimmung im Land zu schaffen. Die Fragen bei der Nutzung von Künstlicher Intelligenz sind noch lange nicht beantwortet und bedürfen einer intensiver Erforschung und Diskussion. Deswegen werden wir neben der laufenden Forschungsförderung 2019 ein Wissenschaftsjahr zum Thema Künstliche Intelligenz veranstalten. Denn uns kommt die Aufgabe zu, Perspektiven zu entwickeln, Risiken und Chancen durch Forschung aufzuzeigen und so eine gute gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen. Ich sehe es als meine Aufgabe an, diese Entwicklung voranzutreiben.

Was waren für Sie die wichtigsten Ergebnisse des KI-Gipfels?

Die Bundeskanzlerin hat Wissenschaft und Wirtschaft an einen Tisch geladen und wir konnten uns so sehr direkt zum aktuellen Stand bei KI austauschen. Wir sind in der Forschung in Deutschland aktuell gut positioniert, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass wir schon seit über 30

Jahren intensiv in diesem Bereich forschen. Allerdings fehlt uns derzeit noch die notwendige wirtschaftliche Verwertung in stärkerem Maße.

Was sind die größten Herausforderungen für die KI-Strategie?

Wir müssen die Forschungs-PS auf die Straße bringen. An dieser wichtigen Schnittstelle wollen wir ansetzen und die mit einer halben Milliarde Euro bereits aufgebaute Forschungslandschaft besser nutzen und weiter ausbauen. Dabei können wir selbstbewusst einen eigenen Umgang mit KI entwickeln. Was gerade in China oder den USA bei dem Thema passiert, kann ja durchaus hinterfragt werden, auch unter gesellschaftlichen Aspekten. Jetzt also zu überlegen, welchen Weg wir in Deutschland und in Europa einschlagen wollen, was wir mit KI erreichen wollen, das finde ich schon sehr lohnend. Für mich ist dabei die Richtschnur, dass KI dem Menschen nützen muss. Unser Ziel ist es, im Dezember die KI-Strategie auf dem Digitalgipfel vorstellen zu können und auch direkt in ihre Umsetzung einzusteigen.

Wie sieht das Menschenbild der Digitalgesellschaft aus?

Wir müssen die Technik nach dem Menschen ausrichten. Die Tugenden des menschlichen Miteinanders werden uns dabei leiten. Wenn wir digitale Technik

richtig einsetzen, kann sie für mehr Gemeinschaft und Teilhabe sorgen. Das Smartphone schafft ja schon viel mehr Möglichkeiten, beispielsweise bei der Erreichbarkeit, was für viele Menschen ein Gewinn an Sicherheit im Alltag bedeutet. Ich sehe das Teilen im täglichen Miteinander als eine neue Kernkompetenz, nicht nur beim Car-sharing.

Stimmt die Aussage, Deutschland sei zu langsam bei disruptiven Ideen und zu schwach beim Wissenstransfer?

Die KI-Strategie entwickeln wir kooperativ mit dem Wirtschafts- und Arbeitsministerium, denn KI betrifft viele Lebensbereiche. Zudem führen wir bereits den Dialog mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren über die KI-Plattform „Lernende Systeme“. Sie vereint Expertise aus Forschung, Wirtschaft und Politik, bündelt Wissen und zeigt Perspektiven auf. So berät sie zum Beispiel über die Kernfrage, wie wir mit Daten umgehen und sie zukünftig nutzen können. Wir haben also schon ein ganz gutes Netzwerk und auch der Austausch stimmt.

Dabei konzentrieren wir uns auf unsere Stärken. Wir gehen gründlich vor, testen beispielsweise in Pilotprojekten, was funktioniert, und beziehen dabei die Anwendung mit ein. Denn nur so entstehen praxistaugliche Produkte und Dienstleistungen, die am Ende den Menschen nützen.

Zudem werden wir eine Agentur für Sprunginnovationen gründen. Diese schafft neue Aktionsräume, die den Mut fördern sollen, Risiken einzugehen und neue Freiheitsgrade zu schaffen. Da werden auch Dinge unter die Lupe kommen, die nicht das erhoffte Potenzial zeigen. Aber auch diese Erkenntnis hilft. Und wenn diese Agentur eine Zukunftstechnologie wie einst das Internet aufspürt, dann haben wir einen Riesenerfolg. Das müssen wir versuchen.

Wie weiter mit den KI-Leuchttürmen und der KI-Gründerszene?

Der Wettkampf um KI-Exzellenz hat zu einem globalen Mangel an KI-Experten geführt. Wir werben zwar für den Standort Deutschland, freuen uns aber gleichzeitig, auch dem deutschen Nachwuchs eine aussichtsreiche

„Wir müssen die Technik nach dem Menschen ausrichten.“



Zukunft bieten zu können. Die vier bestehenden KI-Zentren bauen wir weiter aus und wollen mehr Gründungen ermöglichen. Mich treibt auch der Fachkräftemangel um. Wir benötigen Experten, die KI überblicken, und Professoren, die diese Fächer unterrichten können. Uns fehlen aber Studierende, insbesondere solche, die sich für MINT-Fächer entscheiden. Da die neuen Berufe nicht so orts- und zeitabhängig sind, können Familien profitieren. Wir werben besonders bei Mädchen, sich früh über die Perspektiven dieser Berufe zu informieren.

Werden Sie in die berufliche Bildung und Weiterbildung investieren?

Uns geht es um die Novellierung des gesamten Bildungssystems. Dabei ist in der Berufsausbildung die Nähe von theoretischer und praktischer Bildung ein großer Vorteil. Ausbildungsgänge werden schrittweise kleinteiliger, um den Wandel aufzugreifen.

Allerdings macht mir die Gruppe der 55+ Sorgen. Es ist ja nicht nur die Berufswelt von KI und Digitalisierung

betroffen. Es findet ja ein gesellschaftlicher Wandel statt, der bereits lange begonnen hat und auch diese Menschen betrifft. Für sie möchte ich die Volkshochschulbildung fortentwickeln.

Es kommt bei der Bildung auf die Selbstverantwortung der Bürgerinnen und Bürger an. Wir können neue Angebote schaffen, den Wandel gestalten und Innovationen befördern. Die Menschen müssen den Wandel aber annehmen, ihren Teil dazu beitragen. Andernfalls gerät unser Wohlstand in Gefahr.

Wie gehen Sie mit der Angst vor Arbeitsplatzverlust und der Technologiefeindlichkeit um?

Mir ist dabei wichtig, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten, indem wir der Ausbreitung diffuser Ängste mit Fakten entgegenwirken. Dabei geht es um jeden Einzelnen – jeder muss bereit sein, sich zu engagieren und das Neue anzunehmen. Das Ziel meiner Arbeit ist ein „gemeinsamer Sprung ins Neue“.

ANJA KARLICZEK
bekleidet seit März 2018 das Amt der Bundesministerin für Bildung und Forschung. Besonderes Augenmerk legt sie auf den Ausbau der Digitalisierung und Künstlichen Intelligenz. Die Wissenschaft fordert sie auf, den technischen Fortschritt einer breiten Öffentlichkeit zu erklären, auch um Zukunftsängsten entgegenzuwirken. Entspannung findet sie daheim im Tecklenburger Land und gelegentlich bei Spielen des Handballvereins TV Emsdetten.

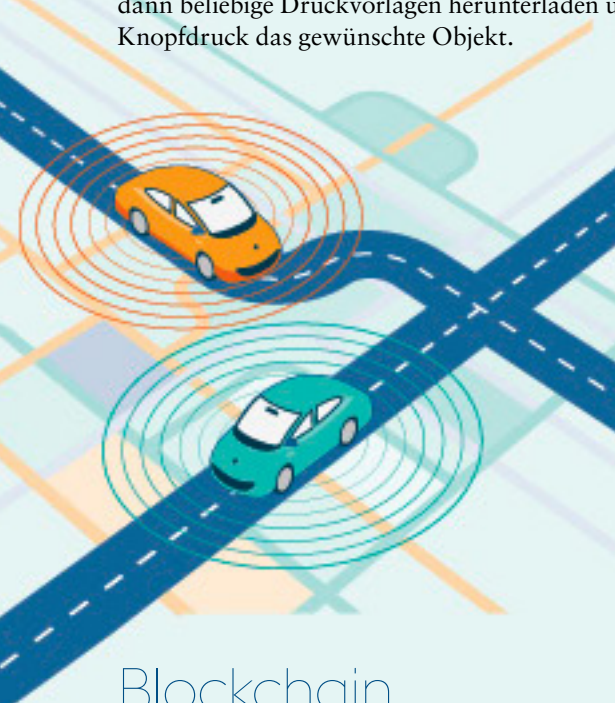
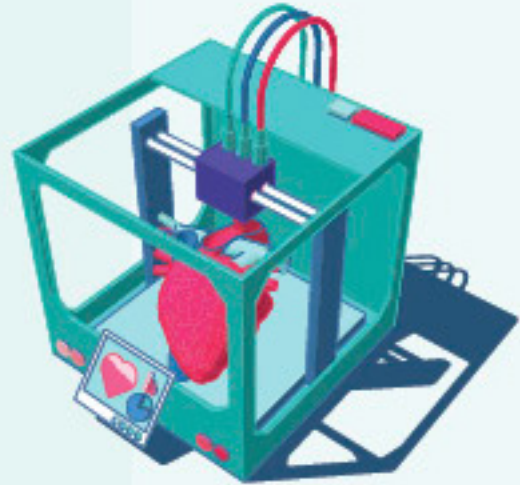
Sechs Techniken, die uns bewegen



JANOSCH DEEG ist Physiker und freier Wissenschaftsjournalist. Das Thema seiner Doktorarbeit beruht auf einer Mischung vieler Disziplinen: Physik, Biologie, Chemie, Materialwissenschaften und Nanotechnologie. Er schreibt unter anderem über innovative Technologien, Astro- und Quantenphysik. Seine Artikel erscheinen u. a. beim Spektrum Verlag oder unter *DeschaWi, Deeg schafft Wissen*.

3D-Druck

Flott setzt der Druckerkopf Schicht für Schicht aufeinander, bis sich das gewünschte Objekt manifestiert. Mit einem 3D-Drucker lassen sich etwa Prototypen zügig herstellen oder Bauteile, bei denen sich eine Massenproduktion nicht lohnt. Daneben ist die Technologie besonders bei komplexen Formen und Leichtbauweisen klar im Vorteil gegenüber herkömmlichen Methoden. Medizintechniker werden damit künftig passgenaue Implantate oder Prothesen anfertigen und womöglich ganze Organe drucken. Das Verfahren wird eine Produktion *on demand* etablieren, wodurch Firmen auf Teile ihrer Logistik und Lagerhaltung verzichten können. Der Kundendienst wird mittels 3D-Drucker sofort ein Ersatzteil bereitstellen. Und wahrscheinlich steht irgendwann in den meisten Haushalten ein eigenes Exemplar. Im Internet können wir uns dann beliebige Druckvorlagen herunterladen und erhalten bequem per Knopfdruck das gewünschte Objekt.



Autonomes Fahren

Ein Lenkrad werden wir im Automobil der Zukunft vergeblich suchen. Stattdessen übernehmen Computerprogramme die Steuerung. Diese künstlichen Intelligenzen werden untereinander kommunizieren und den Verkehr optimieren. Weniger Staus und Unfälle sind das Resultat. Da die Vehikel mit Strom fahren, nimmt die Luftverschmutzung ab. Außerdem wird sich im Zuge dieser Entwicklung die Autoanzahl drastisch reduzieren. Ähnlich wie beim Carsharing steigen wir einfach in ein beliebiges Fahrzeug am Straßenrand, bezahlt wird pro Strecke oder per Abo. Einen eigenen Führerschein werden nur noch wenige besitzen. Wozu auch? Darf man doch nur noch auf eigens dafür ausgewiesenen Strecken das Steuer selbst in die Hand nehmen. Noch grübeln Wissenschaftler darüber, wie Algorithmen im Falle von verzwickten Situationen am besten entscheiden: Motorradfahrer oder Fußgänger anfahren? Bestimmt werden sie hierfür auch bald Lösungen präsentieren.

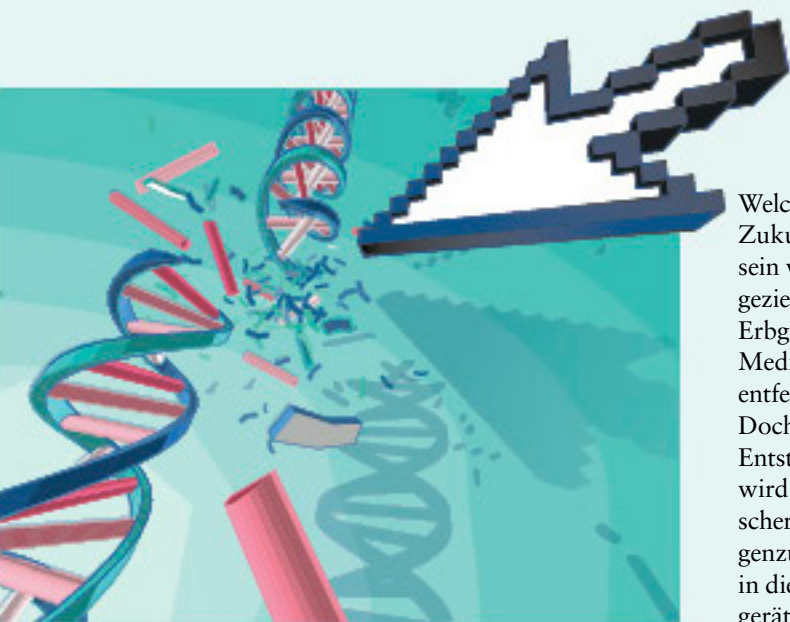
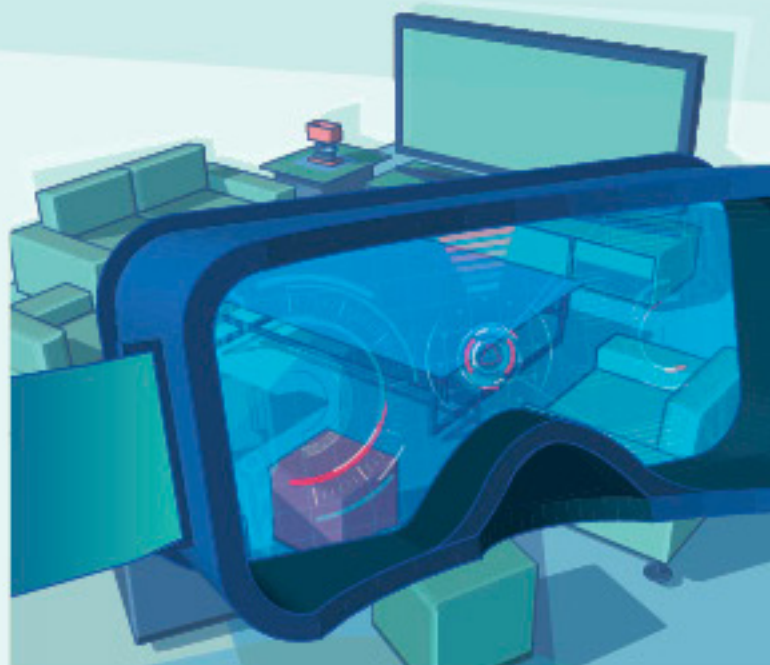
Blockchain

Mit der zunehmenden Digitalisierung wächst auch die Cyberkriminalität. Blockchain-basierte Datensysteme können Hacker jedoch nicht unbemerkt manipulieren. Die „Blöcke“ sind Datensätze, die kryptografisch miteinander verkettet und dezentral gespeichert sind. Änderungen an einem Block sind stets nachvollziehbar; alles bleibt transparent. Somit ist die Methode prädestiniert für digitale Währungen, wie etwa den Bitcoin. Prinzipiell kann man mittels Blockchain jedoch beliebige elektronische Informationen speichern und austauschen. So ließe sich damit in Zukunft zum Beispiel ein sicherer digitaler Handel organisieren. Auch Objekte, etwa autonome Fahrzeuge, können über die Technik im sogenannten „Internet der Dinge“ miteinander kommunizieren. Um sensible Daten zu schützen, ist es möglich, nur ausgewählten Nutzern Zugriff auf das jeweilige System zu gewähren.



Virtuelle Realität

Brille auf – und ab in eine andere Welt. Die virtuellen Realitäten beschränken sich größtenteils noch auf Fantasiewelten von Videospielen oder auf Erlebnisse pornografischer Art. Doch nachfolgende Generationen werden in den virtuellen Realitäten neue Fertigkeiten erlernen, vielfältigen Vergnügen nachgehen und mit anderen Personen kommunizieren. Händler werden ihre Kunden in virtuelle Läden locken und Arbeitgeber ihre Angestellten an virtuellen Arbeitsplätzen ausbilden. Daneben wird auch die sogenannte erweiterte Realität (engl.: *augmented reality*) Einzug in den Alltag halten. Virtuelle Elemente fließen dabei in die echte Umgebung des Nutzers ein, etwa Informationen über Objekte oder Bedienungsanweisungen für Geräte. Forscher erproben momentan sogar haptische Feedbacks, damit virtuelle Gegenstände nicht nur zu sehen, sondern auch zu fühlen sind. Die virtuelle wird der realen Welt also Konkurrenz machen.



Genome Editing

Welche Augenfarbe soll Ihr Baby haben? Solche Fragen könnten in Zukunft zur Normalität gehören. Denn fest steht, dass es bald möglich sein wird, Aussehen und Intelligenz eines Menschen vor der Geburt gezielt zu beeinflussen. Mit der Genschere CRISPR/Cas9 lässt sich das Erbgut bereits rasch und präzise manipulieren. Die Technik wird die Medizin revolutionieren: Geschädigte DNA-Abschnitte kann die Schere entfernen oder ersetzen und damit etliche Krankheiten behandeln. Doch selbstverständlich lässt sich mit der Methode auch gezielt in den Entstehungsprozess eines Lebewesens eingreifen. An Zellen von Tieren wird dies in etlichen Labors bereits praktiziert. Vermutlich finden Forscher auch irgendwann eine Möglichkeit, dem Alterungsprozess entgegenzuwirken. Der Homo sapiens wird seine Evolution also wohl selbst in die Hand nehmen. Damit diese Entwicklung nicht außer Kontrolle gerät, werden strenge Regeln vonnöten sein.

Big Data in der Medizin

Ob beim Hausarzt, beim Spezialisten oder in einer Klinik – täglich fällt im Rahmen von ärztlichen Untersuchungen eine Unmenge an Daten an. Noch fehlt eine passende Dateninfrastruktur, um diese Informationen einheitlich abzuspeichern und für einen späteren Zeitpunkt verfügbar zu machen. Weltweit arbeiten Wissenschaftler jedoch daran, solche Systeme zu etablieren. Denn für die Forschung sind diese Informationen ein wahrer Schatz, lässt sich daraus doch etliches über Krankheiten und die Wirksamkeit von Therapien lernen. Künstliche Intelligenzen werden die Daten analysieren und etwaige Muster entdecken. Mittels solcher Erkenntnisse werden Mediziner dann neue Diagnoseverfahren oder innovative Therapien entwickeln. Um die Informationen vor Missbrauch zu schützen, sollte aber jeder Einzelne über seine Gesundheitsdaten verfügen dürfen. Er darf sie verwalten und selbst entscheiden, wer darauf Zugriff hat und wer nicht.





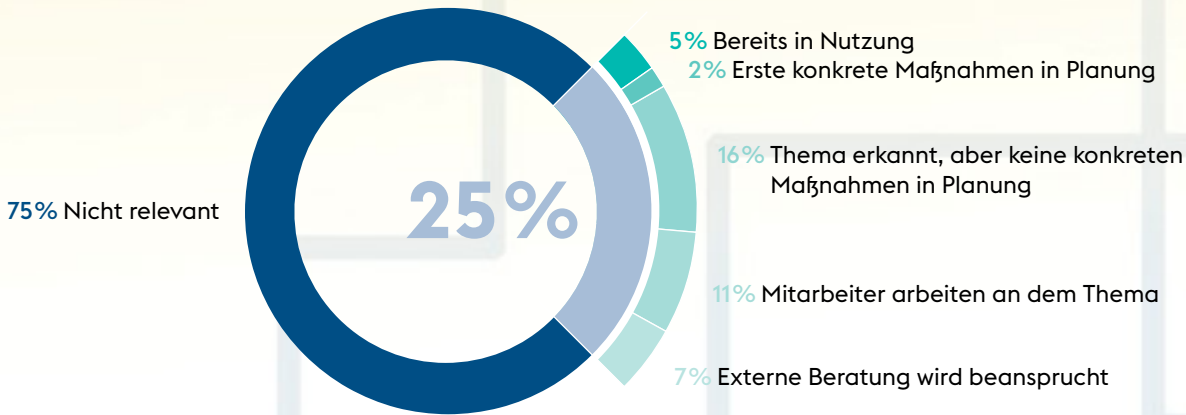
Das Ende des Dornröschenschlafes

Künstliche Intelligenz ist keine Zukunftsmusik mehr. Will Deutschland seine Zukunftsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen, wird es höchste Zeit sich aktiv mit KI zu befassen. Also: Wehret dem Dornröschenschlaf und wartet nicht auf den Prinz!

TEXT Alfred Ermer

KI IN DEUTSCHEN UNTERNEHMEN

Mehrfachnennungen möglich



Quelle

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2018:
„Monitoring-Report Wirtschaft DIGITAL 2018“

Die deutsche Wirtschaft boomt, wir sind Exportweltmeister: 300 Milliarden Dollar Leistungsüberschuss, nahezu Vollbeschäftigung. Produkte „Made in Germany“ sind gefragt wie nie. Also alles gut?

Mitnichten, denn es droht Ungemach. Gemeint sind nicht mögliche Handelsbarrieren und Zölle, sondern fundamentalere Bedrohungen. Zum einen müssen wir uns bezüglich Innovation und Produktqualität auf „Made in China 2025“, Chinas industriepolitische Initiative zur Technologieführerschaft, einstellen. Zum anderen hat sich eine noch größere Bedrohung für Unternehmen bereits unbemerkt in unser Wirtschaftsleben eingenistet: Unternehmen mit plattformbasierten Geschäftsmodellen.

Diese sind in der Lage, ihre Wertschöpfung digital, ohne nennenswerte Grenzkosten zu skalieren – das heißt, sie können ihren Umsatz vervielfachen, ohne dass die Kosten dies auch tun. Auf diese Weise haben sich die Unternehmen Google, Apple, Facebook und Amazon (GAFA) innerhalb eines Jahrzehnts zu den wertvollsten Unternehmen der Welt entwickelt. Allein diese vier sitzen auf einem Cash-Bestand von mehr als

500 Milliarden Dollar – und jedes Quartal wird es mehr! Was werden diese Unternehmen damit anfangen?

WAS WAR – WAS KOMMT?

Disruption klassischer Geschäftsmodelle: Nehmen wir zum Beispiel Apple mit seiner Funktion „Apple Pay“, die seit 2016 im Markt ist. Quasi über Nacht sind Millionen von Konten erzeugt worden, zu 97 Prozent geringeren Kosten als bei einem Online-Konto. Apple Pay steht auch in Deutschland in den Startlöchern. Schlechte Zeiten für Banken.

Disintermediation – Verlust des direkten Kundenzugangs: In der alten Welt wählt und bestellt der Kunde, in der neuen Welt wird Alexa zum Kunden. „Sie“ trifft die Produktentscheidung und beantragt, wenn nötig, auch gleich noch den passenden Konsumentenkredit. Das ist bequem für die Verbraucher, aber schlecht für die Hersteller. Im Extremfall gibt es irgendwann mit den großen Plattformunternehmen nur noch acht Kunden: Neben GAFA sind das Alibaba, Baidu und Tencent in China sowie Yandex in Russland. Wir in Europa haben nichts Vergleichbares.

Wie also diesen Herausforderungen begegnen? Folgende Aspekte sind wesentlich für das Überleben von Unternehmen:


- 🌹 Herausragender „Brand“: Nur wenn Käufer explizit nach einer Marke fragen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sie diese trotz eventueller Alternativvorschläge von Alexa oder einem anderen Anbieter kaufen.
- 🌹 Kontinuierliche Innovation, um sich nicht über den Preis differenzieren zu müssen.
- 🌹 Ausgezeichneter Service: Menschen interagieren am liebsten mit Menschen und nicht mit Maschinen. Empathie wird wieder zum Wettbewerbsvorteil, besonders bei Problemen mit dem Produkt und Beschwerden. Persönlicher Service kommt zurück.
- 🌹 Neue exponentielle Geschäftsmodelle.


Wie aber finanzieren? All das geht nur, wenn Unternehmen dafür Geld und Menschen haben. Künstliche Intelligenz (KI) ist hier die Schlüsseltechnologie. Richtig eingesetzt gibt sie Unter-


nehmen Zeit und Ressourcen zurück, um die Unternehmenstransformation voranzutreiben. Aber was ist KI und ist das nicht alles noch Science-Fiction?


KI UND DIE MYTHEN

An dieser Stelle gilt es mit einigen Mythen aufzuräumen:

 **Maschinen verstehen nicht!**
Tatsächlich vergleicht die Maschine Muster eingegebener Daten – sei es Text, Bild oder Sprache – mit vordefinierten gespeicherten Mustern. „Verstehen“ ist damit eine Frage der Größe und Anzahl dieser vordefinierten Datenmuster. Je mehr eingegebene Daten zu vorgegebenen Mustern passen, desto mehr scheint die Maschine zu „verstehen“. Man kann sich viel Enttäuschung ersparen, wenn das verstanden ist.

 **Maschinen sind kein Gehirn!**
Wir sind weit davon entfernt, auch nur in Ansätzen ein menschliches Gehirn zu imitieren. Große neuronale Computer-Systeme haben heute Millionen von Neuronen; das menschliche Gehirn hat fast neunzig Milliarden. Selbst wenn das Moorsche Gesetz weiterhin gilt und sich die Rechnerleistung und damit die Anzahl möglicher Neuronen in einem Computersystem alle 18 Monate verdoppelt, hätten wir erst in ca. 20 Jahren das „elektrische“ System in unserem Gehirn nachgebaut. Heute wissen wir, dass unser Gehirn wesentlich komplexer ist. Wir besitzen nicht nur ein „elektrisches“ System, sondern auch ein chemisches und höchstwahrscheinlich auch ein quantenmechanisches. Wir verstehen noch lange nicht, wie unser Gehirn funktioniert, geschweige denn, was unser Bewusstsein ausmacht. Wie wollen wir dies dann „nachbauen“?

 **KI ist nicht gleich *Machine Learning* oder *Deep Learning*!**
Tatsächlich gibt es unterschiedliche Ansätze im Bereich der KI. *Machine Learning* ist ein stochastischer Ansatz, basierend auf Wahrscheinlichkeiten, *Machine Reasoning* ein deterministischer Ansatz, also regelbasierend. Es gibt nicht den richtigen oder falschen Ansatz. Wichtig ist, im Vorfeld zu klären, was erreicht werden soll und welcher Ansatz dafür der Geeignteste ist.

 **KI ist nicht Zukunftsmusik!**
Viele Produkte und Technologien sind marktreif und werden bereits eingesetzt.

Was ist also mit dem Dornröschenschlaf?

Der aktuelle *Monitoring Report 2018* des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung zeigt ein „verschlafenes“ Bild unserer Wirtschaft. Von den 1.061 befragten Unternehmen haben sich drei Viertel noch nicht mit KI befasst oder halten sie für ihr Unternehmen für nicht relevant.

Wenn wir uns jedoch vorstellen, dass jeder Unternehmensprozess, der Regeln folgt, in Zukunft automatisiert bzw. von einer KI ausgeführt wird, und wir weiterhin annehmen, dass sich dies im Zeithorizont von fünf Jahren abspielen kann, dann wird es höchste Zeit, sich aktiv mit KI zu befassen.

FAZIT

KI ist nicht optional. Wenn wir in Deutschland und Europa in puncto Innovation, Produktqualität und Wertschöpfung unsere Führungsposition nicht aufgeben wollen, müssen Unternehmen beginnen, vorhandene Technologien anzuwenden und zu lernen. Dabei kommt es weniger auf den großen Masterplan an als auf konkrete Schritte. Ein DAX-Unternehmen hat hierzu einen ganz pragmatischen Ansatz entwickelt: In Mobilisierungsworkshops lernen Mitarbeiter aus unterschiedlichen Unternehmensbereichen neue Technologien kennen. Anschließend sind sie aufgefordert, Digitalisierungs- und Automatisierungsideen zu entwickeln. Jeder Ansatz, der einen jährlichen Nutzen von einer Million Euro und mehr verspricht, wird weiterverfolgt. Ganz im Sinne von Erich Kästner: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“



ALFRED ERMER
war, bevor er 2018 CEO der neu gegründeten arago da vinci GmbH wurde, als COO für das operative Geschäft der arago verantwortlich. Nach 18 Jahren bei SAP wechselte er 2005 zur Unternehmensberatungsgruppe The Information Management Group (IMG) nach Sankt Gallen. Von 2008 bis 2016 war er in den Unternehmen CSC und HP Enterprises tätig.





Künstliche Intelligenz: Was bleibt vom Menschen?

KI: ein einfaches Kürzel, eine komplexe Sachlage. Künstliche Intelligenz durchdringt längst unseren Alltag. Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten. Wird er uns überholen? Wird er uns eventuell gar nicht mehr brauchen? Wir müssen eine Ethikdebatte führen – und zwar sofort.

TEXT Norbert Arnold

Seit dem 18. Jahrhundert dienen Wissenschaft und Technologie mit ihrer Spezialisierung der Fächer dem Ideal der Aufklärung. Sie sind verbunden mit der Erwartung auf die Emanzipation des Menschen, auf Autonomie und Freiheit. „Sapere aude“, der Leitgedanke der Aufklärung, findet in den Natur- und Technikwissenschaften eine Materialisierung; der wissenschaftlich-technische Fortschritt ist ein fester Bestandteil der europäischen Kulturgeschichte. Das Ideal der Aufklärung des 18. Jahrhunderts trägt auch mit seinen Blessuren bis heute: Manche Erwartungen wurden nicht erreicht; es gab Fehlschläge und Missbräuche. Mithin sollte ein reflektierender Zukunftsoptimismus

vorherrschend sein. Einer, der die Ambivalenz von Wissenschaft und Technik erkennt, ihr mit Ethik und Recht begegnet. Ihre Risiken werden minimiert und die Chancen für den Menschen maximiert.

Die Künstliche Intelligenz (KI), deren Wurzeln schon fünfzig Jahre zurückreichen, stellt den aktuellsten technischen Fortschritt in diesem Sinne dar. Sie erlebt gerade einen medialen Hype. Ihre Zukunftsperspektiven werden mit einem Enthusiasmus diskutiert, der teils ans Visionäre grenzt. Mitunter verschwimmen die Übergänge von Science und Science-Fiction. Und doch ist dieser unendliche Optimismus mit Fakten unterlegt: Deep Blue, Watson und AlphaGo haben bereits gezeigt,

was Methoden der KI leisten können. Viele andere KI-Methoden und Produkte ließen sich ergänzen. Sie belegen einen aktuell rasanten technologischen Fortschritt. Die Methoden der KI sind in alle Bereiche des Lebens eingesickert und demonstrieren ihre Wirkkraft – nicht nur im Labor, sondern auch im echten Leben: Der smarte Sprachassistent, der Autopilot im Fahrzeug, die Suchmaschine im Internet, Algorithmen in der Versicherungswirtschaft sowie Bild- und Spracherkennung sind nur Beispiele, die zeigen, mit welcher Kraft KI vordringt. Auch wirtschaftlich sind die Hoffnungen riesig: Dieser Innovationszyklus verspricht neues Wachstum und damit Wohlstandssicherung.

ETHIKDEBATTE ÜBER KÜNSTLICHE INTELLIGENZ GERADE JETZT WICHTIG

Verglichen mit der Gentechnik, hält sich die Debatte über ethische und rechtliche Herausforderungen trotz dieses KI-Hypes bisher in Grenzen. Die Herausforderungen des autonomen Fahrens, autonome Waffensysteme oder die EU-Datenschutz-Grundverordnung werden stärker diskutiert. Eine grundlegende Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken für die Gesellschaft findet außerhalb von Fachkreisen jedoch selten statt. Dies war bei der Gentechnik anders: Seit ihren Ursprüngen in den 1960er-Jahren wurde über Innovations- und Risikopotenziale nachgedacht, sowohl in Fachkreisen als auch in der breiten Öffentlichkeit. Die Feuilletons waren gefüllt mit ethisch motivierten Betrachtungen: über das Mensch-Sein, die Würde und die Rechte des Menschen. Auch heute noch reagiert die Öffentlichkeit auf neue Entwicklungen in den Life-Sciences sensibel – sei es in der Stammzellforschung, beim Klonen oder in der Fortpflanzungsmedizin. Gentechnikfreie Zonen zu fordern, ist bis heute populär, der Ruf nach digitalisierungsfreien oder KI-freien Räumen klingt hingegen unsinnig. Warum bleiben die Grundsatzdebatten zur KI bisher aus?

Eine der drängendsten Fragen ist dabei die sozialetische Frage nach der Gestaltung der künftigen Arbeit. Die Künstliche Intelligenz verändert die Erwerbsarbeit, weil KI auch kognitiv und kreativ anspruchsvolle Tätigkeiten der Menschen übernehmen kann. Hochqualifizierte Beschäftigte sollten auch künftig gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Menschen mit geringerer Qualifikation werden hingegen weniger Chancen bekommen, da Milieus mit geringer Bildung von der KI-Substitution vermutlich besonders stark betroffen sein werden. Es ist noch zu früh, um jegliche Voraussagen mit wissenschaftlichen Fakten zu untermauern. Eine sozialetische Reflexion ist dennoch jetzt vonnöten: Wie lässt sich die Zahl der Modernisierungsgewinner weiter steigern? Was kann für den Erhalt der Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in unserer Gesellschaft getan werden? Wie kann entlang großer und KI-bedingter Produktivitätsge-

winne aufseiten der Unternehmen und der strukturellen Transformation des Arbeitsmarktes aufseiten des Staates und der Gesellschaft der erwirtschaftete Wohlstand verteilt werden? Bei dieser Diskussion geht es um Partizipation und Gerechtigkeit – um den Zusammenhalt der Gesellschaft.

DAS MENSCHENBILD IM MASCHINENZEITALTER

Relevant ist beim Einsatz von KI insbesondere die „menschendienliche Perspektive“, die deutsche Bischöfe auch zur Gentechnik angeführt haben. Wie alle naturwissenschaftlichen Errungenschaften wirkt KI antimetaphysisch. Sie berührt unser Menschenbild und stellt das Selbstverständnis des Menschen infrage. Sigmund Freud diagnostizierte drei durch die Wissenschaften induzierte „Kränkungen der Menschheit“: 1. kosmologisch: Wir sind nicht der Mittelpunkt des Kosmos; 2. biologisch: Wir sind Tiere (wenn auch besondere); 3. psychologisch: Wir sind nicht so frei, wie wir denken. Die Künstliche Intelligenz fügt uns nun eine weitere, die intellektuelle Kränkung zu. Denn die Intelligenz und Kreativität werden nicht mehr lange die Alleinstellungsmerkmale der Menschen sein. Die Maschinen können das jetzt auch – und sie können es besser, weil sie beispielsweise nie schlafen müssen. Während also das Wissen der Menschheit wächst, wird es herausfordernder, das Menschsein für sich zu definieren. Die Grenzen zwischen dem Natürlichen und dem Künstlichen verwischen. Zwischen Wahrheit und Fake, zwischen Realität und Fiktion lässt sich nicht mehr so einfach unterscheiden.

Offen ist bisher noch, wie sich die digitale Transformation auf die Freiheit auswirkt: Wird sie die Gleichheit und Demokratie befördern oder verschärft sie Kontrolle und Diskriminierung? Es bedarf einer neuen Selbstvergewisserung, die in der Aufklärung entwickelte Fortschrittsidee reflektiert und die Frage stellt, wie die „menschendienliche Perspektive“ der Künstlichen Intelligenz sichergestellt werden kann.



NORBERT ARNOLD studierte Biologie und Philosophie. Nach Forschungstätigkeiten als Molekularbiologe an den Universitäten in Gießen und Zürich wechselte er in den 1990er-Jahren zur Konrad-Adenauer-Stiftung und ist seither in unterschiedlichen Funktionen in der Politikberatung tätig. Neben gesellschaftspolitischen Fragen befasst er sich vor allem mit Wissenschafts- und Forschungspolitik sowie Life-Sciences, Bio- und Medizinethik.

Die Europäische Union in der neuen Weltordnung

Die USA mischen die Weltordnung auf. Europa muss die Herausforderung annehmen, um sich auf der neuen Landkarte zurechtzufinden. Gesetze allein genügen nicht, die Exekutive ist gefordert. Der Vertrag von Lissabon bietet dafür bisher ungenutzten Spielraum.

TEXT Klaus Welle

DER KAMPF UM DIE FÜHRUNG: USA VERSUS CHINA

Mit der Wahl von Donald Trump 2016 zum US-Präsidenten und mit der Entscheidung des britischen Volkes für den Austritt aus der Europäischen Union (EU) wurde der Nationalismus zu einem Teil des politischen Mainstreams, auch im Westen. Nach mehr als 70 Jahren Kooperation und Integration, vorangetrieben von westlichen Führungsmächten, stellt dies einen Bruch mit Gewohntem dar. Die angelsächsische Welt orientiert sich neu. Der US-Präsident hat es deutlich gemacht: Er sieht Europa mindestens als Wettbewerber an. Der Wind wird rauer.

Die größte geopolitische Herausforderung für die Vereinigten Staaten ist jetzt allerdings China, nicht mehr Russland. Es geht dabei politisch, wirtschaftlich, militärisch und technologisch um nicht weniger als die Rolle der Führungsmacht des 21. Jahrhunderts. Im Ziel, nicht in den Mitteln, befindet sich US-Präsident Trump durchaus in Kontinuität zu Präsident Barack Obama. Obamas Fokus auf Asien und sein Projekt eines transpazifischen Partnerschaftsabkommens sollten China in der Region einhegen. Die Rivalität mit China und seine Positionierung als erste außenpolitische Priorität der USA wird auch den amtierenden US-Präsidenten überdauern und damit zur neuen Konstante amerikanischer Außenpolitik werden.

Die amerikanische Sorge vor einer schrittweisen Verdrängung aus der globalen Führungsrolle ist begründet. Denn eine starke Wirtschaft bringt auch politische Macht. China hat

seinen Führungsanspruch durch den Abschied von Deng Xiaopings Politik eines friedlichen Wachstums, das *One Belt, One Road*-Projekt und seiner Strategie zur Erlangung der Technologieführerschaft bis zum Jahr 2025 in zehn Kernbereichen unmissverständlich formuliert. Es hat diese Punkte zur offiziellen chinesischen Politik erhoben und befindet sich in der fortgeschrittenen Implementierung.

Ein Arrangement zwischen den USA und Russland zur Einhegung Chinas erscheint damit zumindest denkbar; ein umgekehrter „Kissinger-Moment“. Verständigungen in der alle Fortschritte blockierenden Krim-Frage sowie in Bezug auf die Ostukraine sind offenbar bereits beim Gipfeltreffen der beiden Präsidenten in Helsinki diskutiert worden. Damit würde eine territoriale Expansion mit militärischer Gewalt legitimiert. Der Einsatz dieses geopolitischen Instruments, einer Gleichgewichtspolitik für den eurasischen Kontinent, ginge auf Kosten der Europäer.

VON DER LEGISLATIVUNION ZUR EXEKUTIVUNION

Deutsche Politik hatte seit Konrad Adenauer drei Garanten für Frieden, Freiheit und Wohlstand: die transatlantische Partnerschaft, die europäische Integration und die Soziale Marktwirtschaft. Zumindest die beiden erstgenannten Konstanten erscheinen akut gefährdet. Deutsche Erfolge, politische wie wirtschaftliche, wurden und werden aber erst in der offenen Ordnung möglich, garantiert von europäischen und internationalen Institu-

tionen. Die souveräne Gleichheit der Völkerrechtsgemeinschaft steht hier anstelle eines Rechtes des Stärkeren.

Die EU wird daher in der heraufziehenden multipolaren Welt noch wichtiger: 440 Millionen Europäer können in derselben Liga spielen wie Amerikaner, Chinesen, Russen oder Inder; einzelne europäische Nationalstaaten schaffen das nicht. Wo es einen Entscheider auf der europäischen Ebene gibt, sind wir gemeinsam durchsetzungstark. Bei der Währung, im Außenhandel und in der Wettbewerbskontrolle ist die Europäische Union eine Weltmacht, die gemeinsame Interessen und das Recht, die Rule of Law, effizient verteidigt. Die jüngsten Milliardenbußen gegen Google und Amazon haben das eindrucksvoll belegt.

Die EU muss sich häuten, so wie sie das schon mehrmals seit ihren bescheidenen Anfängen in den 1950er-Jahren getan hat. Denn erforderlich ist sowohl eine Befriedung nach innen als auch nach außen:

Nach innen, um die Unterstützung der Bürger und Mitgliedstaaten zu sichern.

Seit vielen Jahren spiegeln Umfragen mit 70 bis 80 Prozent Zustimmung unter den Bürgern den Wunsch nach einer schlagkräftigen und einheitlichen europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wider. Ähnliches gilt für den Schutz der gemeinsamen Außengrenze, für eine strengere Einwanderungskontrolle oder die Bekämpfung des Terrorismus. Gefordert wird ein Europa, das die Bürgerinnen und Bürger schützt. An dieser Stelle aber haben

die Mitgliedstaaten mit dem Hinweis auf ihre staatliche Souveränität zu lange gezögert. Eine breite Enttäuschung über die EU ist jetzt die Folge.

Nach außen, um die westliche Allianz auf eine neue Grundlage zu stellen.

Ohne die Vereinigten Staaten ist die Landesverteidigung Deutschlands und vieler anderer europäischer Staaten nicht gewährleistet, ganz zu schweigen vom Schutz der Seewege. Sie sind essenziell für den freien Welthandel. Die Europäer können und wollen aber mehr als 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs für einen effizienten europäischen Pfeiler der NATO einen größeren Eigenbeitrag leisten. Der Europäische Verteidigungsfonds, gemeinsame Rüstungsprojekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit, ein gemeinsamer Binnenmarkt für die Verteidigung und europäische Technikstandards sind geeignet, die Kosten zu senken und die Effizienz zu verbessern. Das bisher ungenutzte Potenzial des Vertrags von Lissabon wird damit genutzt.

Die Befriedung nach innen und außen erfordert auch einen Strukturwandel der EU. Die neuen Herausforderungen sind nicht allein durch Gesetzgebung zu meistern; sie erfordern auch exekutive Kapazitäten, zusätzliche Fähigkeiten, neues Personal sowie eine solide Finanzierung.

Die Gesetzgebungsunion wird von der Exekutivunion zum Schutz der Außengrenzen, Einwanderungskontrolle, Terrorismusbekämpfung und einer einheitlichen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ergänzt.

GRENZEN DER INTEGRATION UND IHRE ÜBERWINDUNG

Die Möglichkeiten europäischer Integration haben aber engere Grenzen als ein Handeln im nationalen Kontext.

Die EU ist eine Union der Staaten und Völker, kein Nationalstaat. Sie ist deshalb pluralistisch organisiert und kann sich nicht wie Nationalstaaten auf den Demos stützen. Entsprechend ist auch das Potenzial für Umverteilung begrenzt. Eine Solidaritätsleistung wie im Rahmen der Herstellung der Einheit Deutschlands, mit Transferleistungen von jährlich 140 Milliarden, ist in diesem Rahmen nicht vorstellbar.

Europäische Integration war bisher auch deshalb erfolgreich, weil sie jederzeit als Zusammenarbeit zum wechselseitigen Vorteil verstanden werden konnte. Das Gemeinsame wurde nicht verteilt, sondern vergrößert.

Gemeinsame Problemvermeidung muss deshalb strukturell vor gemeinsamer Problemlösung stehen, wenn die Legitimation der EU keinen weiteren Schaden nehmen soll. Konkret bedeutet das: ein höheres Eigenkapital der Banken, eine gemeinsame Bankenaufsicht und *Bail-in* statt *Bail-out* in der Finanzkrise oder gemeinsamer Grenzschutz sowie eine Einwanderungskontrolle anstelle einer Priorität auf der Umverteilung von Flüchtlingen.

Mit dem Vertrag von Maastricht vor 25 Jahren wurde die EU vertraglich auf eine völlig neue Grundlage gestellt und ihre Verfasstheit auch außerhalb einer traditionellen Verfassung geklärt. Die Zeiten umfassender Vertragsänderungen für alle Politikbereiche sind jedoch zunächst vorüber. Neben begrenzten Vertragsänderungen wird die Union nun von dem nicht unerheblichen ungenutzten Spielraum des Lissabon Vertrags von 2007 leben müssen, aber auch können.

Der Haushalt der EU entspricht allerdings mit einem Prozent des Sozialprodukts der Nationalstaaten nicht mehr den ihr gestellten Aufgaben. Die EU braucht daher bei gleichbleibendem Budget eine maximale Flexibilität in der Verwendung der Mittel zur Finanzplanung. Darüber hinaus werden Sonderfonds für spezielle mit den Mitgliedstaaten vereinbarte Projekte zum gegenseitigen Vorteil und für Multiplikatoreffekte durch Fremdkapital wie beim „Juncker-Investitionsplan“ nötig sein.

EINE FÖDERALE UNION IHRER BÜRGER UND 24 SPRACHEN

Die EU ist kein föderaler Staat, aber eine föderale Union. Die Union besteht nicht nur aus den Brüsseler Institutionen, sondern aus allen weiteren EU-Einrichtungen, den Mitgliedstaaten, den Regionen und Kommunen sowie den Unionsbürgern. Der Erfolg der EU kann deshalb auch nicht von Brüssel aus sichergestellt werden. Die beiden großen Krisen des vergangenen Jahrzehnts, die Staatsschuldenkrise sowie die unkontrollierte Einwanderung,

hatten ihren Ursprung in mangelnden administrativen Kapazitäten und fehlendem politischem Willen der Mitgliedstaaten. Die organisatorischen Ebenen der EU müssen deshalb im Sinne einer legislativen Kreislaufwirtschaft systematisch weiter integriert werden.

Das bislang Trennende an den 24 Sprachen wird mithilfe digitaler Technologien, insbesondere mit Künstlicher Intelligenz in Übersetzungs- und Dolmetscherprogrammen, in überschaubarer Zeit aufweichen. Die Techniken halten Einzug in die Alltagsanwendungen. Eine ehemals für absolut gehaltene Integrationsgrenze relativiert sich.

Immerhin 40 Prozent der EU-Bürger empfinden neben der nationalen Identität auch die europäische. Auf diese Identität lässt sich aufbauen. Gemeinsame europäische Entscheidungen und Solidarität brauchen gerade ein Bewusstsein von Zusammengehörigkeit und Identität. Die Nationalstaaten haben Identitäten gezielt in Schulcurricula und mit kulturellen Institutionen aufgebaut. Wie wir aus der Geschichte wissen, wächst Identität aber auch mit der Zeit und durch zu bewältigende Herausforderungen. Zumindest an Letzteren werden wir in der EU in naher Zukunft keinen Mangel leiden.



KLAUS WELLE
seit 2009 Generalsekretär des Europäischen Parlaments, war zuvor Generalsekretär der Europäischen Volkspartei sowie Generaldirektor für Interne Politik im Europäischen Parlament. Für die Zukunft der EU wünscht er sich eine neue Kommunikationsstrategie, mit deren Hilfe nationale, regionale sowie lokale Ebenen besser miteinander verbunden werden können. Die Digitalisierung begreift er dabei als Chance, um den Dialog mit den Bürgern zu verbessern und diese verstärkt in politische Prozesse einzubinden. Klaus Welle ist Mitglied im Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Deutschland auf der Suche nach sich selbst

Alles anders, alles neu: Die globale Pax Americana wird es in Zukunft nicht mehr geben. Mächte wie China und Indien drängen nach vorne, Übergangsphasen bergen das Potenzial für Krisen und Konflikte. Wie wird die neue Weltordnung aussehen? Wo steht Deutschland? Wo will es hin?

TEXT Christian E. Rieck / Alessandro Scheffler

MACHTDIFFUSION UND REGIONALISIERUNG

Der wichtigste langfristige Trend auf dem Weg zu einer „Weltordnung 2030“ ist die andauernde Diffusion materieller Macht im internationalen System. Der Anteil der westlichen Staaten an der globalen Wirtschaftsleistung wird bis 2030 weiter sinken. Profiteure dieser Entwicklung, wie China und Indien, werden ihre wachsende ökonomische Macht auch in politische und militärische Mittel zu übersetzen wissen.

Mit dieser Entwicklung geht die Entstehung regionaler Hegemonien und Einflusszonen einher. Auch wenn Mittelmächte wie Japan oder Saudi-Arabien sich zum Zwecke der Gegenmachtbildung stärker an die USA anlehnen werden, zieht die ökonomische Anziehungskraft der neuen Hegemone selbst widerstrebende Akteure zunehmend in ihren Bann. Die chinesische Machtprojektion im Südchinesischen Meer bietet dafür auch heute schon ein Beispiel. Die USA werden dabei immer mehr von einer Super- zu einer Regionalmacht, deren militärisches Machtpotenzial nur noch unter enormen Kosten in die Welt projiziert werden kann. Ihr globaler Einfluss wird aufgrund ihrer geografischen Isolation zudem stärker als heute von ihren Verbündeten abhängen.

Das Entstehen disparater regionaler Ordnungen, in denen die USA als externe Macht keine zentrale Rolle mehr spielen, hat sowohl negative als auch positive Auswirkungen auf die internationale Stabilität. Insbesondere die Übergangsphase birgt das Potenzial für Krisen und Konflikte, vor allem dort, wo starke Mittelmächte Widerstand leisten und die USA nicht bereit sein werden, sich zurückzuziehen. Das Ringen der Großmächte wird schließlich in den Regionen, die über keinen natürlichen Hegemon verfügen (Mittlerer Osten, Afrika), umso stärker ausgetragen werden. Zukünftigen Hegemonen erlaubt diese Entwicklung zudem, für Ruhe in ihren Einflusszonen zu sorgen. Die globale Pax Americana würde so durch verschiedene, deutlich hierarchischere regionale Ordnungen ersetzt.

FRAGMENTIERUNG DER GLOBALEN ORDNUNG

Mit der Multipolarisierung geht auch eine Transformation der Institutionen der globalen Ordnung einher. Viele aufstrebende Mächte erscheinen durch eine grundsätzliche Ablehnung des westlichen Weltverständnisses geeint. In ihrem Autoritarismus und Nationalismus fordern sie die liberale Weltordnung heraus, deren Institutionen dabei nicht abgeschafft, sondern zunehmend neu interpretiert und ausgehöhlt werden. Vor allem die großen autoritären Staaten werden auf strikte Nichteinmischung und das Gewaltverbot setzen. Während dies so mancher im Westen begrüßen wird, bedeutet es auch eine Rückkehr zu ungestrafter staatlicher Willkür. Die Sicherheit des Individuums – auch gerade vor seinem Staat – wird so wieder hinter die Sicherheit der Staaten zurücktreten. Syrien bietet auch heute schon ein Beispiel für diese Entwicklung.

Auch im Bereich der *Global Governance* verheißt diese Entwicklung nichts Gutes. Viele globale Regime – beispielsweise der Pariser Klimavertrag – konnten nur beschlossen werden, weil die westlichen Industriestaaten bisher den Großteil der finanziellen Belastungen auf sich nahmen. Mit wachsender Machtkonkurrenz werden jedoch auch sie weniger willens sein, anderen relative Machtgewinne zuzugestehen. Inwieweit die neuen Mächte wiederum bereit sein werden, die ihrer Stärke entsprechenden Beiträge zu leisten, bleibt weiter ungewiss. Chinas Position zu Klimavertrag und Freihandel lässt dies zumindest heute nicht vermuten. Trotz einiger neuer, ehrgeiziger globaler Regime: Bei einem Ermüden des politischen Willens im Westen droht eine Fragmentierung der Weltordnung – und damit eine Welt ohne globale Steuerungs- und Problemlösungsmechanismen.

DEUTSCHE POLITIK: RÜCKKEHR ZUR SELBSTVERZWERGUNG

Die deutsche Außenpolitik hat den Herausforderungen dieser neuen Weltordnung bisher wenig entgegenzusetzen. In den 1990er-Jahren war die Idee einer künftigen Multipolarität vor allem von der Hoffnung getragen, Europa könne mit der Zeit zu einem eigenen, den USA ebenbürtigen Pol der Weltpolitik werden. Das Fenster für eine solche optimistische Zukunft hat sich nun schneller als erwartet geschlossen. Zum einen hat die Finanzkrise Europa stark zugesetzt, zum anderen wird bis 2030 auch die demografische Entwicklung in Europa zunehmend ihren ökonomischen Tribut fordern. Die Zuwanderung durch wenig qualifizierte Flüchtlinge und Einwanderer wird diese Entwicklung nicht umkehren.

Gleichzeitig hat Europa einen Gestaltungswillen in der internationalen Politik vermissen lassen, der über das verbale Bekenntnis zu einer wert- und regelbasierten Ordnung hinausgeht. Dies ist nicht zuletzt auf deutsches Zögern zurückzuführen. Der Prozess des machtpolitischen Erwachsenwerdens seit den 1990er-Jahren hat sich mittlerweile umgekehrt; in vielen Parteien hat eine Rückkehr zur systematischen Selbstverzweigung eingesetzt. Am sichtbarsten ist dieser Wunsch in der ostpolitischen Sehnsucht nach einer deutschen Vermittlerrolle im Verhältnis zu Russland, die nicht gestalten, sondern nur kommunizieren will. Währenddessen bröckelt der westliche Zusammenhalt.

Wo bleiben die Antworten auf die neue Weltunordnung?

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Mehr als zuvor werden Deutschland und Europa in den nächsten zehn Jahren eine autonome Positionsbestimmung vornehmen müssen. Aus dem Instrumentenkasten außenpolitischen Handelns erscheinen dabei zwei Instrumente für die hier skizzierte „Weltordnung 2030“ von besonderer Bedeutung:

NETZWERKMACHT

In einer sich immer stärker vernetzten Welt ist die Fähigkeit, erfolgreich in komplexen und globalen Netzen zu agieren, eine außenpolitische Ressource ersten Ranges. Deutschland ist nicht zuletzt als Volkswirtschaft und Innovationsstandort ein wichtiger Knoten in den globalen Kooperationsnetzwerken. Die Bundesrepublik hat gezielt in ihre Netzwerkfähigkeiten investiert, vor allem in der globalen Klima-, Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik. Mit der Übernahme der Vorsitze in OSZE, G7 und G20 sowie nun wieder mit einem nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat versucht sie, stärker international Verantwortung zu übernehmen. Auch hat das Land weltweit strategische Partnerschaften mit neuen Gestaltungsmächten wie Mexiko, Marokko, Südkorea oder Indonesien geschlossen. Gerade angesichts der voraussichtlichen machtpolitischen Selbstblockade zwischen den Großmächten in der *Global Governance* müssen diese aber auch tatsächlich zur Lösung globaler Probleme genutzt werden. Die Effizienz solcher lösungsorientierten Plattformen zu erhöhen, wäre ein wichtiger, ja notwendiger deutscher Beitrag zur globalen Strukturpolitik. Solche *soft power* ist mehr als nur symbolisch; durch sie können Allianzen geschmiedet und Partner an Deutschland gebunden werden.

HARD POWER

Dennoch kann sie ohne einen komplementären Ausbau der eigenen „harten“ Machtmittel nicht auskommen. In einer Welt, die zentrale Akteure weiterhin aus einer Nullsummenperspektive betrachten und in der diese selbstverständlich auch militärische Fähigkeiten zur Erreichung ihrer außenpolitischen Ziele einsetzen, wird auch eine respektierte Mittelmacht wie die Bundesrepublik nur ernst genommen, wenn sie über eigene robuste, sicherheitspolitische Instrumente verfügt und diese multilateral einbindet und verstärkt. Die Defizite der Streitkräfte bei Ausrüstung und Beschaffung sind in diesem Zusammenhang daher nicht nur eine Blamage für die Bundeswehr, sondern auch eine Belastung für die Glaubwürdigkeit Deutschlands und Europas – und zwar nicht nur in der Sicherheitspolitik. Wer etwas tun will, muss auch etwas tun können. Eine Stärkung der deutschen und europäischen militärischen Fähigkeiten ist daher auch eine „*conditio sine qua non*“ für ein erfolgreiches Bestehen in der neuen Weltunordnung.



ALESSANDRO SCHEFFLER

arbeitet an der Universität der Bundeswehr in München. Seine Forschungsschwerpunkte: Transatlantische Beziehungen, Sicherheitskooperation, Rüstungspolitik / Rüstungskooperation, Piraterie und die NATO. Er ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der Konrad-Adenauer-Stiftung.



CHRISTIAN E. RIECK

lehrt Internationale Beziehungen und Zeitgeschichte an der Universität Potsdam und der Humboldt-Universität zu Berlin. Darüber hinaus ist er Senior Analyst für Regionalmächte und Regionalintegration am Global Governance Institute in Brüssel und war Mitglied im Think-20-Prozess der G20. Auch er ist Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker und engagiert sich zudem in der Begabtenförderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Jugend weltweit – zwischen Lethargie und Aufbruch

Was bringt die Zukunft? – Diese Frage stellen sich junge Menschen in Venezuela, Südafrika, Indonesien, Litauen wie weltweit. Eine Voraussage ist nicht möglich – und doch können wir aus gegenwärtigen Entwicklungen einiges über die Zukunft lernen. Siebzehn Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung haben eine Momentaufnahme vorgenommen, Debatten beobachtet und Daten gesammelt, um den Ausblick zu wagen, welchen Weg die Jugend in den jeweiligen Ländern nehmen könnte. Ihr Fazit: Damit die Zukunft der Jugend gehört, muss noch einiges geschehen – vor allem aber muss die Jugend selbst aktiver werden.

Auslandsarbeit

Seit mehr als 50 Jahren arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung auf europäischer und internationaler Ebene und setzt sich weltweit für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Soziale Marktwirtschaft ein. Sie ergänzt die Außenpolitik der Bundesregierung sowie die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Die ersten Auslandsbüros öffneten 1962 in Chile und Venezuela; heute ist die Stiftung in mehr als 105 Ländern vertreten. In allen Einsatzländern fördern unsere Mitarbeiter zudem die Freiheit der Medien und tragen zur Stärkung der Zivilgesellschaft bei. Besondere Schwerpunkte bilden auch internationale Kooperationen in den Bereichen Migration, Energie- und Entwicklungspolitik. Diese Arbeit vor Ort ermöglicht einen umfassenden Einblick in die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Einsatzländer – Kompetenzen, die wir auch für dieses Magazin genutzt haben.

Durchschnittliches Alter der Frauen bei der Geburt des ersten Kindes

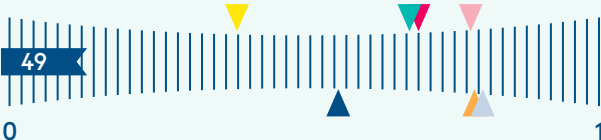
Côte d'Ivoire	19,8	Polen	27,2
Indonesien	22,8	Russland	25,5
Jordanien	24,7	Türkei	22,3
Kroatien	28,8	Spanien	30,8
Mexiko	21,0	USA	26,4

QUELLEN

Statistical Yearbook of the Republic of Croatia 2017, Eurostat, Index Mundi Gazeta 2017, The World Factbook 2018, Instituto Nacional de Estadísticas y Geografía Mexico 2018

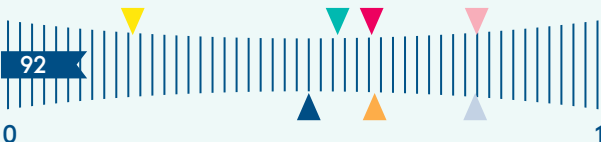
1 Mexiko

Der linkspopulistische Kandidat Andrés Manuel López Obrador wurde am 1. Juli 2018 auf einer Welle politischer Frustration zum neuen Präsidenten Mexikos gewählt. Der klare Sieg mit 53 Prozent der Stimmen wurde durch die Unterstützung aller Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Vor allem Jugendliche, unter ihnen 6,6 Millionen sogenannte *ninis*, die weder arbeiten noch studieren, setzen hohe Erwartungen an die künftige Regierung und hoffen auf gute Arbeitsplätze und sozialen Aufstieg. Der Politikansatz zielt auf Subventionen, Direktzahlungen an Jung und Alt sowie beispielsweise den Bau eines Eisenbahnkorridors in López Obradors Heimatstaat. Ob diese Politik zu nachhaltigen Problemlösungen führen wird, darf hinterfragt werden. Zentrale Aufgabe bleibt es, die Spirale der Gewalt zu durchbrechen: Täglich werden in Mexiko mehr als 85 Menschen getötet.



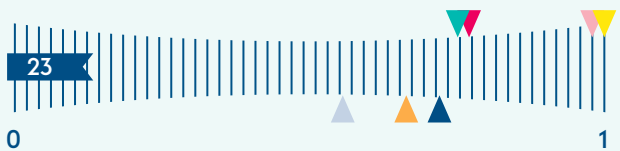
2 Venezuela

Das ehemalige Einwanderungsland Venezuela hat sich zu einem Auswanderungsland entwickelt. Die letzten zwei Jahre waren von Massenmigration geprägt. Die galoppierende Hyperinflation und die damit verbundene sozioökonomische Krise, vor allem im Bereich der Infrastruktur sowie der Versorgungslage, bewegen besonders viele junge Venezolaner dazu, ihr Heimatland zu verlassen. Die größten Universitäten des Landes sowie das gesamte Schulsystem verzeichnen dramatische Rückgänge bei den Studenten- und Schülerzahlen. Es gibt jedoch gerade im Bereich der Politik, der Universitäten und der Zivilgesellschaft eine wichtige Anzahl an jungen Aktivisten sowie Nachwuchspolitikern, die im Land weiter für eine friedliche Zurückgewinnung der Demokratie kämpfen. Der entstandene Braindrain wird das Land allerdings für die nächsten Dekaden beschäftigen und prägen.



3 USA

Der Amoklauf an einer Schule in Parkland hat die Diskussion über Waffengewalt, besonders in der jüngeren Generation der USA, neu entfacht. Anführer der Protestbewegung sind die Überlebenden selbst. Bei landesweiten Protesten und unter #neveragain bzw. #notonemore demonstrierten insgesamt über eine Million Schüler für strengere Waffengesetze. So wurde der „March for Our Lives“ zum größten Jugendprotest der amerikanischen Geschichte seit dem Vietnamkrieg. Die öffentliche Auseinandersetzung stärkt das Interesse der Generation Z an der Politik. Der Anteil neu registrierter Wähler unter 26 stieg seit Beginn der Protestbewegung signifikant, in manchen Teilen Floridas gar von 16 auf 46 Prozent. Die Bereitschaft junger Generationen zur aktiven Beteiligung an der Politik wächst, sodass die Stimme der Jugend bei den richtungsweisenden Kongresswahlen im November deutlich hörbarer werden könnte.



Youth Development Index

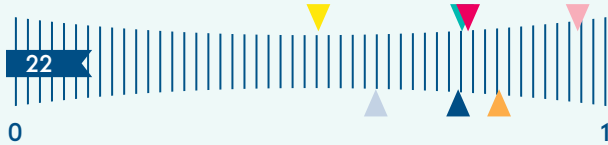
Der Youth Development Index (YDI) bemisst die Chancen junger Menschen (15 bis 29 Jahre) auf ein gutes Leben (*human development paradigm*). Hierzu werden multidimensional Daten erhoben, die fünf Bereiche umfassen: das Bildungsniveau, die Gesundheit und das Wohlergehen, die Beschäftigung und Berufschancen sowie die Möglichkeit politischer Partizipation. Der Index wird für insgesamt 183 Staaten erhoben.

YDI-Ergebnisse

- ▼ 2016 YDI insgesamt
- ▲ Gesundheit
- ▲ Bildung
- ▲ Beschäftigung und Chancen
- ▲ Zivile Beteiligung
- ▲ Politische Beteiligung
- ▼ 2010 YDI insgesamt
- ◀ Rang insgesamt

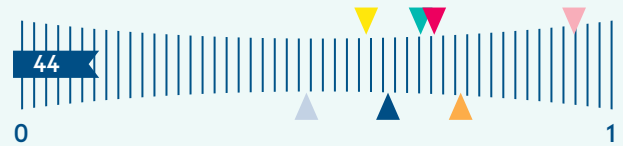
4 Spanien

Zur Überraschung vieler Ökonomen und Politiker konnte Spaniens Wirtschaft in jüngster Zeit mit einem robusten Wachstum aufwarten. Die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise konnte durch harte Sparmaßnahmen sowie Arbeitsmarktreformen überwunden werden. Diese positive Entwicklung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Spanien auch zehn Jahre nach der Krise mit großen strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Zu den größten Verlierern gehört die spanische Jugend und damit die Zukunft des Landes. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt über 33 Prozent – man spricht von der „verlorenen Generation“. Zahlreiche, gut ausgebildete Akademiker sind ausgewandert, die Mehrheit hält sich jedoch mit prekären, zumeist befristeten Jobs über Wasser. Für die Zukunft bleibt zu hoffen, dass Maßnahmen, wie die Implementierung eines dualen Ausbildungssystems, ihre Wirkung entfalten.



6 Kroatien

Für manch einen ist das jüngste Mitglied der Europäischen Union der wahre Gewinner der letzten Fußballweltmeisterschaft. Die leidenschaftliche Spielweise der kroatischen Mannschaft entzückte Fans weltweit. Auch neben dem Platz gibt es einigen Grund zur Freude: Der Tourismus – eine der Hauptstützen der kroatischen Wirtschaft – boomt. Die jungen Menschen tragen sich allerdings mit Sorgen, zu schlecht sind die Zukunftsaussichten. Seit Jahren weist Kroatien ein negatives Bevölkerungswachstum auf; vor allem die gut ausgebildete Jugend verlässt das Land. Im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Ländern hält sich die EU-Begeisterung unter den jungen Menschen in Grenzen. Viele von ihnen gelten als apolitisch. Jüngst warnte die Anti-Rassismus-Kommission des Europarats jedoch vor einem Anstieg ultranationalistischer Ideologien. Vor allem unter Jugendlichen sei die Verherrlichung des faschistischen Ustascha-Regimes weit verbreitet.



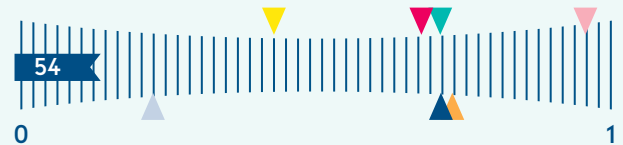
5 Griechenland

Bildung ist für die Griechen ein hohes Gut. Fast alle Eltern wollen, dass ihre Kinder studieren und erwarten, dass diese mit einem Hochschulabschluss bessere Chancen auf einen guten Arbeitsplatz haben. Doch das Gegenteil ist der Fall: In Griechenland scheint der Graben zwischen dem Wissen, das Universitäten vermitteln, und dem, was Unternehmen fordern, besonders tief: Die Jugendarbeitslosigkeit steht seit Jahren bei 40 Prozent; die schwerste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes hat über eine halbe Million, insbesondere auch junger Fachkräfte außer Landes getrieben. Das Erfinderland der Demokratie braucht neue Gesichter in der Politik, die den zahlreicher werdenden Start-ups Freiheiten gewähren – und eine neue Bildungskultur, in der Teamgeist, Praxisnähe und Leistungsbereitschaft belohnt werden. Die Jugend in Griechenland wartet nur darauf.



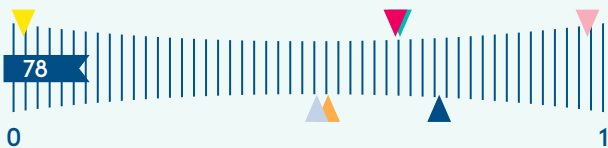
7 Polen

In Polen engagieren sich junge Menschen selten und ungern politisch, zumal in institutionalisierter Form. Viele teilen radikale, nationalistische Ansichten. Demonstrationen zum Nationalfeiertag machten 2017 auch international Schlagzeilen. Proteste gegen die Regierung werden hingegen sichtbar, wenn konkrete Freiheiten bedroht scheinen – so zum Beispiel gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes oder gegen die Justizreform im Sommer 2017. Doch auch dann wird eine bewusste Distanzierung von politischen Parteien zum Ausdruck gebracht, bis hin zu einer Entfremdung vom politischen System insgesamt. Die Polen gelten als sehr mobil sodass ein großer Anteil der arbeitsfähigen Polen aus beruflichen und wirtschaftlichen Gründen auswandert – laut dem *Global Talent Flows Report* der Weltbank 2016 war der Braindrain nur in Indien größer als in Polen.



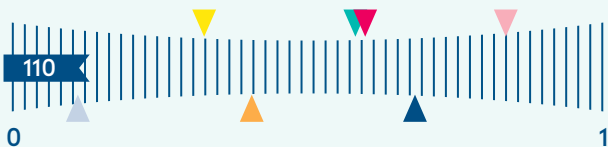
8 Litauen

Litauen kennzeichnet eine hohe Begeisterung für die Europäische Union. Der EU-Beitritt 2004 wird insgesamt positiv gesehen. Die Zustimmung zur EU unter der Bevölkerung liegt bei 78 Prozent (Top 5 in Europa). Besonders die jüngere Bevölkerung ist dem Westen sehr zugewandt; Studierende nutzen das Erasmus-Programm und Litauen etabliert sich als attraktiver Standort für ausländische Studierende. Ein zu beobachtendes Phänomen ist eine verhältnismäßig hohe Emigration, besonders nach Großbritannien, Norwegen und Deutschland. 2017 migrierten knapp 47.000 Litauer, während nur 20.000 zurückkehrten. Bemühungen der Politik, junge, fähige Leute zurückzuholen, kollidieren mit vermeintlich besseren Zukunftsaussichten im Ausland.



9 Russland

Eine beachtliche Zahl an jungen Menschen hat sich letztes Jahr an den landesweiten Antikorruptionsprotesten in Russland beteiligt. Die Opposition, allen voran Alexej Nawalny, schaffte es für kurze Zeit, einen Teil der als weitgehend apolitisch geltenden Jugend für Politik zu begeistern. Nach der Präsidentschaftswahl im März sowie den jüngsten Kommunalwahlen sieht es allerdings danach aus, dass der Wunsch nach Stabilität und Kontinuität stärker ist als der Drang nach politischen Veränderungen. Die jungen Menschen, die sich nicht mit dem politischen System arrangieren können, wandern aus. Korruption, Repressionen, der geringe Lebensstandard, geringe Löhne und fehlende Rechtssicherheit sind dabei die wesentlichen Push-Faktoren. Der Braindrain (geschätzt 100.000 meist gut Ausgebildete pro Jahr) geht jedoch mit einem enormen Verlust an demografischem, sozialem, wirtschaftlichem und intellektuellem Kapital einher.



10 Türkei

Ein klares Bild der Jugend in der Türkei zu zeichnen, scheint schwierig. In einer repräsentativen Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2017 gab eine Mehrheit der befragten Jugendlichen an, politische Entscheidungen gar nicht bzw. selten zu verfolgen. Die Studie zeigt: Die große Mehrheit ist keineswegs rebellisch, sondern eher konservativ und auf sich fixiert. Für viele Beobachter war das Wahlverhalten beim Verfassungsreferendum daher eine Überraschung: 61 Prozent der Wähler unter 25 Jahren stimmten mit Nein. Wie sie bei den Präsidentschaftswahlen entschieden, ist bisher nicht analysiert. Die Entlassungen, Verhaftungen und strafrechtlichen Verfolgungen von Studenten und Lehrbeauftragten, die der verbotenen Gülen-Bewegung angehören sollen, haben einen starken Einfluss auf Forschung und Lehre. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 20,3 Prozent. Hinzu kommen der Verfall der türkischen Lira und eine Inflation von derzeit 18 Prozent. Dies führt dazu, dass sich die Jugend vermehrt nach Arbeit im Ausland umschaut.



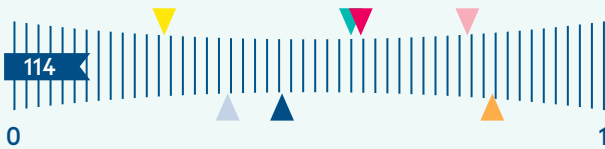
11 Syrien

Seit 2011 wird Syrien von einem blutigen Bürgerkrieg erschüttert. Über die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen musste im Verlauf der letzten sieben Jahre das eigene Zuhause verlassen – in Syrien benötigen über fünfzehn Millionen von ihnen humanitäre Hilfe. Ungefähr eineinhalb Millionen Kinder und Jugendliche leben zudem als Flüchtlinge in Nachbarländern, oftmals unter katastrophalen Bedingungen. Viele Neugeborene besitzen keine gültigen Papiere. Darüber hinaus ist das Bildungssystem in Syrien zusammengebrochen. Laut der Nichtregierungsorganisation *Norwegian Refugee Council* sind mehr als 40 Prozent der Schulen im Land nicht nutzbar. Die psychische Belastung durch Konflikt und Vertreibung ist enorm. Viele Kinder und Jugendliche wurden von extremistischen Gruppierungen wie dem sogenannten Islamischen Staat indoktriniert. Die Zukunft einer Generation läuft Gefahr, für immer verloren zu sein.



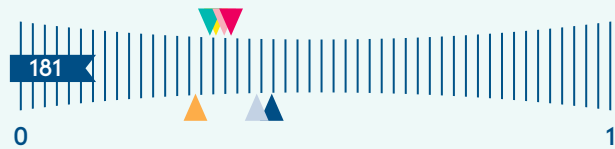
12 Jordanien

Mehr als 70 Prozent der Bevölkerung in Jordanien ist unter 30 Jahre alt. Doch trotz ihrer großen Anzahl in der Bevölkerung, fühlen sich viele junge Jordanier in Politik und Gesellschaft marginalisiert. Die Folgen sind geringe politische Partizipation der Jugend und geringes Vertrauen in politische Institutionen bis hin zu Radikalisierungstendenzen bei einem Teil der Jugendlichen. Hinzu kommen fehlende wirtschaftliche Aussichten: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 39 Prozent; insbesondere junge Frauen sind kaum auf dem Arbeitsmarkt repräsentiert. Vor diesem Hintergrund schlossen sich auch viele junge Jordanier den mehrwöchigen Protesten Anfang 2018 an, die sich gegen Steuererhöhungen richteten und eine Kabinettsumbildung unter Vorsitz des neuen Premierministers Omar al-Razzaz, der insbesondere bei der Jugend populär ist, zur Folge hatten.



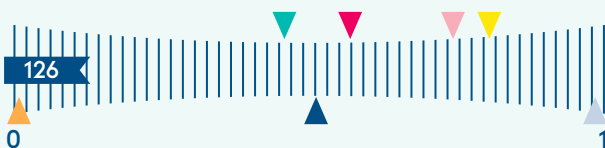
14 Côte d'Ivoire

Sieben Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs gilt Côte d'Ivoire als vermeintliches Musterland Westafrikas. Das Land durfte 2017 den EU-Afrika Gipfel ausrichten, sitzt seit 2018 als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und hat sich das Ziel gesetzt, ein Schwellenland zu werden. Leider nützt der Jugend des Landes der internationale Glanz nur wenig. 77,3 Prozent der Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt offiziell bei unter vier Prozent, dürfte in Wahrheit aber um ein Vielfaches höher sein. Die Stimmung ist folglich schlecht und es rumort unter der Oberfläche. Nur wenige sehen politische oder wirtschaftliche Perspektiven. Eine verkrustete politische Elite, kaum Jobs und ein marodes Bildungssystem treiben die Jugend immer wieder in den Straßenkampf mit der Polizei oder die illegale Migration.



13 Südafrika

Südafrikas Jugend ist von der Politik enttäuscht. Arbeitslosigkeit und mangelnde Ausbildungschancen sind drängende Sorgen, der die Politik zu wenig Aufmerksamkeit schenkt. Der Unmut über die Bildungsmisere resultierte 2017 in den landesweiten #feesmustfall-Protesten an den überfüllten Universitäten, die die Abschaffung der Studiengebühren zum Ziel hatten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass Studenten trotz ihrer teilweise prekären Lebenssituation zu den Privilegierten des Landes gehören; den meisten ihrer Altersgenossen bleibt der Weg zu höherer Bildung versperrt. Während vor allem die schwarze Jugend des Landes ihre Zukunftschancen in Gefahr sieht, sorgen sich weiße junge Leute um den Zugang zum Arbeitsmarkt. Mit dem Ende der Apartheid müssen schwarze Südafrikaner bevorzugt eingestellt werden, um strukturelle Benachteiligung auszugleichen. Die Folge: Vor allem junge, gut ausgebildete Weiße emigrieren in anglophone Länder.



Jugendarbeitslosenquoten

Land	Jugendunemployment Rate (%)
China	keine Angaben
Côte d'Ivoire	3,7 (2017)
Griechenland	39,7 (2018)
Indien	10,2 (2017)
Indonesien	15,6 (2017)
Jordanien	39,7 (2017)
Kroatien	22,6 (2018)
Litauen	12,4 (2018)
Mexiko	6,9 (2017)
Polen	10,1 (2018)
Russland	16,3 (2017)
Spanien	33,4 (2018)
Südafrika	53,5 (2017)
Syrien	keine Angaben
Türkei	20,3 (2017)
USA	8,4 (2018)
Venezuela	17,6 (2017)

QUELLEN

Statista/Eurostat 2018, Österreichische Wirtschaftskammer 2018, Internationale Arbeitsorganisation, Statista: Youth unemployment rate 2007–2017



15 Indien

Indien wird China 2022 voraussichtlich als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen und ist einer beachtlichen wirtschaftlichen Transformation ausgesetzt. Sie scheint für das Land Segen und Fluch zugleich: Um die wirtschaftlichen Erfolgsquoten zu halten, ist das Land auf Fachkräfte angewiesen. Allerdings bleibt die Bildungspolitik auch 2018 weit entfernt von den realen Anforderungen des Arbeitsmarktes, was bei der Jugend Frustration auslöst. Nicht unerheblich ist auch der Aspekt der sozialen Mobilität: Kaste, Religion, Geschlecht und Name bestimmen die persönliche Zukunft. Die Jungen leisten einen Spagat zwischen Tradition und Moderne. Die Rede ist von einer *Mistaken Modernity*, die Konsum, Kleidung und Smartphones ins Zentrum stellt; Gleichberechtigung oder freie Partnerwahl werden weiter als utopisch erachtet. Es bleibt spannend, inwiefern das Thema „Jugend“ den Wahlkampf im nächsten Jahr bestimmen wird. 2014 gingen 120 Millionen Erstwähler an die Urne.



16 China

Das enorme Wirtschaftswachstum in China hat in den vergangenen Jahrzehnten systemstabilisierend gewirkt. Das Land steht jedoch vor großen Herausforderungen wie dem Umbau der Wirtschaft, sozialer Ungleichheit und Umweltproblemen. Kritische Äußerungen hierzu werden jedoch aufgrund der politischen und rechtlichen Begebenheiten unterdrückt. Nichtsdestotrotz kehrt ein Großteil der im Ausland studierenden Chinesen in die Heimat zurück: Vor zehn Jahren war es nur einer von sieben, inzwischen sind es sechs von sieben. Zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitsmarktes trug unter anderem die noch junge, aber sehr aktive Startup-Szene bei, deren Entwicklung von der Kommunistischen Partei Chinas stark gefördert wird. Der demografische Wandel betrifft auch China: Die Ein-Kind-Politik hat die Staatsführung abgeschafft, doch die städtische Jugend denkt nicht daran, mehr Kinder zu bekommen.



17 Indonesien

Mehr als die Hälfte der ca. 260 Millionen Einwohner Indonesiens ist unter 30 Jahre alt. Die junge Bevölkerung stellt ein enormes Potenzial für die Gestaltung der Zukunft des größten Inselstaates der Erde dar. Junge Indonesier sind vergleichsweise gut ausgebildet; die Alphabetisierungsrate beträgt über 99 Prozent. Allerdings gibt es große regionale, kulturelle und soziale Unterschiede. Über die Sozialen Medien sind junge Menschen bestens vernetzt und informiert. Sorge bereitet jedoch die Verbreitung radikalislamischer Lehren und Stimmungsmache. Die Politik ist sich der Bedeutung der Jugend bewusst. Bei den 2019 anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wird über ein Drittel der Wähler zwischen 17 und 25 Jahren alt sein. Deren Interessen und Meinungen werden den gesellschaftspolitischen Diskurs entsprechend mitbestimmen.





Paradoxes Deutschland – zwischen Alltagspragmatismus und Zukunftsangst

Der Alltag hat Höhen und Tiefen. Das ist ganz normal. Komplexe Veränderungen kosten aber viel Kraft. Wie steuern die Deutschen ganz pragmatisch durch Phasen starker Bewegung? Ergebnisse einer repräsentativen Studie.

TEXT Thomas Druyen

Auch in Deutschland sind wir längst eingesogen von einem historisch einmaligen und radikalen Veränderungsprozess, dessen Ausgang wir nicht absehen können. Durch die rasante technische Entwicklung sind Dinge möglich geworden, die wir noch vor wenigen Jahrzehnten für Humbug gehalten hätten: Bibliotheken, Büros und Kinos in der Westentasche, selbstfahrende Autos, Häuser, die man ausdrucken kann. Das Utopische – und damit auch das Gegenteil davon – rückt in den Bereich des Machbaren. Es ist daher wichtiger denn je, nach unserer Veränderungsfähigkeit und unserer Zukunftsbereitschaft zu fragen.

VERÄNDERUNGSPROZESSE SIND BERG- UND TALWANDERUNGEN, DIE EINEN LANGEN ATEM BENÖTIGEN

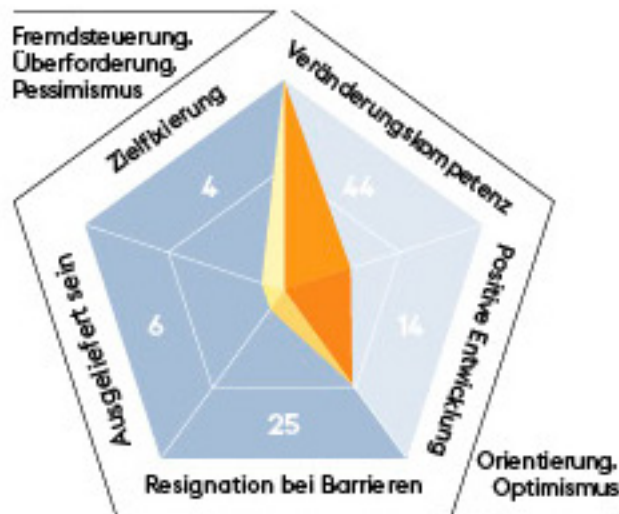
Unsere repräsentative Studie zur Veränderungsbereitschaft der Deutschen ergab: Die Bewältigung zentraler Lebensereignisse dauert im Durchschnitt zwischen einem Jahr (z. B. Berufswechsel, Umzug), zwei Jahren (z. B. Kind bekommen, Scheidung/Trennung) und dreieinhalb Jahren (z. B. Todesfall). Diese Zeiträume sind – auch bei letztlich positiv bewerteten Veränderungsprozessen – geprägt von Phasen der Orientierungssuche und der Auseinandersetzung mit Widerständen.



65 Prozent der Befragten entscheiden sich für die Antwort: „Jeder Weg hat Höhen und Tiefen und man muss beides aushalten können.“ 66 Prozent der Teilnehmenden berichten von Rückschlägen im Prozess. 60 Prozent der Befragten sagen, dass sie der Veränderungsprozess beträchtliche Anstrengung gekostet hat. Der individuelle Veränderungsweg eröffnet ein breites Feld für Innovation und Entwicklung, birgt aber auch vielfältige Möglichkeiten, um zu scheitern. Für dieses Wagnis brauchen die Betroffenen die Fähigkeit zur Navigation. Es gilt, das Schiff sicher in den nächsten Hafen zu bringen, auch wenn wechselnde Winde, Strömungen und unvorhergesehene Hindernisse uns vom Kurs abgebracht haben. Adaptionsfähigkeit ist der Schlüssel für Veränderung und Zukunftsfähigkeit.

SELBSTBESTIMMUNG ODER FREMDSTEUERUNG MACHEN DEN UNTERSCHIED

Welche Kompetenzen und Einstellungen sind förderlich, um durch den kraftraubenden Veränderungsprozess zu navigieren – und welche sind hinderlich? Eine Treiberanalyse zeigt die Effektstärke der fünf wesentlichen Faktoren auf die Frage, ob die ausgewählte Veränderung das Leben eher positiv oder negativ beeinflusst hat. In Infografik 1 sind die Hauptfaktoren in zwei Gruppen zusammengefasst, die entgegengesetzte Pole deutlich machen: Selbstwirksamkeit, Planungs- und Umsetzungsfähigkeit sowie persönliches



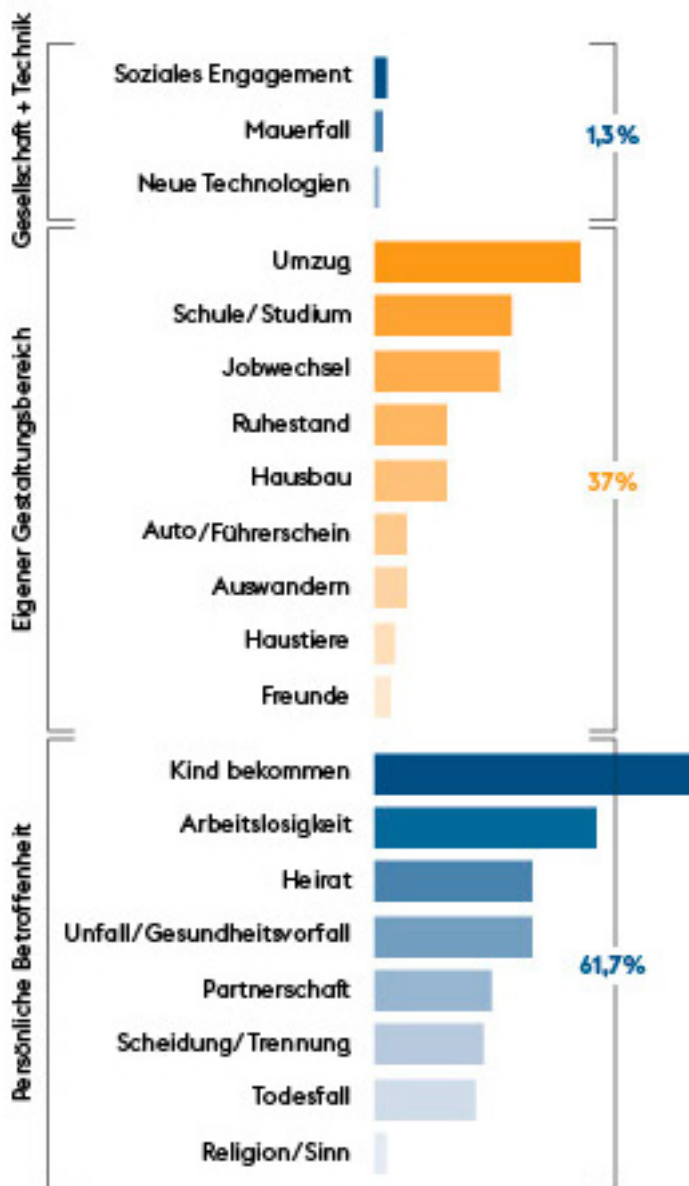
1 Orientierung vs. Fremdsteuerung

Fünf Verhaltensfaktoren als Ergebnis der multivariaten Treiberanalyse und ihre Effektstärke auf die Frage: „**Alles in allem betrachtet, hat die von Ihnen als wichtigste ausgewählte Veränderung Ihr Leben eher positiv oder negativ beeinflusst?**“

Wachstum führen zu Orientierung und Optimismus und setzen eine Reihe von alltagstauglichen Kompetenzen frei. In unserer Studie haben diese Faktoren einen Effekt von 58 Prozent auf das Gesamtergebnis. Ein Gefühl der Fremdsteuerung geht dagegen mit einer Abnahme von Motivation und Flexibilität einher und führt zu Pessimismus und Überforderung. In unserer Studie zeitigen diese Faktoren einen Effekt von 35 Prozent. Lediglich die verbleibenden sieben Prozent entfallen auf den Einfluss der klassischen Soziodemografie.

WAS NICHT HANDHABBAR ERSCHEINT, WIRD AUSGEBLENDET

Letztlich ist alles in Bewegung. Wesentlich für die Orientierung ist die Einordnung in einen Kontext. Deshalb haben wir die Teilnehmenden gebeten, „die drei wichtigsten Ereignisse in Ihrem Leben“ zu nennen, daraus das wichtigste auszuwählen und bei der Beantwortung des Fragebogens im Hinterkopf zu behalten (Infografik 2). Das Ergebnis: Die Befragten fokussieren auf klassische biografische Übergangssituationen und unterscheiden zwischen Veränderungen „in meinem Leben“ und „draußen in der Welt“. Die meisten Nennungen (über 60 Prozent) entfallen auf Lebensereignisse aus dem unmittelbaren privaten Nahbereich (z. B. Geburt, Liebe und Tod), weitere 37 Prozent beziehen sich auf das eigene Gestaltungspotenzial in einem weiteren Umfeld (z. B. Umzug, Hausbau oder Jobwechsel). Die



2 Lebensereignisse im Fokus

Aufschlüsselung der Antworten auf die Frage: „**Was waren die drei wichtigsten Veränderungen in Ihrem Leben?**“ (im Schnitt 2,44 Veränderungen, insgesamt 4.758 Nennungen).



drängenden Veränderungsthemen, die die öffentliche Diskussion seit einigen Jahren bestimmen – Globalisierung, demografischer Wandel, Digitalisierung –, tauchen in diesem Horizont nicht auf. Gesellschaftliche und technologische Veränderungen erreichen gerade einmal 1,3 Prozent der Nennungen. Veränderungen, die (noch) nicht in persönliches Handeln übersetzt werden können, erscheinen dem Einzelnen offenbar wenig „greifbar“ und handhabbar.

HERAUSRAGENDE BEHARRUNGSSTÄRKE, ÜBERDURCHSCHNITTLICHE ANPASSUNGSFÄHIGKEIT – DOCH WIE SIEHT ES MIT BLICK AUF DIE ZUKUNFT AUS?

Nach fast 2.000 Befragungen kommen wir zu folgenden Einschätzungen: Die Deutschen haben eine herausragende Beharrungsstärke, ein extrem belastbares Stehvermögen und eine überdurchschnittliche Anpassungsfähigkeit. Insgesamt ist die Gegenwartsbetrachtung in Deutschland extrem positiv. 70 Prozent der Befragten bezeichnen sich als Optimisten. Demgegenüber stehen aber gleichzeitig gravierende Zukunftsängste, Unsicherheitsgefühle, Orientierungslosigkeiten und Neigungen zur Wohlstandsdepression. Sobald der Blick in die Zukunft gerichtet wird, entstehen massive Bruchstellen:

1

Externe Ereignisse, auch wenn sie katastrophale Ausmaße annehmen – wie der Klimawandel oder der Abbau der Privatsphäre –, werden nur dann auf das eigene Leben bezogen, wenn sich unausweichliche unmittelbare Störungen ergeben.

2

Die im Persönlichen bewiesenen Kompetenzen werden nur noch rudimentär auf den zivilgesellschaftlichen und politischen Bereich übertragen. Das Private und das Individuelle dominieren die Wahrnehmung. Solidarität wird zum Auslaufmodell.

3

Die im Alltag bewiesene Veränderungsfähigkeit ist intuitiv, emotional, gewohnheitsorientiert und spontan. Der Kreislauf von Überwältigung und reaktiver Bewältigung beginnt immer wieder von Neuem. Zukunftskompetenz ist absolute Mangelware.

4

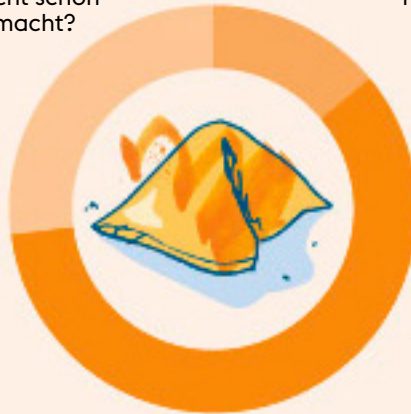
Die befragten Deutschen haben wenig Lust und kaum Erfahrung, sich mit Prävention, Antizipation und Vorausdenken pragmatisch auseinanderzusetzen.

5

Verdrängung erzeugt Angst. Ungelöste Probleme werden auf die Zukunft projiziert, die immer angstbesetzter erscheint. Wir verändern uns alle – jetzt, immer und überall. Das geschieht so oder so – intuitiv, automatisch und überwie-

27% Warum habe ich das nicht schon früher gemacht?

14% Wenn ich gewusst hätte, was auf mich zukommt, hätte ich diesen Weg niemals eingeschlagen.



Bewältigung von Veränderung schafft Zuversicht. Antworten auf die Frage: „**Wenn Sie sich Ihre Situation nach dem Prozess der Veränderung anschauen, welche Aussage trifft Ihre Gedanken am besten?**“

59% Ich fühle mich in meinen Fähigkeiten bestärkt und würde mich immer wieder auf einen Weg der Veränderung begeben.

Zur Studie: Im Jahr 2017 hat das Institut für Zukunftspsychologie und Zukunftsmanagement (IZZ) in Kooperation mit der Allianz Deutschland eine repräsentative Studie zur Veränderungsfähigkeit der Deutschen durchgeführt (1.951 Befragte, Online-Fragebogen mit 50 Fragekomplexen). Das IZZ beschäftigt sich zum einen mit den psychischen Auswirkungen von exponentiellen Entwicklungen in der Digitalisierung und im Einsatz von Künstlicher Intelligenz sowie der damit einhergehenden emotionalen und neuronalen Überforderung, zum anderen erforscht es, wie die psychischen Mechanismen der Realitäts- und Selbstwahrnehmung sich auf die Fähigkeit auswirken, vorzuschauen, vorzusorgen und die eigene sowie gesellschaftliche Zukunft zu gestalten.

gend unbewusst. Wir fühlen uns von der Zukunft bedroht und wollen die Gegenwart einfrieren. Die Gefahr, dass wir in vielen Bereichen den Anschluss verlieren, wird immer größer. Alle kämpfen um den Erhalt des Status quo!

DIE INDIVIDUELLE VERÄNDERUNGSKOMPETENZ NUTZEN – JETZT!

Aber wir könnten auch prospektiv, vorsätzlich, zielgerichtet und zukunftsweisend handeln. Wer Veränderung konsequent zum systemischen Bestandteil des Lebens macht, braucht eine kontinuierliche, flexible und rückkopplungsfähige Navigation, die immer wieder adaptiert und synchronisiert wird. Wer so weit gekommen ist, wird sich auch bei Schwierigkeiten und Hindernissen nicht entmutigen lassen. Die genannten Handlungsaspekte sind keine graue Theorie, sondern das konkrete Ergebnis unserer Studie, also das dienliche Resultat gelebten und gelungenen Lebens.

Die erworbene und adaptierte Veränderungskompetenz wird von den Befragten als eine persönliche Weiterentwicklung erlebt und verinnerlicht. Die erfolgreiche Bewältigung von Veränderungsprozessen erhöht die Selbstwirksamkeit und stellt eine präventive Wappnung für die Zukunft dar. Hier steht der optimale Output bereit, der unsere Gesellschaft nachhaltig verändern und zukunftsfit machen würde. Jetzt oder nie!



THOMAS DRUYEN ist Direktor des Instituts für Zukunftspsychologie und Zukunftsmanagement an der Sigmund Freud Privatuniversität Wien. Neben seiner Autorentätigkeit – vor allem zu philosophischen und zeitgeistlichen Themen – fokussiert er seine Forschung auf die psychologischen und neuronalen Bedingungen sowie Begleiterscheinungen der Zukunftsgestaltung, der Digitalisierung und des demografischen Wandels. Zudem befasst er sich mit der Psychologie der „Superreichen“.

Impressum

September 2018

Herausgeberin

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
10907 Berlin

Verantwortlich

Frauke Gottwald
Uta Hellweg

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Kommunikation
10907 Berlin

Redaktion

Frauke Gottwald, Denise Feldner,
Uta Hellweg

Gestaltung / Satz

racken GmbH – Agentur für nachhaltige Kommunikation, Berlin

Fotos

Uwe von Loh

Illustration

racken GmbH (Tamim Sibai, Robert Poryzala, Alexander Radünz, Hermann Radeloff)

Lektorat

pertext, Berlin

Druck

Möller Druck und Verlag GmbH,
Ahrensfelde



CO₂-neutral gedruckt auf Leipa ultra-SKY 1,2, einem 100% Recycling-Papier, das mit dem europäischen Umweltzeichen und dem Blauen Engel ausgezeichnet ist.

Die abgedruckten Beiträge geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin wieder.

Redaktionsschluss:

24. August 2018

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2018

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Sankt Augustin / Berlin

www.kas.de



Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland. Das nächste Kapitel, 72 Seiten Magazin, prall gefüllt mit Informationen und Meinungen zu den Themen Demokratie und Rechtsstaat, Werte, Religion, Haltung, Debatte, Bildung und KI sowie Zukunft. Hatten Sie eine anregende Lektüre?

Falls Sie das Print-Magazin in den Händen halten, schauen Sie gerne auch in die Digitalfassung des Magazins unter www.kas.de/magazin. Hier haben wir zu den Texten weiterführende Links zu interessanten Seiten unseres Internetangebots bereitgestellt. Ebenso haben wir uns entschieden, einige der Beiträge einlesen zu lassen. Hören Sie doch einmal rein!

In diesem Heft finden Sie nur eine Auswahl an Themen, mit denen sich die Konrad-Adenauer-Stiftung unter ihrem Leitmotiv „Deutschland. Das nächste Kapitel“ befasst. Neben weiteren Publikationen zu Rechtsstaat, Bildung oder Künstlicher Intelligenz finden Sie diese Inhalte auch in unseren Veranstaltungen – weltweit. Informieren Sie sich unter: www.kas.de/dasnaechstekapitel.

Wir freuen uns über Rückmeldungen zum Magazin, zu einzelnen Beiträgen oder zu den Illustrationen. Als Leserinnen und Leser unserer Publikationen wie auch als Gäste auf unsere Veranstaltungen heißen wir Sie jederzeit sehr gerne willkommen. Es grüßen Sie herzlich

Frauke Gottwald und Uta Hellweg

Dank: Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren, Interview- und Gesprächspartnern.

Außerdem möchten wir uns bei den Kolleginnen und Kollegen der Konrad-Adenauer-Stiftung bedanken, die an der Fertigstellung des Magazins mitgewirkt haben:

Vielen Dank den Mitgliedern der erweiterten Redaktion, Peter Fischer-Bollin, Dominik Grobien, Thomas Köhler, Bernd Löhmann, Andreas Rabe, Susanna Vogt, den Auslandsmitarbeitern der Büros in China, Côte d'Ivoire, Griechenland, Kroatien, Indien, Indonesien, Jordanien, Litauen, Mali, Mexiko, Russland, Polen, Spanien, Südafrika, Syrien, Türkei, USA sowie Venezuela, Hans-Jörg Clement für Beratung zur Gestaltung des Covers, Theres Hertel für die organisatorische Unterstützung und unserem Praktikanten Carl Pedersen.

Vielen Dank an Denise Feldner und Andreas Thewalt für ihre redaktionelle Tätigkeit und das Redigat, Helge Birkelbach für Unterstützung bei der Titelredaktion und Enrico Wagner für das Lektorat. Ein Dank gilt auch Toni-Marie Leisz für das Einsprechen ausgewählter Texte.

Ganz herzlich bedanken wir uns bei Hermann Radeloff, Tamim Sibai, Robert Poryzala und Alexander Radünz von racken für die erneut engagierte Zusammenarbeit bei Konzept und Design.

Hinweis zur geschlechtsspezifischen Diversität: Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in diesem Magazin auf eine durchgängige geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Die Angehörigen anderer Geschlechter sind jeweils mitgemeint.

